

- Österreichs Wirtschaft verharrt in der Krise
- Veranlagungsergebnis stützte 2023 die Schaden-Unfallversicherung
- Österreichs Landwirtschaft erlitt 2023 Einkommenseinbruch und unterliegt anhaltendem Strukturwandel
- Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität

# WIFO ■ MONATSBERICHTE

## Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

## Editorial Board

**Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma**, Wirtschaftsuniversität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

**Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD**, Universität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber**, Central European University

## Impressum

**Herausgeber:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:**  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung  
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,  
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

**Satz:** Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Druck:** Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,  
A-8020 Graz

**Chefredakteur:** apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

**Lektorat:** Mag. Christoph Lorenz, BA •  
**Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

**Kontakt:** [redaktion@wifo.ac.at](mailto:redaktion@wifo.ac.at)

## Preise 2024

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 295 € • Einzelheft (Printversion): 29,50 €

## Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

**Medieninhaber (Verleger):** Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



## 97. Jahrgang, Heft 9/2024

### 479-488 ■ **Österreichs Wirtschaft verharrt in der Krise**

Marcus Scheiblecker

Industrie und Bauwirtschaft schwächeln in Österreich nach wie vor. Eine Besserung der Lage ist noch nicht in Sicht. Mit Fortdauer der Konjunkturflaute droht die längste Rezession der letzten 25 Jahre. Auch im Euro-Raum hemmt der produzierende Bereich das Wirtschaftswachstum; zuletzt konnten lediglich Volkswirtschaften mit großem Dienstleistungssektor leicht zulegen. Die Inflation lässt weiter nach. Der private Konsum verläuft in Österreich angesichts der kräftigen Realeinkommenszuwächse enttäuschend.

**Austria's Economy Remains in Crisis**

### 489 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

### 491-503 ■ **Veranlagungsergebnis stützte 2023 die Schaden-Unfallversicherung**

Thomas Url

Die österreichische Privatversicherungswirtschaft steigerte 2023 das Prämienvolumen um 5,3%. Die Schaden- und Unfallversicherung entwickelte sich weiterhin dynamisch (+8,7%). Das Prämienwachstum der privaten Krankenversicherungen (+8,8%) profitierte von einer deutlichen Ausweitung der versicherten Risiken und Preisadjustierungen. Die Lebensversicherung (-4,5%) verlor weiter an Boden und konnte aus dem Anstieg der Renditen auf langfristige Wertpapiere noch keinen Nutzen ziehen. Die Leistungen legten getrieben durch höhere Reparaturkosten und die Zunahme an Versicherungsfällen insgesamt um 5,0% zu. Das Veranlagungsergebnis konnte wieder im gewohnten Umfang zum versicherungstechnischen Ergebnis beitragen. Die Entwicklung auf dem österreichischen Versicherungsmarkt passte 2023 gut ins internationale Bild.

**Investment Result Supported Property-casualty Insurance in 2023**

### 505-517 ■ **Österreichs Landwirtschaft erlitt 2023 Einkommenseinbruch und unterliegt anhaltendem Strukturwandel**

Franz Sinabell

Die Verteuerung vieler Agrargüter aufgrund der Marktturbulenzen nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine führte 2022 zu hohen Zuwächsen im Produktionswert der österreichischen Landwirtschaft. Trotz der deutlich teureren Betriebsmittel überwogen die Erlöse klar die Kosten. 2023 verbilligten sich zahlreiche Agrargüter derart kräftig, dass es trotz ebenfalls sinkender Produktionskosten zu einem Einbruch des Faktoreinkommens und der Gewinne kam. Die Forstwirtschaft entwickelte sich hingegen weiterhin robust. Wie ein langfristiger Vergleich zeigt, nimmt die landwirtschaftliche Fläche in Österreich kontinuierlich ab, während Wald und andere Flächen an relativer Bedeutung gewinnen. Ebenso hat die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in den letzten Jahrzehnten beständig abgenommen, gemäß der letzten Betriebszählung hat sich der Rückgang jedoch deutlich verlangsamt.

**Austria's Agriculture Suffered a Slump in Income in 2023 and is Subject to Continuous Structural Change**

519-530 ■ **Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität**

Gabriel Felbermayr

Trotz Rezession gehört Österreich immer noch zu den reichsten Ländern der Welt. Allerdings verliert es hinsichtlich des realen Pro-Kopf-Einkommens seit 2010 im Ländervergleich an Boden. Österreich verzeichnet seit fast 15 Jahren persistent höhere Inflationsraten als der Euro-Raum insgesamt und der Realwert des BIP pro Kopf wächst deutlich langsamer. Die lange wirksame Globalisierungsdividende fließt nicht mehr; demografische Faktoren werden immer wichtiger, Wettbewerbsfähigkeit geht verloren. Österreich muss daher dringend strukturelle Reformen angehen. So gilt es u. a., die Integration von Migrant:innen, die Erwerbsbeteiligung und das Bildungssystem zu verbessern.

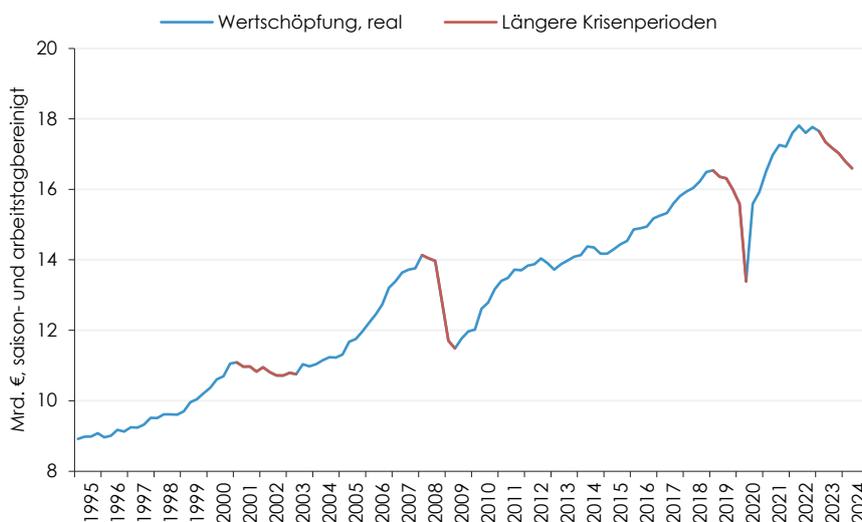
**Economic Activity and Growth in Austria: A Rendezvous with Reality**

# Österreichs Wirtschaft verharrt in der Krise

Marcus Scheiblecker

- Die österreichische Wirtschaft kommt nicht in Schwung. Im II. Quartal 2024 schrumpfte das BIP erneut. Auch im Euro-Raum schwächelt die Konjunktur.
- Vorlaufindikatoren lassen keine baldige Besserung erwarten.
- Trotz der kräftigen Lohnsteigerungen und des nachlassenden Preisdrucks geben die österreichischen Konsument:innen nur sehr zögerlich Geld aus.
- In diesem schwierigen Umfeld stieg in Österreich die Arbeitslosenquote in den vergangenen Monaten tendenziell an.

## Wertschöpfung in der Herstellung von Waren



**"Die derzeitige Rezession in der Herstellung von Waren ist die zweiflängste Krise seit über 20 Jahren. Bisher dauerte nur die Krise Anfang der 2000er-Jahre länger, jedoch waren damals die Produktionseinbußen deutlich geringer."**

Der derzeitige Rückgang an realer Wertschöpfung ist zwar schwächer als 2009 und 2020, dauert aber bereits jetzt länger an als in diesen beiden Krisen. Zudem deuten Umfragen unter heimischen Industrieunternehmen noch keine baldige Besserung an (Q: Statistik Austria).

# Österreichs Wirtschaft verharrt in der Krise

Marcus Scheiblecker

## Österreichs Wirtschaft verharrt in der Krise

Industrie und Bauwirtschaft schwächeln in Österreich nach wie vor. Eine Besserung der Lage ist noch nicht in Sicht. Mit Fortdauer der Konjunkturlaute droht die längste Rezession der letzten 25 Jahre. Auch im Euro-Raum hemmt der produzierende Bereich das Wirtschaftswachstum; zuletzt konnten lediglich Volkswirtschaften mit großem Dienstleistungssektor leicht zulegen. Die Inflation lässt weiter nach. Der private Konsum verläuft in Österreich angesichts der kräftigen Realeinkommenszuwächse enttäuschend.

**JEL-Codes:** E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

**Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun ([astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at)), Christine Kaufmann ([christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)), Martha Steiner ([martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 5. 9. 2024

**Kontakt:** Marcus Scheiblecker ([marcus.scheiblecker@wifo.ac.at](mailto:marcus.scheiblecker@wifo.ac.at))

## Austria's Economy Remains in Crisis

Industry and construction remain weak in Austria. An improvement in the situation is not yet in sight. If the economic slump continues, the longest recession in the last 25 years is looming. The producing sector is also holding back real GDP growth in the euro area; recently, only economies with a large services sector have been able to post slight gains. Inflation continues to fall. Private consumption in Austria is disappointing in view of the strong growth in real incomes.

Die heimische Herstellung von Waren steckt nach wie vor in der Rezession. Die Rückgänge der letzten sechs Quartale markieren den drittstärksten Produktionseinbruch nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 und der COVID-19-Krise. Trotz der Dauer der Schwächephase deuten Unternehmensumfragen bislang auf keine Besserung hin.

Wie die Industrie leidet auch Österreichs Bauwirtschaft unter einem ausgeprägten Nachfragemangel. Über die letzten neun Quartale brachen die Wohnbauinvestitionen in realer Rechnung um rund 18% ein. Der Nichtwohnbau schrumpfte im selben Zeitraum zwar deutlich schwächer (rund -6%), ist aber bereits seit dem 2. Halbjahr 2020 rückläufig. Im I. Quartal 2024 erreichten die Nichtwohnbauinvestitionen preisbereinigt das niedrigste Niveau seit 1995.

Vorlaufindikatoren für Österreich und den Euro-Raum lassen auch für die kommenden Monate nur eine gedämpfte Wirtschaftsdynamik erwarten. Die mangelnde Nachfrage nach Industriegütern belastet vor allem darauf spezialisierte Euro-Länder wie Deutschland und Österreich. Volkswirtschaften mit bedeutenderem Dienstleistungssektor wie Frankreich und Spanien erzielten zuletzt zumindest ein leichtes Wachstum. In fast allen

Euro-Ländern dämpft die Bauwirtschaft – vor allem der Hochbau – den BIP-Zuwachs.

In den USA dürfte die günstige Konjunktur angesichts der guten Stimmung von Unternehmen und privaten Haushalten fort dauern. Lediglich die Erwartungen zur Industrieproduktion trübten sich ein.

Neben der internationalen Nachfrageschwäche leidet Österreichs Wirtschaft auch unter der zaghaften Konsumnachfrage. Obwohl sich die hohen Lohnabschlüsse des Vorjahres nach wie vor positiv auf die Einkommen auswirken und die Inflation seit Jahresbeginn deutlich zurückgegangen ist, geben die privaten Haushalte nur sehr zögerlich Geld aus. Laut Statistik Austria stiegen die nominellen Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) im II. Quartal 2024 lediglich um 0,4% gegenüber dem Vorjahr. In realer Rechnung entspricht dies einem Rückgang von 1,6%.

Die Inflationsrate sank auch im August weiter auf 2,4% (vorläufig; Juli 2,9%). Dämpfend wirkte insbesondere die Verbilligung von Mineralölprodukten.

Der heimische Arbeitsmarkt leidet mit zunehmender Dauer verstärkt unter der Konjunkturschwäche. Die unselbständige Beschäftigung wuchs in den vergangenen Monaten

kaum mehr, während die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen gegenüber

dem Vorjahr deutlich abnahm. Die Arbeitslosenquote steigt tendenziell an.

## 1. Internationale Konjunktur uneinheitlich

In den USA, China und dem Euro-Raum verläuft die Konjunktur derzeit sehr unterschiedlich. Chinas Wirtschaft wuchs im II. Quartal 2024 mit +0,7% gegenüber der Vorperiode nur mehr halb so kräftig wie im Vorquartal. Auch verglichen mit der zweiten Jahreshälfte 2023 hat das Wachstum deutlich nachgelassen. Der Einkaufsmanagerindex deutet für die kommenden Monate auf eine weitere Verlangsamung hin.

In den USA hingegen expandierte die Wirtschaft unbeeindruckt von der restriktiven

Geldpolitik auch im II. Quartal robust. Unternehmensumfragen und die aktuellen Wirtschaftsdaten lassen keine Abschwächung der Dynamik erwarten.

Demgegenüber verharrt der Euro-Raum in der Krise. Nach wie vor belasten Industrie und Bauwirtschaft die Konjunktur. Angesichts der Skepsis von Unternehmen und Verbrauchern ist mit keiner baldigen Konjunkturaufhellung zu rechnen.

**Während die Wirtschaft in den USA weiterhin expandiert, steckt sie im Euro-Raum in der Krise. In China verlor das Wachstum zuletzt an Schwung.**

Abbildung 1: Welthandel, real



Der Welthandel scheint sich seit Anfang 2023 zunehmend von der Industrieproduktion zu entkoppeln. Eine Ursache könnten die vermehrten politischen Bestrebungen zur Stärkung der wirtschaftlichen Autonomie sein.

### 1.1 Gute Wirtschaftslage in den USA

Die Wirtschaft der USA expandierte im II. Quartal 2024 um 0,7% gegenüber der Vorperiode. Wichtige Indikatoren zeigen weiterhin nach oben. Während der Standard & Poors Einkaufsmanagerindex für die Industrie im August etwas nachgab, deuten die Indizes für den Dienstleistungsbereich und die Gesamtwirtschaft auf eine anhaltend günstige Konjunktur hin.

Trotz des robusten Wirtschaftswachstums stieg die Arbeitslosenquote im vergangenen Jahr deutlich an. Ausgehend von 3,4% im

April 2023 erhöhte sie sich schrittweise und erreichte im Juli 2024 4,3%.

Die Inflation verlangsamt sich in den USA weiter, wenngleich in vermindertem Tempo. Sowohl der VPI als auch die Kerninflationsrate verringerten sich im Juli 2024 gegenüber dem Vormonat nur mehr um 0,1 Prozentpunkt auf 2,9% bzw. 3,2%. Der für die Geldpolitik der USA maßgeblichere Deflator des privaten Konsums lag im Juli bei 2,5% und war damit nicht mehr weit vom Zielwert der Federal Reserve entfernt.

Aufgrund der Fortschritte beim Inflationsabbau und des tendenziellen Anstiegs der Arbeitslosenquote bekräftigte die Federal Reserve kürzlich ihr Vorhaben, den Leitzinssatz noch 2024 zu senken.

**Trotz der hohen Leitzinsen entwickeln sich in den USA sowohl die Wohnbauinvestitionen als auch der private Konsum robust.**

Abbildung 2: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

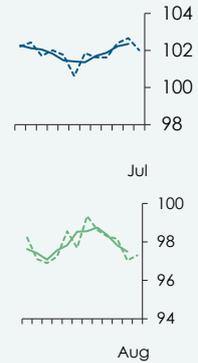
Einkaufsmanagerindex, Gesamtwirtschaft



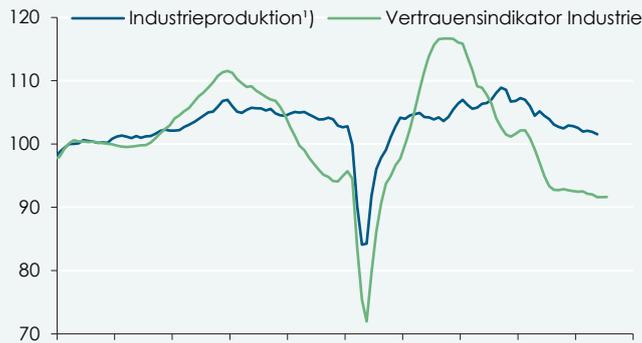
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



USA



Euro-Raum



Deutschland

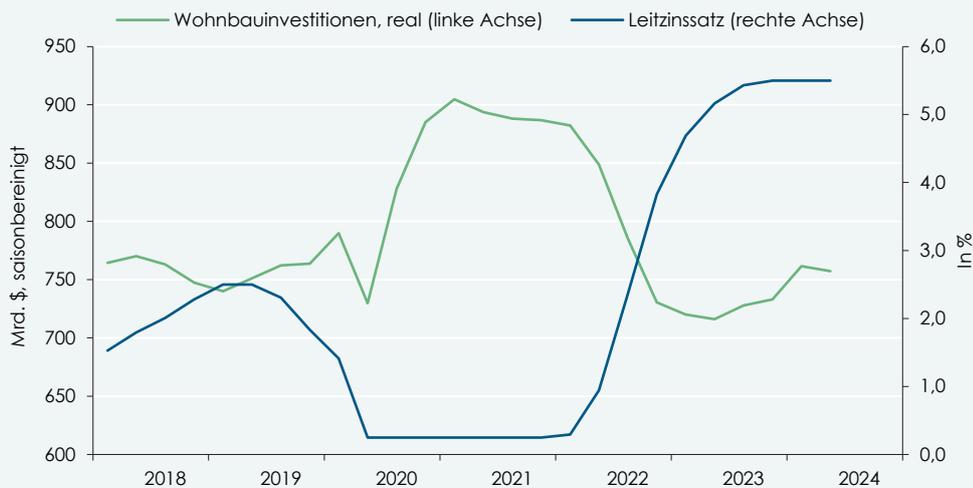


Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD, S&P Global. – <sup>1)</sup> ÖNACE 2008, Abschnitte B, C und D. – <sup>2)</sup> Verarbeitendes Gewerbe.

Trotz der restriktiven Geldpolitik, die von einer expansiven Fiskalpolitik konterkariert wurde, scheint es den USA gelungen zu sein, die Konjunktur bei nachlassender Inflation in Schwung zu halten. Die Wohnbauinvestitionen waren bereits ab dem II. Quartal 2021 und damit rund ein Jahr vor der ersten Leitzinserhöhung der Federal Reserve rückläufig

gewesen. Ab dem III. Quartal 2023, als der Leitzinssatz seinen Höchstwert von 5,25% bis 5,5% erreichte, setzte wieder ein deutliches Wachstum dieser Nachfragekomponente ein. Die aktuellsten Daten zum Verkauf neuer Wohnimmobilien in den USA deuten auf eine anhaltend schwungvolle Entwicklung im Immobilienbereich hin.

Abbildung 3: **Wohnbauinvestitionen und Leitzinssatz in den USA**



Q: Bureau of Economic Analysis (BEA), Federal Reserve, Macrobond.

## 1.2 Euro-Raum: Kein Ende der Flaute in Sicht

Der Euro-Raum hat die auf der Industrie- und Baukonjunktur beruhende Wirtschaftsschwäche noch nicht überwunden. Im II. Quartal lag das Wachstum wie bereits in der Vorperiode bei lediglich 0,3%. Damit dauert die Konjunkturflaute bereits seit dem III. Quartal 2022 an. Besonders schwach entwickelten sich Deutschland (-0,1%) und Österreich (-0,4%). Das ebenfalls industrielastige Tschechien konnte seine Wirtschaftsleistung immerhin um 0,3% steigern.

Der Industrieproduktionsindex für den Euro-Raum setzte im Juni 2024 seine Talfahrt fort und notierte auf dem Niveau von Mitte 2016. Klammert man den Einbruch durch die COVID-19-Pandemie aus, so erreichte er den tiefsten Wert seit rund acht Jahren. Allerdings scheint die Produktion energieintensiver Produkte nach einem Tiefpunkt zu Jahresbeginn 2024 wieder tendenziell anzuziehen.

Auch der Einkaufsmanagerindex für die Sachgütererzeugung zeichnet nach wie vor ein trübes Bild und spiegelt den anhaltenden Pessimismus wider. Für Deutschland und Frankreich trübte sich der Index im August sogar weiter ein. Seit über einem Jahr beurteilen die Unternehmen im Euro-Raum die

ungenügende Nachfrage als größtes Produktionshindernis.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte wächst bisher nur sehr zaghaf und vermag den Nachfragerückgang im Bereich der Investitionen nicht auszugleichen. Das Verbrauchervertrauen erholt sich zwar bereits seit einiger Zeit, allerdings nur zögerlich. Es entspricht derzeit in etwa dem langjährigen Durchschnitt.

Nachdem der Inflationsabbau in den Monaten davor nur schleppend verlaufen war, sank die Teuerungsrate im Euro-Raum im August auf voraussichtlich 2,2% (Juli 2,6%). Die spürbare Verlangsamung ist maßgeblich dem deutlichen Rückgang der Energiepreise zuzuschreiben, der auf der Verbilligung von Mineralölprodukten fußt. Die Kerninflationsrate, die neben den Preisen für Lebensmitteln auch die Energiepreise ausklammert, verringerte sich im August dagegen kaum auf 2,8% (Juli 2,9%).

Da sich die Inflationsrate in den letzten Monaten dem Zielwert von 2% angenähert hat, sah sich die EZB in der Lage, den Leitzinssatz Anfang Juni um 25 Basispunkte auf 4,25% zu senken.

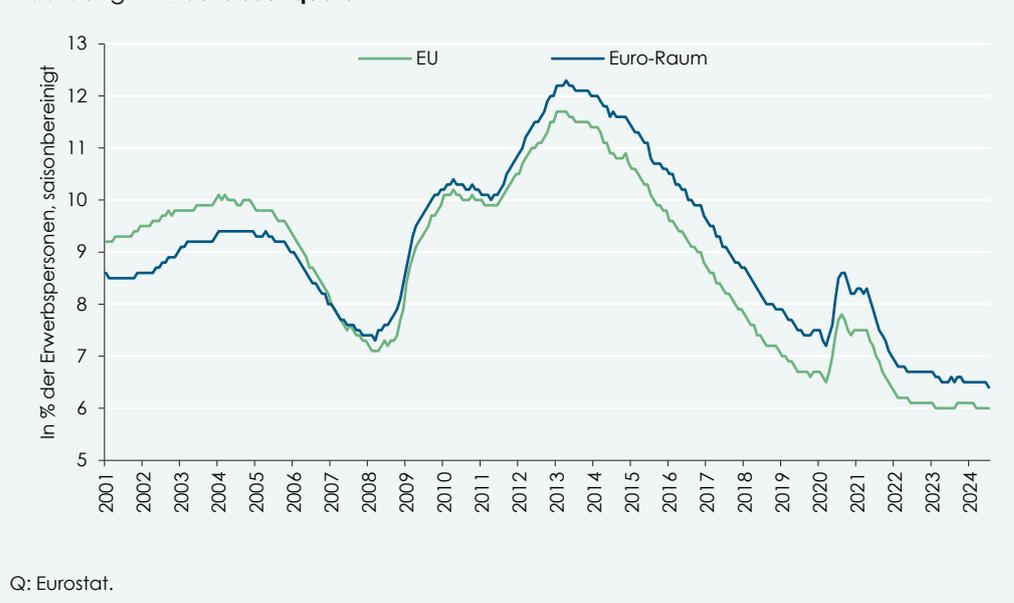
Die europäischen Arbeitsmärkte zeigen sich angesichts der anhaltenden Wirtschaftsflaute noch robust. Im Euro-Raum erreichte

**Die Inflation im Euro-Raum bildet sich aufgrund nachlassender Mineralölpreise und der flauen Konjunktur mehr und mehr zurück.**

die Arbeitslosenquote im Juli sogar ein historisches Tief von 6,4%. Ausschlaggebend dafür war die deutliche Verringerung in Italien (-0,4 Prozentpunkte). In der EU verharrte die Quote unverändert zum Vormonat bei 6,0%. Für Österreich wird ein Wert von 5,0% ausge-

wiesen (Juni 5,2%). Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten im Juli Tschechien (2,7%), Polen (2,9%) und Malta (3,0%). Am höchsten waren sie in Spanien (11,5%), Griechenland (9,9%), Schweden (8,6%) und Finnland (8,5%).

Abbildung 4: Arbeitslosenquote



**Die Konjunkturflaute dauert nun bereits zwei Jahre an. Seit Mitte 2022 ist die heimische Wirtschaftsleistung um fast 2% gesunken.**

## 2. Österreich: Wirtschaft kommt nicht in Fahrt

Österreichs Wirtschaft erlitt im II. Quartal 2024 erneut einen Rückschlag; das BIP sank real um 0,4% gegenüber der Vorperiode, nachdem es im I. Quartal noch minimal um 0,1% zugelegt hatte. Damit hielt die Konjunkturschwäche, die zur Jahresmitte 2022 eingesetzt hatte, an. Am kräftigsten waren die Wertschöpfungseinbußen im II. Quartal in den sonstigen Dienstleistungen (-2,6%), im Handel (-1,8%), in der Herstellung von Waren (-1,2%) und im Verkehr (-1,0%). Nennenswerte Anstiege meldeten nur die öffentliche Verwaltung i. w. S. (+1,0%), die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (+0,9%) sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen (+0,7%). Im Bauwesen stagnierte die Wertschöpfung wie bereits in der Vorperiode auf niedrigem Niveau.

Damit war Österreich (-0,4%) neben Lettland (-0,9%) beim Wirtschaftswachstum Schlusslicht im Euro-Raum (Deutschland -0,1%).

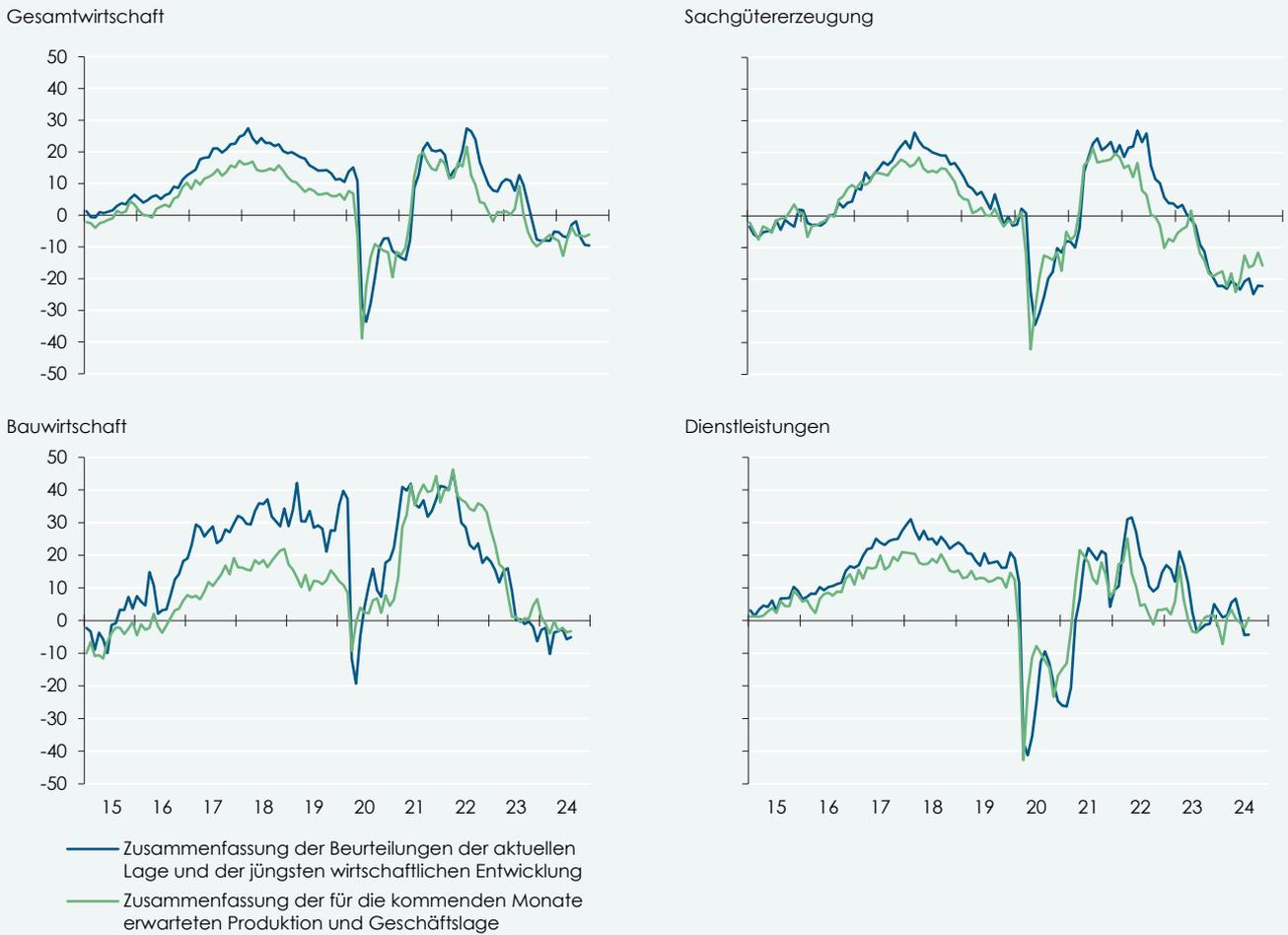
### 2.1 Warenhersteller anhaltend pessimistisch

In der konjunkturreaktiven österreichischen Herstellung von Waren schrumpfte die Wertschöpfung im II. Quartal 2024 das sechste Mal in Folge. Nach wie vor ist die internationale Nachfrage nach Industriegütern äußerst schwach, worunter insbesondere darauf spezialisierte Länder wie Österreich leiden.

Die jüngsten Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests zeigen die weiterhin triste Stimmung in der heimischen Industrie. Die österreichischen Sachgüterproduzenten beurteilten die aktuelle Geschäftslage im August anhaltend pessimistisch. Die Auftragsbestände sind nach wie vor niedrig; nur die Hälfte der befragten Sachgütererzeuger meldeten zumindest ausreichende Aufträge. Beklagt wurde die geringe Nachfrage aus dem In- und Ausland. Die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate verschlechterten sich leicht gegenüber dem Vormonat.

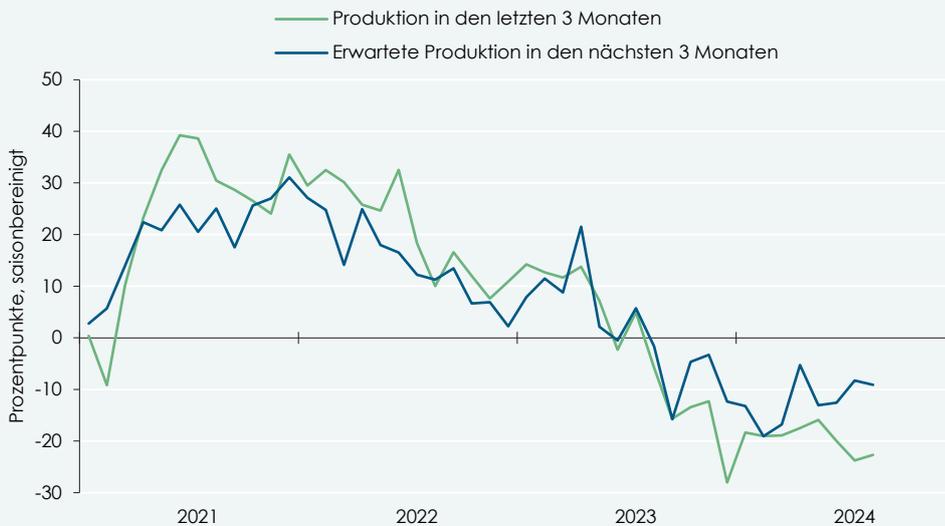
Investitionsgüterproduzenten leiden besonders unter der flauen internationalen Konjunktur. In diesem Teilbereich der Sachgütererzeugung haben sich die Einschätzungen zur aktuellen Geschäftslage seit Mitte 2022 deutlich verschlechtert. In den letzten Monaten gibt es allerdings Anzeichen einer Bodenbildung. Die Erwartungen zur künftigen Geschäftslage scheinen sich ebenfalls nicht mehr weiter einzutrüben. Laut Statistik Austria schrumpfte der heimische Export von Maschinen und Fahrzeugen im Mai 2024 um über 10% gegenüber dem Vorjahr, wobei die Untergruppe der Straßenfahrzeuge besonders stark einbrach (-12,2%).

Abbildung 5: Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Abbildung 6: Einschätzungen zur Produktion in der Herstellung von Investitionsgütern



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter null pessimistische Einschätzungen an.

Auch in der Vorproduktindustrie fallen die Lagebeurteilungen weiterhin sehr gedämpft aus. Die Einschätzungen zur aktuellen Lage verbesserten sich laut WIFO-Konjunkturtest von August 2024 kaum, jedoch lassen die Erwartungen seit einigen Monaten eine tendenzielle Aufwärtsbewegung erkennen.

Die schwache Konsumnachfrage im Euro-Raum belastet auch Hersteller von industriell gefertigten Konsumgütern. Ihre Einschätzungen zur Geschäftslage spiegeln einen anhaltenden Produktionsrückgang wider, wenngleich er nicht so kräftig ist wie in den Bereichen Investitionsgüter und Vorprodukte. Rund 60% der Konsumgüterproduzenten meldeten im August zumindest ausreichende Auftragsbestände. Die Erwartungen zur zukünftigen Geschäftslage gaben zuletzt etwas nach.

**Die Kreditvergabe der Banken wird von den befragten Unternehmen als unzureichend beurteilt.**

## 2.2 Erschwerter Zugang zu Unternehmenskrediten

Die im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vierteljährlich erhobenen Einschätzungen der Unternehmen zur Kreditvergabebereitschaft der Banken verschlechterten sich im August. Der entsprechende Indikator verblieb per Saldo im negativen Bereich, was auf eine anhaltend hohe Kredithürde schließen lässt.

Die zunehmende Dauer der Rezession spiegelt sich in einer vermehrten Nachfrage nach Unternehmenskrediten (+1,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorquartal). In der Bauwirtschaft meldeten zuletzt 22,2% der Unternehmen Kreditbedarf, in der Sachgüter-

erzeugung 21,3%, in den Dienstleistungen 20,9% und im Einzelhandel 15,4%.

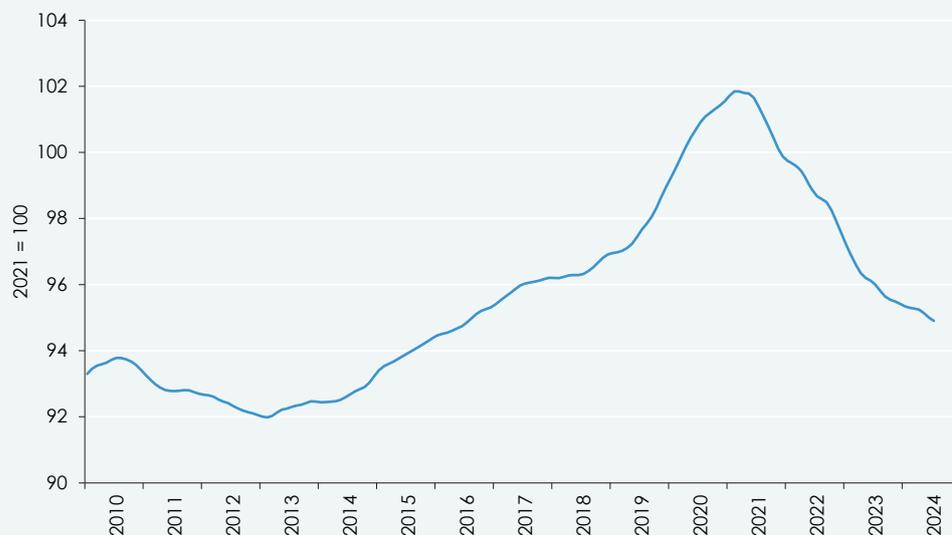
Nach Unternehmensgröße gaben im August 21,7% der kleineren Unternehmen (unter 50 Beschäftigte), 20,3% der mittleren Unternehmen (50 bis 250 Beschäftigte) und 22,5% der Großunternehmen (mehr als 250 Beschäftigte) an, eines Kredites zu bedürfen. Die Kredithürde ist für kleinere Unternehmen höher (-22,5 Punkte) als für mittlere (-12,4 Punkte) und große Unternehmen (-15,3 Punkte).

Von den Unternehmen mit Kreditbedarf (ohne Einzelhandel) beklagten über ein Drittel, bei der Höhe oder den Konditionen Abstriche machen zu müssen. Dieser Wert liegt nach wie vor über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre (29,2%). Nur rund 32% der Unternehmen mit Kreditbedarf konnten diesen wie erwartet decken (5-Jahres-Durchschnitt 45,1%).

## 2.3 Konsum schwächelt trotz Anstiegs der Realeinkommen

Die inflationsbedingt hohen Lohnabschlüsse für 2024 hatten bislang keinen Anstieg der Konsumausgaben zur Folge, obwohl die Teuerung zuletzt deutlich zurückgegangen ist (Jänner 4,6%, Juli 2,4%). Ähnlich wie in Deutschland blieb auch in Österreich der private Konsum bisher klar hinter den Erwartungen. Im II. Quartal 2024 schrumpfte er im Vergleich zum Vorjahr um 1,1%, womit er in realer Rechnung – mit Ausnahme des I. Quartals 2024 – bereits seit dem II. Quartal 2023 zurückgeht.

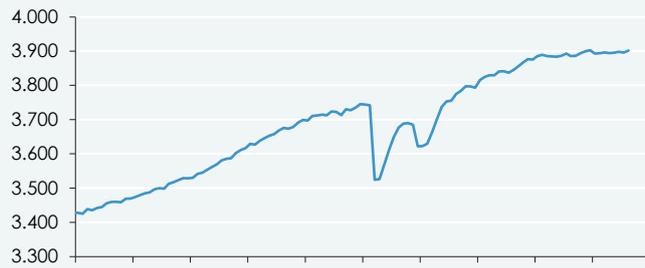
Abbildung 7: Einzelhandelsumsatz, real



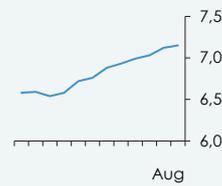
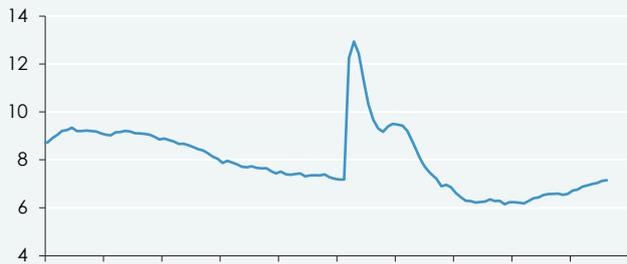
Q: Statistik Austria, WIFO. Saison- und arbeitstagsbereinigt (Trend). Ohne Handel mit Kfz.

Abbildung 8: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

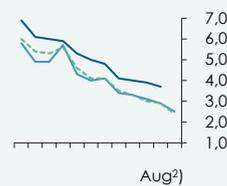
Unselbständig aktiv Beschäftigte<sup>1)</sup>, in 1.000, saisonbereinigt



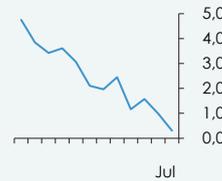
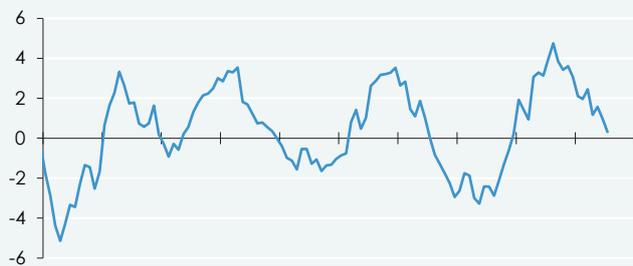
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



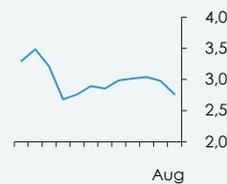
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – 2) Schnellschätzung von Statistik Austria. – 3) Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte beinhalten auch Ausgaben für Tourismusdienstleistungen. Laut OeNB stiegen die nominellen Reiseverkehrsimporte (einschließlich internationaler Personentransport) im I. Quartal 2024 um 14,1%. Statistik Austria weist für das 1. Halbjahr einen Anstieg der Nächtigungen inländischer Gäste um 1,2% aus. Zumal der VPI für Beherbergungsdienstleistungen im 1. Halbjahr 2024 um 6,7% stieg, dürften die Konsumausgaben im Tourismus bisher sowohl nominell als auch real gewachsen sein.

**Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte schwächelt bislang trotz der hohen Realeinkommenszuwächse.**

Unter der geringen Konsumnachfrage außerhalb des Tourismus leidet besonders der Einzelhandel. Laut Statistik Austria setzte er im II. Quartal 2024 real um 1,6% weniger um als im Vorjahr (Einzelhandel ohne Kfz-Handel). Für Juli zeigt eine Vorauswertung der Umsatzentwicklung nur einen leichten Anstieg um 0,5%. Einbußen erlitt vor allem der Nicht-Lebensmittelhandel, der im II. Quartal 2024 um 2,0% schrumpfte (Juli 2024 -0,1%). Laut Statistik Austria war der Handel im II. Quartal am dritthäufigsten von Insolvenzen betroffen.

**Die Arbeitslosenquote steigt in Österreich kontinuierlich an.**

Angesichts der hohen Kreditzinsen schränken die privaten Haushalte auch ihre Wohnbauinvestitionen ein, womit ein Gutteil der Einkommenszuwächse in Ersparnisse anderer Art geflossen sein dürfte.

#### 2.4 Inflation auf dem Rückzug

Die Inflation hat sich in den letzten Monaten deutlich verlangsamt. Die Schnellschätzung von Statistik Austria ergibt für August einen weiteren Rückgang auf 2,4% (Juli +2,9%, laut VPI). Dämpfend wirkte vor allem die Verbilligung von Mineralölprodukten.

Bereits im Juli 2024 unterschritt die Inflationsrate die 3%-Marke (+2,9%, laut HVPI), womit sich der Abstand zum Euro-Raum (+2,6%) auf 0,3 Prozentpunkte reduzierte. Solange die Inflationsraten in Österreich ähnlich hoch sind wie im Euro-Raum werden die Preisunterschiede zwischen den beiden Regionen, die aus der unterschiedlichen Preisdynamik der letzten Jahren folgen, allerdings nicht abgebaut. Dafür müsste die heimische Inflationsrate längere Zeit unter jener des Euro-Raumes liegen.

Zwei Faktoren könnten in Österreich in naher Zukunft für einen weiteren Rückgang der Inflation sorgen. Zum einen dürften die Preissteigerungen in der Kategorie "Hotels und Restaurants" abklingen. In diesem Teilbereich

des VPI, der in den vergangenen Jahren der Hauptpreistreiber war, lässt der Preisauftrieb bereits seit einigen Monaten nach. Im Juli 2024 lag er nur mehr bei 6,6%, nach 12,3% im Vorjahresmonat und 9,3% im Juli 2022. Gegenüber Juli 2021 beträgt der kumulierte Preisanstieg somit knapp 31%.

Zum anderen gab der Rohölpreis, der Ende September 2023 einen Höchstwert von rund 90 € pro Barrel (Brent) erreicht hatte, bis Ende August 2024 auf rund 70 € nach. Sollte er im September ähnlich niedrig bleiben, ist erneut mit einem deutlich negativen Inflationsbeitrag der Treibstoffpreise zu rechnen.

#### 2.5 Konjunkturlaute belastet den Arbeitsmarkt

Die flauere Wirtschaftsentwicklung schlägt verstärkt auf den österreichischen Arbeitsmarkt durch. In konjunktursensiblen Branchen sinkt die Nachfrage nach Arbeitskräften bereits seit mehreren Monaten im Vorjahresvergleich und die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen schrumpft. Im August 2024 waren um 15,5% weniger Stellen vakant als im Vorjahr, nach -17% im Juli.

In der Herstellung von Waren verringert sich die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse bereits seit Dezember 2023 im Vorjahresvergleich. In der Bauwirtschaft hält der Personalabbau sogar seit August 2023 an, im Handel seit September 2023. Am stärksten ist der Rückgang jedoch in den unternehmensnahen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitt N), wo die Beschäftigung schon seit Jänner 2023 schrumpft (Juli 2024 -5,5%). Dazu zählt auch die Arbeitskräfteüberlassung, welche üblicherweise früh auf Veränderungen der Konjunktur reagiert. In diesem Bereich ist die unselbständige Beschäftigung seit November 2022 eingebrochen (Juli 2024 -12,8% gegenüber dem Vorjahr).

In der Gesamtwirtschaft dagegen wurde die unselbständig aktive Beschäftigung auch im August 2024 ausgeweitet. Mit voraussichtlich +0,3% gegenüber dem Vorjahr war der Anstieg gleich hoch wie im Juli.

Die Zahl der beim AMS als arbeitslos oder in Schulung vorgemerkten Personen stieg allerdings ebenfalls kräftig an. Im August war sie wie bereits im Vormonat um knapp 10% höher als im Vorjahr. Die um Saisoneffekte bereinigte Arbeitslosenquote erhöhte sich nach vorläufigen Berechnungen leicht von 7,1% im Juli auf 7,2% im August (Juni 7%).

## Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

**Rückfragen:** [astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at), [christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at), [martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)

### Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

### Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres ( $t_0$ ) auf die Veränderungsrate des Folgejahres ( $t_1$ ). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres  $t_1$ , wenn das BIP im Jahr  $t_1$  auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres  $t_0$  (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

### Durchschnittliche Veränderungsraten

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

### Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

### Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

### WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

### Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

### Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

# Verteilungen des Ausgleichs der kalten Progression für das Jahr 2025

## Zusatzbericht zum Progressionsbericht 2024

Marian Fink, Silvia Rocha-Akis



**WIFO** ■

### Verteilungswirkungen des Ausgleichs der kalten Progression für das Jahr 2025

Zusatzbericht zum Progressionsbericht 2024

**Marian Fink, Silvia Rocha-Akis**

Wissenschaftliche Assistenz: Lydia Grandner

August 2024  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die Studie analysiert die Verteilungswirkung des automatischen und diskretionären Ausgleichs der kalten Progression im Jahr 2025. Der Zwei-Drittel-Ausgleich der Inflation führt zu einem Entlastungsvolumen von 1.371 Mio. €, wobei das oberste Einkommensdezil 20,7% und das unterste 1,5% erhält. Der Ausgleich des verbleibenden Drittels durch die berücksichtigten diskretionären Maßnahmen begünstigt die unteren Einkommensdezile stärker, insbesondere durch den Kinderzuschlag, von dem 62,9% an das unterste Dezil fließen. Unter Berücksichtigung des automatischen und diskretionären Ausgleichs steigt das verfügbare Äquivalenzeinkommen durchschnittlich um 1,0%, wobei die unteren Dezile relativ stärker profitieren. Die Armutsgefährdungsquote sinkt um 0,3 bzw. 0,6 Prozentpunkte bei Verwendung der verankerten Armutsgefährdungsschwelle.

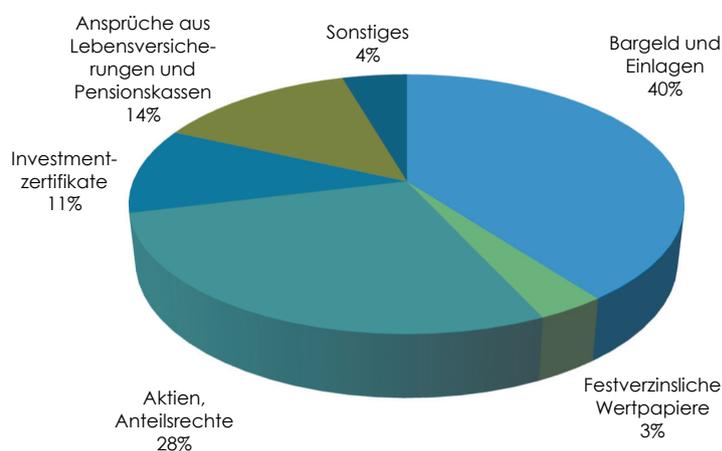
Im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen • August 2024 • 32 Seiten •  
Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53782588>

## Veranlagungsergebnis stützte 2023 die Schaden- und Unfallversicherung

Thomas Url

- Die Prämieinnahmen der österreichischen Privatversicherungswirtschaft stiegen 2023 in der Kranken- und in der Schaden- und Unfallversicherung; in der Lebensversicherung waren sie hingegen rückläufig.
- Dieses Muster war auch auf den internationalen Versicherungsmärkten erkennbar.
- Die Tarife für Versicherungsprodukte holten 2023 den allgemeinen Preisauftrieb nach.
- In der Lebensversicherung verlagerte sich das Neugeschäft wieder zu klassischen Produkten mit laufenden Prämien.
- In der privaten Krankenversicherung stieg die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle stark an, die durchschnittliche Leistungshöhe schrumpfte jedoch.
- In der Schaden- und Unfallversicherung erreichte die Schadenquote 2023 wieder ihren langfristigen Durchschnittswert.
- Ein günstiges Veranlagungsergebnis ermöglichte wieder im gewohnten Ausmaß Übertragungen von Kapitalerträgen in die versicherungstechnische Rechnung.

### Verteilung des privaten Geldvermögens 2023



**"Die Normalisierung der Renditen auf festverzinsliche Wertpapiere erzeugte 2023 noch keinen sichtbaren Aufschwung für Lebensversicherungen."**

Das Geldvermögen der privaten Haushalte stieg 2023 um 27,6 Mrd. € (+3,4%). Neuveranlagungen und Kursgewinne von Wertpapieren trugen diesen Aufbau ungefähr zu gleichen Teilen. Die langfristige Veranlagung in Lebensversicherungen war weiterhin vom hohen Liquiditätswunsch der privaten Haushalte geprägt und verlor Marktanteile (Q: OeNB. Gesamtes Geldvermögen: 833,3 Mrd. €).

# Veranlagungsergebnis stützte 2023 die Schaden-Unfallversicherung

Thomas Url

## Veranlagungsergebnis stützte 2023 die Schaden-Unfallversicherung

Die österreichische Privatversicherungswirtschaft steigerte 2023 das Prämienvolumen um 5,3%. Die Schaden- und Unfallversicherung entwickelte sich weiterhin dynamisch (+8,7%). Das Prämienwachstum der privaten Krankenversicherungen (+8,8%) profitierte von einer deutlichen Ausweitung der versicherten Risiken und Preisanpassungen. Die Lebensversicherung (-4,5%) verlor weiter an Boden und konnte aus dem Anstieg der Renditen auf langfristige Wertpapiere noch keinen Nutzen ziehen. Die Leistungen legten getrieben durch höhere Reparaturkosten und die Zunahme an Versicherungsfällen insgesamt um 5,0% zu. Das Veranlagungsergebnis konnte wieder im gewohnten Umfang zum versicherungstechnischen Ergebnis beitragen. Die Entwicklung auf dem österreichischen Versicherungsmarkt passte 2023 gut ins internationale Bild.

**JEL-Codes:** G22, E21, G18 • **Keywords:** Privatversicherung, Geldvermögensbildung

**Begutachtung:** Christine Mayrhuber • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger ([ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 27. 9. 2024

**Kontakt:** Thomas Url ([thomas.url@wifo.ac.at](mailto:thomas.url@wifo.ac.at))

## Investment Result Supported Property-casualty Insurance in 2023

The Austrian private insurance industry increased its premium volume by 5.3 percent in 2023. Property and casualty insurance continued their dynamic path (+8.7 percent). Premium growth in private health insurance (+8.8 percent) benefitted from a significant increase in insured risks as well as price adjustments. Life insurance (-4.5 percent) lost further ground and was not yet benefitting from the rise in yields on long-term securities. Insurance claims rose by 5.0 percent overall, driven by higher repair costs and the increase in insurance claims. The investment result was able to contribute to the technical result to the usual extent. Developments on the Austrian insurance market in 2023 were in line with the international picture.

Die Folgen des Energiepreisschocks 2022 waren in Österreich auch 2023 noch deutlich spürbar. Die Wirtschaft reagierte typisch auf den ausgeprägten negativen Angebotschock: während das reale Bruttoinlandsprodukt verzögert schrumpfte, blieb die Inflationsrate auf hohem Niveau. Obwohl das nominelle BIP um 6,9% zulegen, verringerte sich das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um 0,5%. Dementsprechend schwach fiel auch der private Konsum zu konstanten Preisen aus. Für die Versicherungswirtschaft setzte sich in diesem Umfeld

die gesplattene Entwicklung der Vorjahre fort. Während die Prämieinnahmen der privaten Krankenversicherung (+8,8%) und der Schaden-Unfallversicherung (+8,7%) zulegen konnten, spürte die Lebensversicherung die antizyklisch verminderte Spartätigkeit der privaten Haushalte in Form rückläufiger Prämieinnahmen (-4,5%). Der Anteil der Lebensversicherung an den Prämieinnahmen insgesamt fiel dadurch wieder auf das Niveau der 1980er-Jahre zurück (Übersicht 1); die Versicherungsdurchdringung verharrte auf dem Vorjahreswert.

## 1. Die Privatversicherungswirtschaft im internationalen Vergleich

In Europa war 2023 die Geschäftsdynamik der Versicherungswirtschaft schwächer und der Unterschied zwischen Nicht-Lebens- und Lebensversicherungsgeschäft kleiner als in Österreich. Im Europäischen Wirtschaftsraum legten die verrechneten Prämien (Direktgeschäft und akzeptierte Rückversicherung) um 3,9% zu. Die Nicht-Lebensversicherung wuchs mit +6,5% wesentlich schwungvoller als die Lebensversicherung (+1,2%). Unter den größten Versicherungsmärkten blieben

Deutschland und Italien hinter der Entwicklung des Gesamtmarktes zurück. Dafür war vor allem die nachlassende Nachfrage privater Haushalte nach Lebensversicherungen verantwortlich (Italien -3,2%, Deutschland -1,5%). Besonders dynamisch zeigte sich Zypern (+23,0%), während die Versicherer in Litauen (-34,6%), Luxemburg (-3,2%), Liechtenstein (-1,6%) und Irland (-0,6%) an Boden verloren. Die von EIOPA<sup>1)</sup> erfassten Versicherungsmärkte in Mittel-, Ost- und

<sup>1)</sup> Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung

[https://www.eiopa.europa.eu/tools-and-data/insurance-statistics\\_en](https://www.eiopa.europa.eu/tools-and-data/insurance-statistics_en).

Südosteuropa (MOSOEL) entwickelten sich insgesamt überdurchschnittlich gut (+9,9%), wobei mit Rumänien (+28,2%) und Polen (+15,9%) zwei größere Märkte positiv hervor-

stachen. Die Prämieinnahmen der Nicht-Lebensversicherung (+11,4%) stiegen auch in den MOSOEL wesentlich kräftiger als jene der Lebensversicherung (+5,5%).

### Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung	Versicherungsdurchdringung <sup>1)</sup>
	Mio. €	In % des gesamten Prämienvolumens			In % des BIP
2019	18.804	28,9	12,4	58,7	4,8
2020	19.076	28,1	12,8	59,2	5,3
2021	19.676	27,3	12,8	59,9	4,9
2022	20.699	25,7	12,7	61,6	4,6
2023	21.799	23,3	13,1	63,6	4,6

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Auf Basis verrechneter direkter inländischer Prämien.

Der weltweite Versicherungsmarkt erwies sich 2023 als dynamischer als der europäische (Swiss Re, 2024). Mit einem Anstieg des nominellen Prämienvolumens in gemeinsamer Währung (Dollar) um 6,1% profitierte die globale Versicherungsnachfrage deutlich vom Wirtschaftswachstum in Amerika sowie in den Schwellenländern Europas, des Nahen und Mittleren Ostens und Afrikas (EMEA). Die Nicht-Lebensversicherung legte weltweit um 7,6% zu, während die Lebensversicherung mit +3,9% verhaltener expandierte. Südamerika verzeichnete in beiden Abteilungen zweistellige Wachstumsraten. In den EMEA-Schwellenländern schnitt die Nicht-Lebensversicherung sehr erfolgreich ab (+10,7%), während die Lebensversicherung stagnierte (+0,3%).

Für das Versicherungsgeschäft im Jahr 2024 ist Swiss Re (2024) angesichts eines realen Wirtschaftswachstums nahe am Potentialwachstum, des Rückgangs der Inflation, höheren Zinssätzen und der guten Beschäftigungslage optimistisch. Der Anstieg der Zinssätze sollte vor allem das Lebensversicherungsgeschäft stimulieren. Für die Nicht-Lebensversicherung rechnet Swiss Re (2024) im laufenden Jahr weiterhin mit steigenden Tarifen. Höhere Kosten der Schadenbehebung werden vor allem im Neugeschäft mit privaten Haushalten zu Tarifanpassungen führen; andererseits wird in der Versicherung kommerzieller Risiken ein Ende der Tariferhöhungen erwartet, weil dort bereits zuletzt hohe Preissteigerungen zu verzeichnen waren.

EIOPA fasst die Risikofaktoren für die europäische Versicherungswirtschaft regelmäßig in Form eines Dashboards zusammen. Im Sommer 2024 schätzte die Behörde die Risikolage als stabil auf mittlerer Stufe ein – mit einer Ausnahme: Das Potenzial für eine Kurskorrektur an den Wertpapiermärkten und für

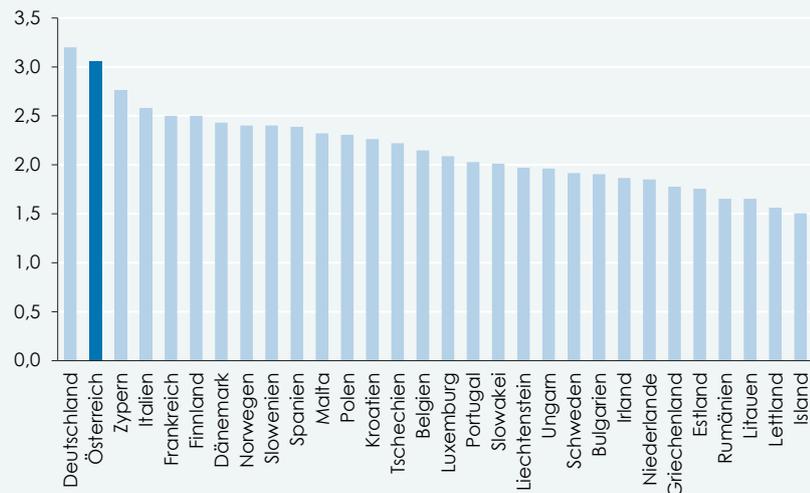
einen weitergehenden Preisverfall von Immobilien wird als hoch eingestuft. Für die nächsten zwölf Monate erwartet EIOPA in den Bereichen Cyberrisk sowie Umwelt und soziale Ziele (ESG) Verschlechterungen. Die Cyberrisiken steigen laut EIOPA, da die zunehmende Digitalisierung Versicherungsunternehmen angreifbarer mache und verstärkte geopolitische Spannungen das Risiko von Cyberangriffen mit systemischen Folgen vergrößern würden (IWF, 2024). ESG-bezogene Risiken waren bereits das Thema mehrerer Stresstests für Finanzintermediäre. Sie beinhalteten Szenarien einer verzögerten aber intensiveren Implementation von Instrumenten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen (vgl. z. B. für die Kreditwirtschaft Germann et al., 2023).

Die Solvenzkapitalquote (SCR-Quote) misst die Leistungsfähigkeit von Versicherungsunternehmen, wenn unerwartet hohe Schadenzahlungen und Verluste in der Veranlagung zusammentreffen. Die SCR-Quote ist das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel eines Versicherungsunternehmens zu dessen Solvenzkapitalerfordernis (SCR). Das SCR schätzt die Höhe unvorhergesehener Verluste in den nächsten 12 Monaten auf einem Sicherheitsniveau von 99,5% unter der Annahme, dass der Geschäftsbetrieb fortgesetzt wird. Dabei werden alle quantifizierbaren Risiken berücksichtigt, denen ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist. Auf dem europäischen Binnenmarkt lag die SCR-Quote Ende 2023 im Durchschnitt bei 2,6, d. h. das Eigenkapital der Versicherungsunternehmen war mehr als zweieinhalbmal so hoch wie ihr SCR. Die österreichischen Versicherer verzeichneten im europäischen Vergleich eine hohe SCR-Quote von 3,1 (Abbildung 1) und hielten damit den guten Jahreswert. Ende 2023 wiesen laut EIOPA mehr als die Hälfte der heimischen Versicherer eine SCR-Quote von über 2,6 aus.

**Der globale Versicherungsmarkt war 2023 dynamischer als der europäische.**

**EIOPA schätzt die Risikolage als stabil auf mittlerer Stufe ein; Marktrisiken bilden davon die einzige Ausnahme.**

Abbildung 1: Solvenzkapitalanforderung (SCR-Quoten) im europäischen Vergleich 2023



Q: EIOPA (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung).  
SCR-Quote . . . Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel zum Solvenzkapitalerfordernis.

## 2. Zusätzliche regulatorische Vorgaben für die Versicherungswirtschaft

Die regulatorischen Vorgaben für die Versicherungswirtschaft wurden im letzten Jahr ausgeweitet. Im Bereich der Digitalisierung trat am 16. Jänner 2023 der Digital Operational Resilience Act (DORA) in Kraft, wobei die ergänzenden technischen Standards im Laufe des Jahres 2024 vorliegen sollen. Das Künstliche-Intelligenz-Gesetz (AI-Act) regelt allgemein den Einsatz künstlicher Intelligenz durch natürliche und juristische Personen. Für Versicherer entstehen je nach Risikoklassifikation der Nutzung (minimal, beschränkt, hoch oder nicht akzeptierbar) unterschiedlich umfangreiche Pflichten. Der Cyber Resilience Act (CRA) wird für die Versicherungswirtschaft insofern relevant sein, als damit die Sicherheit der Kommunikation über Kundenportale erhöht werden soll. Darunter fallen sowohl Portale auf Internetseiten als auch solche auf Mobiltelefonen. Versicherer müssen künftig u. a. mittels Schwachstellenmanagements Sicherheitsrisiken identifizieren und darauf reagieren.

Der 2018 begonnene Review-Prozess für Solvency II führte im Frühjahr 2024 zu einem akkordierten Bericht, der jedoch noch nicht beschlossen und veröffentlicht wurde. Ähnliches gilt für die Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen (IRRD). Die Änderungen in Solvency II betreffen die Volatilitätsanpassung bzw. die Extrapolation der Zinsstrukturkurve in der Lebensversicherung und sollen kurzfristige Schwankungen der erforderlichen SCR-Quote verringern. Wenn ein Versicherungsunternehmen ein internes Modell zur Berechnung des Solvenzkapitals nutzt, muss jedes zweite Jahr eine Parallelrechnung mit dem Standardmodell erfol-

gen. Da Solvency II nicht dem Proportionalitätsprinzip entsprach, zumal es kleinere und mittlere Versicherungsunternehmen überproportional belastete (Pitlik & Url, 2020), wurden die Schwellenwerte für die Prämieinnahmen und die versicherungstechnischen Rückstellungen erhöht. Für Versicherungsunternehmen wird die Erstellung eines Liquiditätsrisikomanagementplanes verpflichtend. Die Aufsichtsbehörden sollen in Zukunft durch makroprudenzielle Instrumente höhere Anforderungen an die Liquidität einzelner Versicherungsunternehmen stellen können. Die Fristen für die Berichterstattung und Offenlegung werden um vier Wochen auf 18 Wochen ausgeweitet. Zudem müssen künftig zusätzliche Risiken integriert werden.

Die IRRD regelt die Sanierung und Abwicklung von Versicherungsunternehmen. Sie sieht die Errichtung einer Abwicklungsbehörde in jedem EU-Mitgliedsland vor und ermöglicht der Aufsicht den Eingriff in die Geschäftsführung von Versicherungsunternehmen, selbst wenn diese das Solvabilität-II-Erfordernis noch erfüllen. Die Versicherer werden zur Erstellung und laufenden Aktualisierung vorausschauender Sanierungspläne und zur Bereitstellung von Informationen an die Abwicklungsbehörde verpflichtet, die im Anlassfall einen Abwicklungsplan erstellt.

Auf EU-Ebene wird weiterhin die Einführung eines Garantiesystems zur Deckung von Forderungen der Versicherten im Abwicklungsfall diskutiert. Aus österreichischer Sicht erscheint ein solches Garantiesystem überzogen, weil die Ansprüche der Versicherten in den versicherungstechnischen Rückstel-

Der Review-Prozess für Solvency II ist nahezu abgeschlossen.

Die Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen (IRRD) erhöht die Kosten der Regulierung.

lungen abgebildet sind und diese mit einem Deckungsstock abgesichert werden müssen. Der Deckungsstock ist in Wertpapieren und anderen Anlageformen investiert und wird von einem externen Treuhänder überwacht. Darüber hinaus schreibt Solvency II bereits bei Unterschreitung einer SCR-Quote von 1 die Vorlage von geplanten Korrekturmaßnahmen durch das Versicherungsunternehmen vor.

Mit Jahresanfang 2024 traten die Europäischen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESRS) in Kraft, die Unternehmen zur Berichterstattung über Umwelt- und Sozialthemen und die Unternehmenssteuerung (Governance) verpflichten. Damit sollen Anleger:innen ausreichende Informationen über die Auswirkungen der Unternehmestätigkeit auf Mensch und Umwelt erhalten und sich ein Bild über deren finanzielle

Risiken und Chancen im Hinblick auf den Klimawandel und andere Nachhaltigkeitsthemen machen können. Die Berichtspflicht besteht erstmals für das Geschäftsjahr 2024 und gilt für alle Unternehmen, die der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) unterliegen. Das sind Großunternehmen sowie Klein- und Mittelbetriebe, die börsennotierte Wertpapiere ausgegeben haben.

Insgesamt werden diese Zusatzpflichten die regulatorischen Kosten für die Versicherungswirtschaft bei geringem Zusatznutzen weiter steigern. Die von der Europäischen Kommission vor mehr als einem Jahrzehnt in Aussicht gestellte (Europäische Kommission, 2012) und im aktuellen politischen Programm bekräftigte bürokratische Entlastung von Unternehmen wird damit nicht erreicht werden<sup>2)</sup>.

Seit Jänner 2024 besteht eine Berichtspflicht zu Nachhaltigkeitsthemen.

### 3. Tarifsteigerungen für Versicherungsprodukte übertrafen 2023 den allgemeinen Preisauftrieb

Die Verbraucherpreisinflation in Österreich blieb im Jahr 2023 unvermindert kräftig. Mit einer Steigerungsrate des harmonisierten Verbraucherpreisindex von 7,7% wurde der Durchschnitt des Euro-Raumes um 2,3 Prozentpunkte übertroffen. Höher als im europäischen Mittel waren die Preissteigerungen in Österreich in den Bereichen Dienstleistungen und nichtenergetische Industriegüter. Die Preissenkungen auf Energie erfolgten hierzulande verzögert und in geringerem Umfang.

Versicherungen waren auf der Kostenseite von Preissteigerungen für Reparaturen und Ersatzbeschaffungen betroffen, die zumeist in Form indexierter Prämien erst verzögert an die Versicherten weitergegeben werden. Dieses Muster ist in Übersicht 2 gut erkennbar. Während sich die im Verbraucherpreisindex erfassten Versicherungsprämien 2022 noch moderat entwickelt hatten, holten sie 2023 den Inflationsschub des Vorjahres nach.

Preissteigerungen für Reparaturen und Ersatzbeschaffungen erhöhen Leistungen und Tarife.

Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

	2024	2020	2021	2022	2023	2024 <sup>1)</sup>
	Gewicht in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Tarifprämien für						
Hausratsversicherung	0,281	+ 1,0	+ 0,7	- 2,5	+ 6,5	+ 9,0
Bündelversicherung für Eigenheim	0,620	+ 1,2	+ 0,3	+ 4,2	+ 9,6	+ 4,5
Private Gesundheitsversicherung	1,535	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 5,4	+ 9,3
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,127	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,4	+ 10,1	+ 6,0
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,032	- 1,1	+ 1,1	+ 4,6	+ 4,3	+ 5,1
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,172	+ 1,0	- 1,0	+ 2,5	+ 13,2	+ 7,7
Privatversicherungsformen insgesamt	3,768	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,9	+ 8,0	+ 7,4
Verbraucherpreisindex insgesamt		+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 3,7
Beitrag der Privatversicherungsformen	Prozentpunkte	+ 0,06	+ 0,05	+ 0,08	+ 0,32	+ 0,28

Q: Statistik Austria. – 1) Jänner bis Juli.

Kfz-Teilkaskoversicherungen zeigten 2023 die höchsten Tarifsteigerungen im VPI, vor Kfz-Haftpflichtversicherungen und den Bündelversicherungen für Eigenheime. Vergleichsweise verhalten entwickelten sich die Tarife in der Gesundheits- und in der Kfz-Rechtsschutzversicherung (Übersicht 2). Bis Juli 2024

ebbte der allgemeine Preisauftrieb wieder ab, während in der Versicherungswirtschaft weiterhin Nachholeffekte zu verzeichnen sind. Die Tarifentwicklung für Versicherungen wird die Inflationsrate in Österreich daher auch 2024 erhöhen.

<sup>2)</sup> "Each Commissioner will be tasked with focusing on reducing administrative burdens and simplifying implementation: less red tape and reporting, more trust,

better enforcement, faster permitting" (von der Leyen, 2024).

**Die Schadenquote näherte sich 2023 weiter dem langfristigen Durchschnitt an.**

Die durchschnittliche Prämie je Risiko ist ein interessanter Vergleichsmaßstab für die Prämiensteigerungen laut Verbraucherpreisindex, weil sie auch andere Preisgestaltungsmöglichkeiten – wie Rabatte, die Prämienrückgewähr, Leistungseinschränkungen oder Haftungsausschlüsse – berücksichtigt. In weitgefassten Versicherungsprodukten kann aber auch eine Verschiebung der Nachfrage zu Gegenständen mit einem niedrigeren oder höheren Versicherungswert die Vergleichbarkeit mit den VPI-Komponenten einschränken. So stieg etwa die durchschnittliche Prämie in der Kfz-Haftpflichtversicherung 2023 mit 3,6% weit schwächer als die entsprechende VPI-Komponente. Ähnlich verhält es sich mit der Kfz-Kaskoversicherung (+6,6%). Die Durchschnittsprämie in der Insassenunfallversicherung setzte mit –4,2% ihren Abwärtstrend fort. In diesen vergleichsweise eng definierten Versicherungsprodukten weicht die Entwicklung der Durchschnittsprämien somit deutlich von den Steigerungsraten laut VPI ab. Dies zeigt sowohl die Bedeutung alternativer Elemente in der Tarifierung von Versicherungsverträgen als auch die Bereitschaft zur Substitution einzelner Vertragselemente auf Seiten der Versicherten. Insgesamt legte die durchschnittliche Prämie in der Sachversicherung 2023 um 6,6% zu (2022 +4,7%).

Die Schadenquote im direkten Geschäft der Schaden- und Unfallversicherung lag 2023 mit 62,4% knapp über dem langfristigen

Durchschnittswert (62,0%). In der Sonstigen Feuer- und in der Leitungswasserschadenversicherung lagen die Leistungen dagegen deutlich über dem langfristigen Mittel; zumal die Schadenquoten bereits seit einigen Jahren überdurchschnittlich sind, sind für beide Sparten in nächster Zeit Tarifierhöhungen wahrscheinlich. Die Unfallversicherung war 2023 ebenfalls von überdurchschnittlich hohen Leistungen betroffen, allerdings erscheint dort die Abweichung weniger systematisch. Besonders niedrige Schadenquoten verzeichneten 2023 die Einbruchdiebstahl- und die Haushaltsversicherung; auch die Kredit- und die Sonstige Maschinenversicherung erlebten ein Jahr mit geringen Leistungen. In der vom Prämienvolumen her bedeutenden Kfz-Haftpflicht und in der allgemeinen Haftpflichtversicherung blieben die Schadenquoten ebenfalls deutlich unter den langfristigen Durchschnittswerten. Die hohe Wettbewerbsintensität in den beiden Geschäftsfeldern könnte weiterhin die Tarifierhöhungen dämpfen, obwohl die Reparaturkosten in den letzten Jahren inflationsbedingt stark zulegten. Swiss Re (2024) rechnet für 2024 mit einer gedämpften Fortsetzung inflationsbedingter Tarifierhöhungen in der Privatversicherung, während die Tarife für Geschäftskunden stabiler bleiben dürften. Die Werte für das 1. Halbjahr 2024 (Übersicht 2) deuten jedenfalls auch für Sparten mit mittelfristig niedrigen Schadenquoten weitere Tarifierpassungen an.

#### 4. Lebensversicherung durch Realeinkommensverluste beeinträchtigt

**Angesichts rückläufiger Realeinkommen hielten sich die privaten Haushalte trotz der erwarteten Lockerung der Geldpolitik mit langfristigen finanziellen Bindungen zurück.**

Die hohe allgemeine Inflation ging auch 2023 in die Tariflohnabschlüsse der Sozialpartner ein. Gleichzeitig blieb die Beschäftigungslage robust und viele private Haushalte nutzten die Gelegenheit steigender Zinssätze für eine längere Bindung ihrer Spareinlagen. In diesem Umfeld stieg das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nominell um 7,6%, blieb jedoch real hinter dem Vorjahreswert zurück (–0,5%). Die Privathaushalte reagierten auf den Kaufkraftverlust mit einer Verminderung des Sparvolumens und setzen verstärkt auf Veranlagungsformen mit geringem Risiko. Die Sparquote (ohne Einzahlungen in die betriebliche Altersvorsorge) ging von 8,5% auf 8,2% zurück; die privaten Haushalte bauten 2023 mit 11,6 Mrd. € deutlich weniger Finanzvermögen aus ihrem laufenden Einkommen auf als im Vorjahr (2022: 16,9 Mrd. €). Innerhalb des Vermögensbestandes kam es 2023 wegen der Anhebung der Leitzinssätze zu einer umfangreichen Verschiebung von täglich fälligen zu zeitlich gebundenen Einlagen und zu langfristigen festverzinslichen Wertpapieren. Der Geldvermögensbestand privater Haushalte erholte sich vom Einbruch des Vorjahres und stieg um 27,6 Mrd. € an. Die deutlichen Kursgewinne bei Wertpapieren erklären den Unterschied zwischen Bestandsveränderung und laufendem Vermögensaufbau.

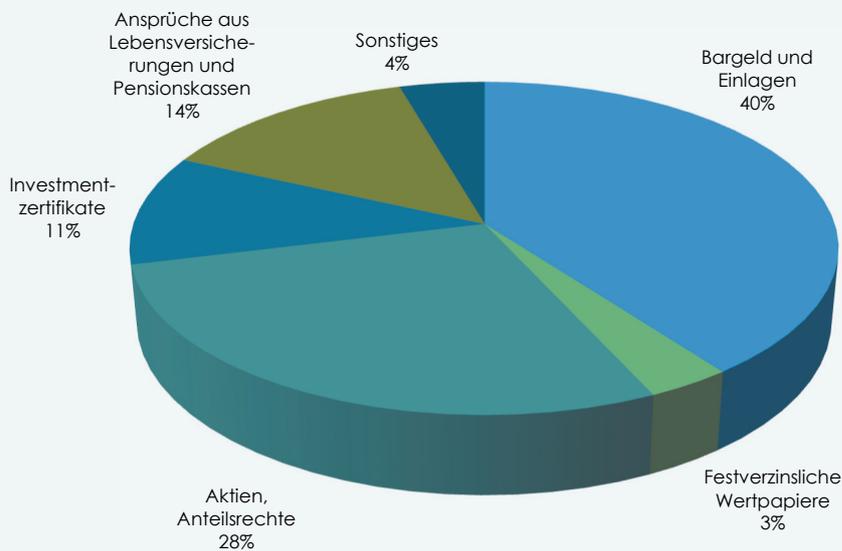
Die Veranlagungsstruktur des privaten Geldvermögens veränderte sich im Jahresverlauf 2023 – mit Ausnahme der Verschiebung innerhalb der Einlagen – nur wenig. Bargeld und Einlagen bei Kreditinstituten machten 2023 knapp 40% des Portfolios aus (Abbildung 2) und verloren gegenüber dem Vorjahr (41%) nur leicht an Boden. Die sonstigen Aktien und Anteilsrechte (2023: 28,3%) entsprechen dem Wert der Unternehmensanteile im Vermögen privater Haushalte. Der größte Teil davon besteht aus nicht gehandelten Anteilen an Kapitalgesellschaften und nur ein kleiner Teil aus börsennotierten Aktien (5%). Im Vergleich zum Vorjahr blieb diese Position nahezu unverändert. Die Ansprüche aus Altersvorsorgeaktivitäten machten weiterhin 13,7% des Geldvermögens aus, wobei die Lebensversicherungen 7,7% stellten. Die Investmentzertifikate profitierten von Wertsteigerungen und bauten ihren Anteil bis Ende 2023 auf 10,7% des Geldvermögens aus (2022: 10,1%).

Angesichts rückläufiger Realeinkommen und trotz der in Aussicht gestellten Lockerung der Geldpolitik hielten sich die privaten Haushalte mit langfristigen finanziellen Bindungen zurück und bauten Veranlagungen in Le-

bensversicherungen im Ausmaß von 2,1 Mrd. € aktiv ab; durch Wertgewinne und

Kapitalertragsgutschriften stieg ihr Bestandswert dennoch um 0,9 Mrd. € auf 64,5 Mrd. €.

Abbildung 2: **Verteilung des privaten Geldvermögens 2023**



Q: OeNB. Gesamtes Geldvermögen: 833,3 Mrd. €.

Die Einmalerläge litten am stärksten unter der Zurückhaltung gegenüber langfristigen Anlageprodukten. Insgesamt lagen die Prämieinnahmen für Einmalerläge um 28,0% unter dem Vorjahresniveau, wobei die fonds- und indexgebundene Lebensversicherung mit –33,6% am härtesten getroffen wurde. Aber auch in der klassischen Lebensversicherung schrumpften die Einmalerläge mit –24,5% deutlich, und selbst hybride Lebensversicherungen erlitten mit –16,7% einen herben Rückschlag.

Im Gegensatz zu den Einmalerlägen blieben die Einnahmen aus Verträgen mit laufenden Prämien nahezu stabil (–0,7%). Zwar schrumpften sie in der klassischen Lebensversicherung leicht (–2,7%), jedoch verzeichneten die fonds- und indexgebundene Lebensversicherung (+1,8%) sowie die hybriden Produkte (+7,4%) ein Wachstum. Im Neugeschäft mit laufenden Prämien gab die klassische Kapital- und Rentenversicherung mit +8,8% ein kräftiges Lebenszeichen von sich, während die Hybridprodukte stagnierten (–0,9%) und die fonds- und indexgebundenen Lebensversicherungen Einbußen erlitten (–3,4%). Das Neugeschäft mit Ablebensversicherungen schrumpfte 2023 um 4,8% und reagierte damit auf die schwächelnde Kreditvergabe an private Haushalte. Mit den Anhebungen der Leitzinssätze und im Zuge der makroprudenziellen Maßnahmen des Finanzmarktstabilitätsgremiums ging die Nachfrage nach Wohnbaukrediten zurück. Dementsprechend verringerte sich auch das

Neugeschäft mit Ablebensversicherungen. In der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung blieb das Neugeschäft mit 6 Mio. € in etwa konstant, während in der Pflegeversicherung sowohl die Zahl der Neuverträge als auch das damit verbundene Prämienvolumen stark rückläufig waren.

In der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge schrumpften 2023 die Vertragszahlen auf 839.000 (2022: 903.000), weil 7.454 Neuverträge (2022: 6.127) die Zahl der abreifenden Verträge bei weitem nicht kompensierten. 2023 waren nur noch vier Lebensversicherer als Anbieter auf diesem Markt aktiv und nahmen zusammen 670 Mio. € an Prämien ein, was ungefähr einem Achtel des gesamten Geschäftsvolumens in der Lebensversicherung entsprach. Seit der Halbierung der staatlichen Prämie auf die Einzahlung der Versicherten im Jahr 2012 und im Zuge der langen Niedrigzinsphase sind die Vertragszahlen rückläufig. Das Neugeschäft kann nicht mehr an die Dynamik nach Einführung der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge im Jahr 2004 anschließen und auslaufende Verträge werden nur zu einem sehr kleinen Teil durch Neuverträge ersetzt (Finanzmarktaufsicht, 2024b). Das in der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge verwaltete Kapital stieg 2023 auf 8,75 Mrd. € (2022: 8,54 Mrd. €), die volumengewichtete Rendite betrug 6,11%. Die durchschnittliche jährliche Einzahlung erreichte 799 €, blieb aber deutlich unter dem gesetzlich zulässigen Höchstwert von 3.222 €.

**Die Prämieinnahmen verschoben sich 2023 von Einmalerlägen zu Polizzen mit laufenden Prämien.**

**In der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge nahm die Zahl der Verträge weiter ab.**

**Der Überschuss aus der Finanzgebarung legte 2023 deutlich zu.**

Nach den umfangreichen Kursverlusten des Jahres 2022 holten die internationalen Aktienmärkte Ende 2023 verlorenes Terrain auf und erreichten teilweise wieder die Endstände von 2021. Der Dividendenzahlungen einschließlich globale MSCI-Index, der 1.410 börsennotierte Unternehmen aus 23 Industrieländern berücksichtigt, stieg auf Eurobasis um 20,2% an. Ein derartiger Zuwachs gelang dem ATX nicht, mit +9,9% lag die Wiener Börse im Mittelfeld. Der Wert festverzinslicher Anleihen blieb im Jahresverlauf 2023 stabil. Der deutsche Rentenmarktindex (REX, Preisindex) legte 2023 um 1,3% zu. Der Überschuss aus der Finanzgebarung konnte in der Lebensversicherung nach dem Einbruch im Vorjahr wieder kräftig ausgeweitet werden (+18%, Übersicht 3).

Insgesamt blieben in der Lebensversicherung sowohl die abgerechneten Prämieinnahmen (Übersicht 3) als auch die versicherten Risiken (-3,3%) hinter den Werten des Vorjahres zurück. Da die Leistungen auf unvermindert hohem Niveau verharrten, wurden auch versicherungstechnische Rückstellungen abgebaut. Das versicherungstechnische Ergebnis der Lebensversicherung schloss an die Werte aus der ersten Hälfte der 2010er-Jahre an und stieg auf 252 Mio. €. Dieser Betrag konnte auch in das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit übertragen werden. Mit einem etwas höheren Eigenkapital erzielte die Lebensversicherung eine Eigenkapitalverzinsung von 9,6% (2022: 3,7%).

**Übersicht 3: Lebensversicherung**

	Bruttoprämien Abgegrenzt	Nettoprämien <sup>1)</sup>	Selbstbehalt- quote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Aufwendungen für Versiche- rungsfälle	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %		Mio. €	
2019	5.434	5.337	98,2	1.771	7.319	469
2020	5.355	5.269	98,4	1.396	7.934	- 1.959
2021	5.376	5.288	98,4	1.661	7.202	314
2022	5.318	5.234	98,4	1.326	7.233	- 4.075
2023	5.078	5.000	98,4	1.564	7.294	- 677
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
2019	- 2,2	- 2,4	- 0,2	+ 7,0	+ 9,7	- 131,8
2020	- 1,4	- 1,3	+ 0,2	- 21,2	+ 8,4	- 517,5
2021	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 19,0	- 9,2	- 116,0
2022	- 1,1	- 1,0	+ 0,1	- 20,2	+ 0,4	- 1399,0
2023	- 4,5	- 4,5	+ 0,0	+ 18,0	+ 0,8	- 83,4

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. - 1) Geschätzt.

**5. Durchschnittliche Schadenshöhe in der Krankenzusatzversicherung drastisch gesunken**

**Die hohe Ausgabendynamik im öffentlichen Gesundheitswesen erforderte eine Anpassung der Obergrenze in der Zielsteuerung-Gesundheit.**

Die Gesundheitsausgaben für laufende Behandlungen stiegen 2023 laut vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria gegenüber dem Vorjahr um 4,8% auf 52,3 Mrd. € oder 10,9% des nominellen Bruttoinlandsproduktes (2022: 11,2%). Da die öffentlichen Ausgaben unterdurchschnittlich zulegten, verschob sich die Verteilung der Gesundheitsausgaben weiter zugunsten der privaten Ausgaben (2023: 22,9%). Die Investitionstätigkeit im Gesundheitswesen wurde 2023 erstmals nach fünf Jahren wieder ausgeweitet (+5,1%); sie wird zu etwa gleichen Teilen aus privaten und öffentlichen Quellen gespeist.

**Die Ausweitung der Vertragszahlen und höhere Tarife steigerten die Prämieinnahmen.**

Die Zielsteuerung-Gesundheit gibt bundesweit einen Zielwert für die laufenden Gesundheitsausgaben (ohne Langzeitpflege) der Bundesländer und der sozialen Krankenversicherung vor. Nach vorläufigen Zahlen wurde die Ausgabenobergrenze von 27,6 Mrd. € für das Jahr 2023 um 11,3%

überschritten. Angesichts dieser weit überschießenden Ausgabendynamik wurde die Obergrenze für 2024 stark auf 34,6 Mrd. € angehoben (2023: 27,6 Mrd. €). Haindl et al. (2024) rechnen mit ihrer Einhaltung.

Die Prämieinnahmen für Krankenzusatzversicherungen zogen 2023 deutlich an (Übersicht 4). Verantwortlich dafür waren eine Ausweitung der versicherten Risiken um 1,8% und Tarifanpassungen um 5,4%. Noch stärker legten jedoch die Ausgaben zu, wodurch die Schadenquote um 1,3 Prozentpunkte anstieg. Die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle, die bereits in den Vorjahren kräftig zugenommen hatte, expandierte 2023 um ganze 23,4%. Dadurch erhöhte sich die Zahl der Schaden- und Leistungsfälle je versichertes Risiko auf 1,6 (2022: 1,3). Gegenüber 2019 (1,1) ist der Anstieg noch deutlicher. Die durchschnittliche Leistung je Schadenfall nahm von 499 € pro Jahr (2022) auf 437 € ab.

Der Krankenhauskostenersatz (Aufwendungen für Spitalskosten und Arzthonorare in Spitälern) ist mit rund 1 Mrd. € weiterhin die größte Ausgabenposition in der privaten Krankenzusatzversicherung. Sein Anteil an den Gesamtleistungen sank 2023 leicht auf 58,1% (2022: 58,7%) und setzte damit den Abwärtstrend der Vorjahre fort. Die Ausgabenstruktur verschob sich weiter zu den Arztleistungen und den besonderen Untersuchungen und Behandlungen, die beide kräftige Impulse setzten. Sehr dynamisch entwickelten sich auch die weniger bedeutenden Aufwendungen für Medikamente. In dieser Ausgabenkategorie verbesserten die Versicherer in Zusammenarbeit mit der Apothekerkammer ihre Kostenabrechnung durch

eine digitale Lösung: Seit November 2023 können Apothekenrechnungen einen QR-Code enthalten, der von den Versicherten über das Kundenportal des Versicherungsunternehmens eingelesen werden kann. Dies ermöglicht eine raschere Kostenerstattung.

Mit +15,9% fanden Auslandsreisen mit Übernachtung wieder zum Niveau vor der COVID-19-Pandemie zurück, obwohl Fernziele noch seltener angesteuert wurden als 2019. Die Leistungen der Auslandsreiseversicherung spürten diese Belebung im Reiseverhalten der Österreicher:innen und erreichten wieder das Niveau der Jahre vor 2020.

**Die Leistungen der Auslandsreiseversicherung reagierten auf die Belebung der Auslandsurlaube.**

#### Übersicht 4: Private Krankenversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Schadenquote	Überschuss aus der Finanzgebarung	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %	Mio. €	Mio. €
2019	2.339	1.592	68,1	237	456
2020	2.433	1.512	62,2	189	590
2021	2.524	1.519	60,2	217	608
2022	2.628	1.709	65,0	174	546
2023	2.860	1.896	66,3	199	544
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
2019	+ 4,9	+ 7,1	+ 2,0	+ 27,4	+ 2,6
2020	+ 4,0	- 5,0	- 8,7	- 20,5	+ 29,3
2021	+ 3,8	+ 0,4	- 3,2	+ 15,2	+ 3,0
2022	+ 4,1	+ 12,5	+ 8,1	- 20,1	- 10,1
2023	+ 8,8	+ 10,9	+ 1,9	+ 14,4	- 0,5

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Im Frühling 2024 wurden die Trilog-Verhandlungen über den Europäischen Gesundheitsdatenraum (EHDS) erfolgreich abgeschlossen. Damit setzte die Europäische Kommission den ersten Schritt ihrer europäischen Datenstrategie um. Der Datenraum soll Gesundheitsdienstleistern EU-weit einen Zugriff auf individuelle Verschreibungen, Befunde und Krankenakten ermöglichen. Österreich wäre mit dem ELGA-System technisch bereits jetzt in der Lage, österreichische Patientendaten in ein derartiges System einzuspielen. Interessant ist die Möglichkeit zur Nutzung anonymisierter Sekundärdaten aus dem EHDS für Zwecke der Forschung, Innovation, das Gesundheitswesen, die Politikgestaltung und Regulierung. Ausdrücklich ausgeschlossen wurde hingegen die Nutzung anonymisierter Gesundheitsdaten für versicherungsmathematische Zwecke, d. h. zur besseren Kalkulation von Versicherungstarifen. Für Versicherer wird damit sowohl die Risikoselektion bei der Zeichnung von Verträgen als auch die Differenzierung der Tarife nicht erleichtert.

Die private Zusatzversicherung beruht in Österreich auf einem Modell, in dem die Prä-

mienhöhe beim Vertragsabschluss vom Lebensalter abhängt; in der Folge können nur mehr zulässige Prämienanpassungen altersabhängig gestaltet werden. Da die Gesundheitsausgaben für eine Person mit dem Alter zunehmen, ist in der Krankenversicherung der Aufbau einer Rückstellung notwendig, die die höheren Leistungen im Alter deckt. Während der Aufbauphase der Rückstellung kann der damit verbundene Deckungsstock investiert werden und wirft Kapitalerträge ab, die ebenfalls zur Finanzierung zukünftiger Leistungen zur Verfügung stehen. Im Jahr 2023 konnte der Überschuss aus der Finanzgebarung wieder ausgeweitet werden, was trotz stark steigender Leistungen einen Aufbau der Rückstellungen im Vorjahresumfang ermöglichte (Übersicht 4).

Das versicherungstechnische Ergebnis legte 2023 – nach dem Einbruch im Vorjahr – um knapp ein Drittel auf 86 Mio. € zu. Die Rückstellungen blieben auf dem Niveau von 2022, wodurch das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) auf 82 Mio. € verbessert werden konnte. Bei nahezu konstantem Eigenkapital von rund 500 Mio. € stieg die Eigenkapitalrendite in der Kran-

**Der hohe Überschuss in der Finanzgebarung ermöglichte der Krankenzusatzversicherung einen weiteren Aufbau der Rückstellungen.**

kenversicherung wieder auf 16,3% (2022: 13,0%). Damit blieb die Krankenversicherung

auch 2023 der profitabelste Versicherungszweig.

## 6. Deutliche Ausweitung von Prämien und Leistungen in der Schaden- und Unfallversicherung

Der Preisauftrieb für Versicherungsprodukte im VPI übertraf 2023 die allgemeine Inflation. In der Kfz-Haftpflichtversicherung wurden die Tarife um 10,1% angehoben, in der Kfz-Teilkaskoversicherung sogar um 13,2% (Übersicht 2). Die Anpassung dürfte einerseits eine Folge steigender Reparaturkosten und höherer Wiederbeschaffungswerte sein, und andererseits auf das seit 2021 rückläufige versicherungstechnische Ergebnis reagieren. Die durchschnittliche Prämie in der Kfz-Versicherung insgesamt wuchs mit +4,0% deutlich schwächer, als es die VPI-Komponenten erwarten lassen, obwohl sich die Struktur der Pkw-Neuzulassungen zu teureren Pkw mit alternativen Antrieben verschob: rein elektrisch bzw. hybrid betriebene Pkw stellten 2023 bereits 48,2% der Neuzulassungen (2022: 41,1%). Automatische Prämienindexierungen in den laufenden Verträgen übertrugen die hohe allgemeine Inflation also nur gedämpft in die durchschnittlichen Ausgaben für Kfz-Versicherungen. Ähnlich verhält es sich in der gesamten Sachversicherung (Schaden- und Kfz-Versicherung), deren durchschnittliche Prämie 2023 um 6,6% anstieg.

Die Rahmenbedingungen für die Versicherungswirtschaft blieben 2023 trotz des Konjunkturerinbruchs günstig. Mit dem Bevölkerungswachstum (Stichtag 1. Jänner 2024) um 54.000 Personen stieg auch die Zahl der privaten Haushalte in Österreich um 1,3%. Im Jahr 2023 wurden um 11,8% mehr Kfz neu angemeldet als im Vorjahr, sodass der Bestand um 71.000 Fahrzeuge zulegen. Im Transportgewerbe war die Investitionszurückhaltung des Vorjahres nach wie vor spürbar; dennoch deuteten die stark wachsenden Neuzulassungen für Busse und Lkw eine Erholung an.

Das Jahr 2023 war im Großen und Ganzen durch eine Rückkehr zu einem normalen Leistungsniveau gekennzeichnet. Die Ausweitung der Leistungen blieb etwas hinter jener der Prämien zurück (Übersicht 5). In der Kfz-Versicherung spielt die Zahl der Verkehrsunfälle eine bestimmende Rolle für das Leistungsvolumen. Im Jahr 2023 gab es um 2,7% mehr Unfälle als im Vorjahr, auch die Zahl der Verletzten im Straßenverkehr nahm leicht zu (+3,1%). Die Entwicklung der Schaden- und Leistungsfälle in der Kfz-Versicherung entsprach diesem Muster (+3,2%). Da die Schadenversicherung ohne Kfz (+7,0%) eine noch höhere Dynamik zeigte, wickelte die Sachversicherung insgesamt um 5,4% mehr Schaden- und Leistungsfälle ab. Im Detail gab es deutliche Zuwächse in der Transport- (+48,2%), in der Maschinen- und Elektrogeräte- (+23,3%) und in der Sturmschaden- und Elementarversicherung (+16,0%).

Die Schäden aus Naturereignissen wurden 2023 maßgeblich durch Überschwemmungen im Dezember, außergewöhnlich intensive Stürme und die Dürreperiode im Sommer verursacht. Die mit Naturereignissen zusammenhängenden Leistungen bezifferte der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs (VVO) mit über 1 Mrd. €, womit sie ein Neuntel der Gesamtleistungen ausmachten. Das Leistungsniveau blieb dennoch um ein Drittel hinter jenem des Jahres 2021, das vom Tornado an der tschechischen Grenze geprägt war, zurück.

Eine der Reaktionen auf häufigere Naturereignisse besteht im Aufbau und der Weiterentwicklung öffentlicher Informationssysteme. Sie verbessern den Informationsfluss an private Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen und erleichtern damit präventive Maßnahmen. Das System HORA (Natural Hazard Overview & Risk

In diesem positiven Umfeld expandierte die Zahl der versicherten Risiken in der Schadenversicherung ohne Kfz um 1,2% und in der Kfz-Versicherung um 2,8%. Besonders deutlich legten die versicherten Risiken 2023 in der Luftfahrtversicherung zu. Dort macht sich die steigende Beliebtheit von Drohnen bemerkbar. Mit der EU-Drohnenverordnung wurde nicht nur eine Drohnenführerscheinplicht für Geräte mit einem Gewicht über 250 Gramm wirksam, sondern auch eine Haftpflichtversicherung für den Betrieb von Drohnen, wobei die nichtgewerbliche Nutzung unter Umständen durch die Haushaltsversicherung gedeckt ist. Die gewerbliche Nutzung erfordert unabhängig vom Gewicht der Drohne eine Versicherung. Die Versiche-

2023 herrschten günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Schaden- und Unfallversicherung.

Eine dynamische Entwicklung der Schaden- und Leistungsfälle verzeichnete 2023 die Schadenversicherung (ohne Kfz).

Die Leistungen im Zusammenhang mit Naturereignissen überschritten im Jahr 2023 1 Mrd. €.

Assessment Austria)<sup>3)</sup> bietet z. B. einen frei zugänglichen Einblick in die Hochwassergefährdungslage. In einer 3D-Anwendung kann der simulierte Wasserstand an einer Adresse für mehrere Überflutungsszenarien betrachtet werden. Zusätzlich wird die Wirkung von Sandsackbarrieren gezeigt, und Blaulichtorganisationen können die noch befahrbaren Straßen ersehen. GeoSphere

Austria baut in Zusammenarbeit mit einer Reihe öffentlicher Institutionen, Universitäten und Forschungseinrichtungen eine Datenbank über Naturereignisse und die damit verbundenen Schäden auf. Im Projekt CESARE<sup>4)</sup> werden Ereignisse und Schäden für Österreich einheitlich erfasst, sodass sie auch den Anforderungen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union entsprechen.

## Übersicht 5: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Überschuss aus der Finanzgebarung	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €			
2019	11.032	976	6.900	30
2020	11.288	287	6.989	10
2021	11.776	1.217	8.274	18
2022	12.753	705	8.474	25
2023	13.861	1.308	9.096	- 1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
2019	+ 2,9	+ 42,3	+ 1,1	+ 107,1
2020	+ 2,3	- 70,5	+ 1,3	- 67,9
2021	+ 4,3	+ 323,3	+ 18,4	+ 85,1
2022	+ 8,3	- 42,0	+ 2,4	+ 40,0
2023	+ 8,7	+ 85,4	+ 7,3	-

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Die Finanzgebarung erbrachte 2023 in der Schaden- und Unfallversicherung ein Rekordergebnis (Übersicht 5). Die erfolgreiche Veranlagung half der Versicherungswirtschaft, das schwache Versicherungstechnische Ergebnis zu überwinden; gegenüber dem Vorjahr halbierte sich der Überschuss aus dem Versicherungsgeschäft auf

210 Mio. €, obwohl die versicherungstechnischen Reserven nahezu unverändert blieben. Das EGT konnte aufgrund hoher Finanzerträge um rund ein Drittel auf 1,4 Mrd. € ausgeweitet werden; es floss teilweise in den Aufbau von Eigenkapital. Die Eigenkapitalrendite in der Schaden- und Unfallversicherung kletterte auf 3,2% (2022: 2,4%).

## 7. Kursgewinne am Jahresende ermöglichten 2023 wieder ein normales Veranlagungsergebnis

Das gute Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft beruhte auf einer günstigen Entwicklung der internationalen Kapitalmärkte. Die Renditen auf festverzinsliche Wertpapiere zogen nur vorübergehend an und die Aktienkurse vollzogen im Herbst 2023 eine beträchtliche Aufwärtsbewegung. Das Geschehen auf dem Geldmarkt war durch die Fortsetzung der straffen Geldpolitik geprägt. Sowohl die Federal Reserve als auch die Europäische Zentralbank (EZB) hoben die Leitzinssätze zunächst weiter an. Im Herbst 2023 reagierte die EZB allerdings auf die nachlassende Rückkoppelung zwischen dem Energiepreisschock des Jahres 2022 und der Inflationsrate und beendete den Zyklus der Zinssteigerungen. Der Einlagenzinsatz blieb danach konstant auf 4%. Parallel dazu setzte die EZB den Abbau der Wert-

papierbestände im normalen Wertpapierankaufprogramm (Asset Purchase Programme – APP) fort und kündigte im Dezember 2023 an, die Wiederveranlagung abreifender Wertpapiere innerhalb des Pandemie-Notfallkaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) ab Mitte 2024 zu halbieren. Mit Ende 2024 wird auch im PEPP keine Wiederveranlagung mehr erfolgen. Die Ausleihungen der Kreditwirtschaft im Rahmen der gezielten langfristigen Refinanzierungsoperationen (TLTRO) wurden teilweise vorzeitig zurückgezahlt. Diese Schritte führten zu einem langsamen Abbau der EZB-Bilanzsumme und dämpften die Nachfrage auf dem Markt für festverzinsliche Staatsanleihen.

<sup>3)</sup> <https://www.hora.gv.at/#/chwrz:-/bgrau/a/@47.72463,13.50823,8z>.

<sup>4)</sup> CollEction Standardization and Attribution of Robust disaster Event information (<https://project.cesare.at/>).

Die negative Zinsstrukturkurve drückte die zur Berechnung des Solvenzkapitals wichtige Risk-Free-Rate teilweise nach unten.

Die Kursrallye zum Jahresende verhinderte einen nochmaligen hohen Abschreibungsbedarf auf Kapitalanlagen.

Die Zinssätze auf dem europäischen Geldmarkt reagierten unmittelbar auf die Anhebung der Leitzinssätze, der Taggeldzinssatz blieb jedoch das gesamte Jahr 2023 hindurch unter dem Niveau des EZB-Einlagenzinssatzes. Der große Abstand zwischen den Geldmarktzinssätzen und dem Hauptrefinanzierungssatz war auf den erheblichen Bestand an Liquidität im europäischen Kreditwesen zurückzuführen. Die Sekundärmarktrenditen vollzogen die Aufwärtsbewegung bis zum Herbst mit. Für die österreichische Restlaufzeit erreichte die Rendite im Oktober 2023 einen Höchstwert von 3,5% und sank bis zum Jahresende wieder auf 2,7%. Im Jahresdurchschnitt kletterte die Sekundärmarktrendite auf österreichische Bundesanleihen auf 3,0% (Übersicht 6).

Die Zinsstrukturkurve blieb damit ab April 2023 negativ, was sich auch in der für die Berechnung des Solvenzkapitals wichtigen Zinsstrukturkurve von EIOPA – der Risk Free Rate – niederschlug. Diese Kurve reicht über einen Horizont von 150 Jahren und dient zur Berechnung der Barwerte zukünftiger Einnahmen und Ausgaben in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz. Über einen Horizont von 2 bis zu rund 20 Jahren Restlaufzeit sank die Zinsstrukturkurve im Jahresverlauf 2023 um durchschnittlich 63 Basispunkte,

was den Barwert erwarteter Einnahmen- und Ausgabenströme verringerte.

Die Aktienkursrallye zum Jahresende verhinderte ein weiteres Jahr mit hohem Abschreibungsbedarf auf die Kapitalanlagen im Bestand der Versicherer. Die Abschreibungen fielen dadurch auf ein normales Niveau von 0,5 Mrd. € zurück (2022: 1,6 Mrd. €). Dies ermöglichte es allen drei Versicherungsabteilungen, die Übertragung von Kapitalerträgen in die versicherungstechnische Rechnung zu erhöhen. Die Rendite auf versicherungswirtschaftliche Kapitalerträge lag 2023 in der Lebensversicherung nur knapp über der Sekundärmarktrendite; die Schaden- und Unfallversicherung erzielte hingegen – wie bereits 2021 – ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis.

Die in Übersicht 6 ausgewiesenen Renditen beruhen auf dem Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft aus Erträgen der Kapitalanlagen und Zinserträgen nach Abzug von Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen ohne die fonds- und indexgebundene Lebensversicherung (Url, 1996). Dies entspricht nicht der Gutschrift von Kapitalerträgen auf den Konten der Versicherten, sondern dem Veranlagungserfolg der Gesamtbranche.

Übersicht 6: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Sekundärmarktrendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
	Rendite in %			
2019	- 0,1	3,3	3,1	4,0
2020	- 0,3	2,7	2,3	1,1
2021	- 0,3	3,2	2,5	4,6
2022	1,3	2,6	1,8	2,6
2023	3,0	3,1	3,3	4,8

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, OeNB, WIFO-Berechnungen.

Die klassische Lebensversicherung ist mit Garantien ausgestattet und in der Schaden-Unfallversicherung muss das veranlagte Kapital jederzeit zur Finanzierung eines außerordentlichen Schadenereignisses zur Verfügung stehen. Deshalb veranlagt die Versicherungswirtschaft ihr Anlagevermögen konservativ. Das Portfolio bestand 2023 zum Großteil aus festverzinslichen Anleihen

(37,2%), obwohl diese Veranlagungsform weiter abgebaut wurde. Die Versicherer schichteten ihr Vermögen vor allem zu Investmentfonds (18,8%) und Beteiligungen (26,5%) um. In etwas geringerem Umfang erhöhten sie den Anteil von Aktien (1,3%) und Immobilien (9,3%) im Portfolio. Rückläufig war auch die Vergabe von Darlehen und Krediten (4,4%; FMA, 2024a).

## 8. Literaturhinweise

Europäische Kommission (2012). EU Regulatory Fitness, Brüssel, COM(2012) 746 final, [https://commission.europa.eu/document/download/f6f140a1-f3d6-48b7-9984-cb54dcca261\\_fi?filename=eu-regulatory-fitness\\_dec2012\\_en.pdf](https://commission.europa.eu/document/download/f6f140a1-f3d6-48b7-9984-cb54dcca261_fi?filename=eu-regulatory-fitness_dec2012_en.pdf).

Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2024a). 2023 – Jahresbericht der Finanzmarktaufsichtsbehörde. <https://www.fma.gv.at/wp-content/plugins/dw-fma/download.php?id=6714&nonce=b9321da5faeed55a>.

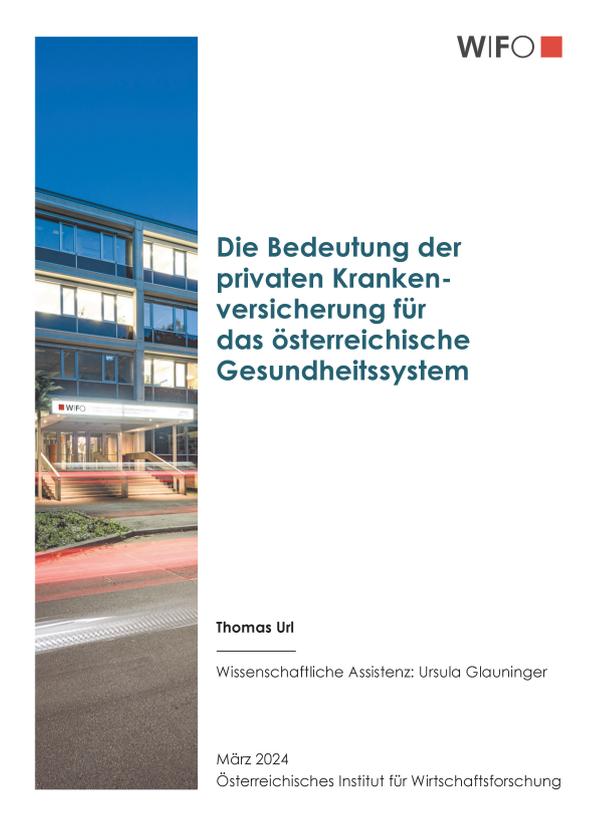
Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2024b). Der Markt für die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge 2023. <https://www.fma.gv.at/wp-content/plugins/dw-fma/download.php?id=155&nonce=08f35db4df9f54d>.

Germann, M., Kusmierczyk, P., & Puyo, C. (2023). Results of the 2022 climate risk stress test of the Eurosystem balance sheet. *ECB Economic Bulletin*, 2, 79-82.

- Haindl, A., Bachner, F., Carrato, G., & Gredinger, H. (2024). *Monitoringbericht Zielsteuerung-Gesundheit Berichtsjahr 2023*. Gesundheit Österreich GmbH. [https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitsystem/Gesundheitsreform-\(Zielsteuerung-Gesundheit\)/Zielsteuerung-Gesundheit---Monitoringberichte.html](https://www.sozialministerium.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitsystem/Gesundheitsreform-(Zielsteuerung-Gesundheit)/Zielsteuerung-Gesundheit---Monitoringberichte.html).
- Internationaler Währungsfonds – IWF (2024). *Global Financial Stability Report. The Last Mile: Financial Vulnerabilities and Risks*. <https://www.imf.org/en/Publications/GFSR/Issues/2024/04/16/global-financial-stability-report-april-2024?cid=bl-com-SM2024-GFSREA2024001>.
- Pitlik, H., & Url, T. (2020). *Schätzung der Kosten staatlicher Regularien in der österreichischen Versicherungsbranche*, WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4149696>.
- Swiss Re (2024). *World Insurance: Strengthening Global Resilience With a New Lease of Life*. *Sigma*, (3).
- Url, T. (1996). *Kennzahlen zur österreichischen Versicherungswirtschaft*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4042682>.
- von der Leyen, U. (2024). *Europe's Choice – Political Guidelines for the Next European Commission 2024-2029*, Straßburg. [https://commission.europa.eu/document/download/e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648\\_en?filename=Political%20Guidelines%202024-2029\\_EN.pdf](https://commission.europa.eu/document/download/e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648_en?filename=Political%20Guidelines%202024-2029_EN.pdf).

# Die Bedeutung der privaten Krankenversicherung für das österreichische Gesundheitssystem

Thomas Url



**WIFO ■**

**Die Bedeutung der privaten Krankenversicherung für das österreichische Gesundheitssystem**

**Thomas Url**  
Wissenschaftliche Assistenz: Ursula Glauningner

März 2024  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

In Österreich wurden insgesamt 53,6 Mrd. € für Gesundheit ausgegeben (2022). Mit etwa 12,5 Mrd. € finanzierte der private Sektor knapp ein Viertel der Gesamtausgaben, davon gaben die Privathaushalte 8 Mrd. € direkt (out-of-pocket) für Gesundheit aus. Die private Krankenversicherung kam mit 1,6 Mrd. € an Leistungen für ihre Versicherten auf einen Anteil von 3% an den Gesamtausgaben für Gesundheit des Jahres 2022. Die theoretischen Modelle von Krankenversicherungen zeigen, dass bei asymmetrischer Information über die Erkrankungswahrscheinlichkeit von Individuen eine öffentliche Pflichtversicherung zu einer Wohlfahrtsverbesserung führt. Das damit verbundene ex post moralische Risiko erfordert Mengenbeschränkungen im öffentlich finanzierten Bereich, die den privaten Krankenzusatzversicherungen Möglichkeiten zur Absicherung nicht gedeckter Behandlungen eröffnen. Die Sozial- und die private Krankenzusatzversicherung sind daher komplementäre Instrumente zur Finanzierung der Gesundheitsausgaben.

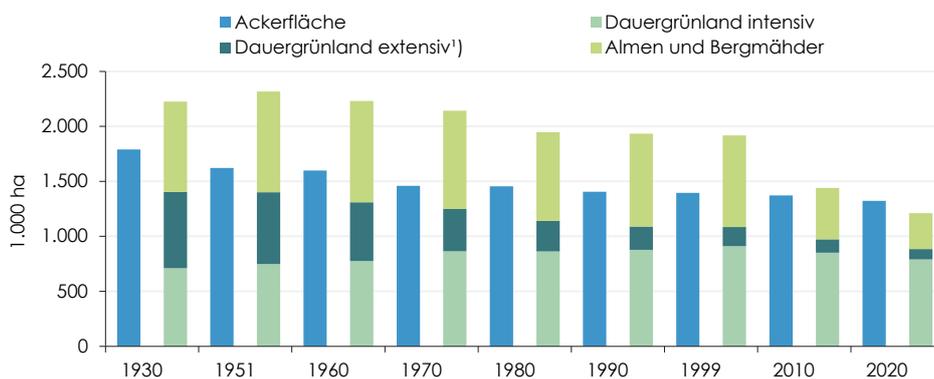
Im Auftrag des Verbands der Versicherungsunternehmen Österreichs • März 2024 • 42 Seiten •  
Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50694134>

# Österreichs Landwirtschaft erlitt 2023 Einkommenseinbruch und unterliegt anhaltendem Strukturwandel

Franz Sinabell

- War das Jahr 2022 für Österreichs Landwirtschaft noch außergewöhnlich gut verlaufen, so dämpften 2023 sinkende Preise von Agrargütern und relativ hohe Kosten die Wertschöpfung und das Einkommen.
- Das Faktoreinkommen je Arbeitskraft und die Unternehmensgewinne sanken preisbereinigt auf das Niveau des Zehnjahresdurchschnittes.
- In der Forstwirtschaft wurde etwas weniger Holz eingeschlagen. Da der Wert der Vorleistungen beträchtlich abnahm, konnte dennoch ein leichter Zugewinn an Wertschöpfung erzielt werden.
- Die Importe von Agrargütern und Lebensmitteln wuchsen 2023 wieder kräftiger als die Exporte, nachdem die Bilanz des Warenverkehrs drei Jahre hindurch nahezu ausgeglichen gewesen war.
- Ein langfristiger Vergleich der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zeigt eine anhaltende Abnahme, die sich gemäß der aktuellsten Betriebszählung deutlich verlangsamt hat.
- Seit nahezu einem Jahrhundert verringert sich die Agrarfläche in Österreich kontinuierlich. Eine Trendwende ist nicht abzusehen.

## Entwicklung der Landnutzung



**"2023 zählt zu jenen Jahren, in denen es nach Phasen des Aufschwungs zu einer starken Korrektur kam. Die langfristige Folge ist ein anhaltender Strukturwandel in der Landwirtschaft."**

Auf der Grundlage von Agrarstrukturhebungen bzw. Betriebszählungen ist es möglich, die Entwicklung der landwirtschaftlichen Landnutzung über nahezu ein Jahrhundert zu verfolgen. Zugenommen hat über diesen Zeitraum einzig das intensiv genutzte Dauergrünland. In allen anderen Nutzungskategorien gab es deutliche Rückgänge. Am ausgeprägtesten schrumpfte das extensiv genutzte Dauergrünland (Q: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (2024); Statistik Austria (2001, 2013, 2024a); Österreichisches Statistisches Zentralamt (1964, 1973/74, 1983, 1992). – ¹) Ohne Almen und Bergmähder).

# Österreichs Landwirtschaft erlitt 2023 Einkommenseinbruch und unterliegt anhaltendem Strukturwandel

Franz Sinabell

## Österreichs Landwirtschaft erlitt 2023 Einkommenseinbruch und unterliegt anhaltendem Strukturwandel

Die Verteuerung vieler Agrargüter aufgrund der Marktturbulenzen nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine führte 2022 zu hohen Zuwächsen im Produktionswert der österreichischen Landwirtschaft. Trotz der deutlich teureren Betriebsmittel überwogen die Erlöse klar die Kosten. 2023 verbilligten sich zahlreiche Agrargüter derart kräftig, dass es trotz ebenfalls sinkender Produktionskosten zu einem Einbruch des Faktoreinkommens und der Gewinne kam. Die Forstwirtschaft entwickelte sich hingegen weiterhin robust. Wie ein langfristiger Vergleich zeigt, nimmt die landwirtschaftliche Fläche in Österreich kontinuierlich ab, während Wald und andere Flächen an relativer Bedeutung gewinnen. Ebenso hat die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in den letzten Jahrzehnten beständig abgenommen, gemäß der letzten Betriebszählung hat sich der Rückgang jedoch deutlich verlangsamt.

**JEL-Codes:** E32, E66, Q18 • **Keywords:** Landwirtschaft, Konjunkturbericht, Österreich, Strukturentwicklung

**Begutachtung:** Katharina Falkner • **Wissenschaftliche Assistenz:** Dietmar Weinberger ([dietmar.weinberger@wifo.ac.at](mailto:dietmar.weinberger@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 18. 9. 2024

**Kontakt:** Franz Sinabell ([franz.sinabell@wifo.ac.at](mailto:franz.sinabell@wifo.ac.at))

## Austria's Agriculture Suffered a Slump in Income in 2023 and is Subject to Continuous Structural Change

The increase in prices of many agricultural goods due to market turbulence following Russia's invasion of Ukraine led to high increases in the production value of Austrian agriculture in 2022. Despite the significantly more expensive operating resources, revenues clearly outweighed costs. In 2023, the price of numerous agricultural goods fell so sharply that factor income and profits collapsed despite falling production costs. Forestry, on the other hand, continued to develop robustly. As a long-term comparison shows, the agricultural area in Austria is continuously decreasing, while forests and other areas are gaining in relative importance. The number of farms has also steadily decreased in recent decades, although the decline has slowed considerably according to the latest farm census.

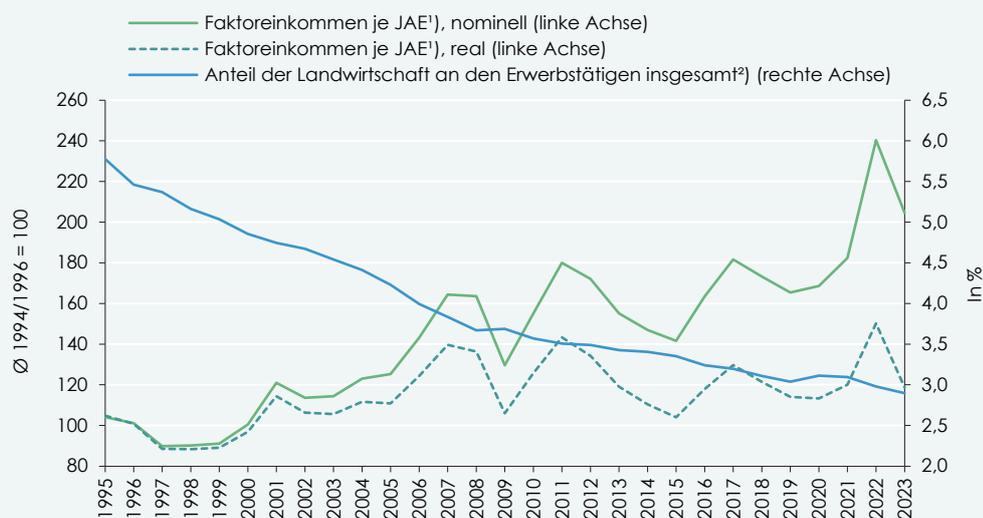
## 1. Faktoreinkommen je Arbeitskraft im heimischen Agrarsektor nach deutlichem Anstieg im Vorjahr eingebrochen

Nachdem die Agrareinkommen in Österreich drei Jahre in Folge gestiegen waren, kam es 2023 zu einem nicht unerwarteten kräftigen Rückgang.

Nachdem das Einkommen in der heimischen Landwirtschaft (Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit) bereits in den beiden Vorjahren gestiegen war, legte es 2022 nochmals kräftig um real 25,2% zu. 2023 folgte allerdings ein Einbruch, wie aus der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung von Statistik Austria (2024b) hervorgeht. Das Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit (entlohnt und nichtentlohnt) sank 2023 preisbereinigt um 21,1% (Abbildung 1). Verantwortlich dafür waren vor allem Preisveränderungen und ein Rückgang der Subventionen. Das Faktoreinkommen misst die Entlohnung anhand der in der Landwirtschaft eingesetzten Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit. Der Nettounternehmensgewinn je nichtentlohnter Jahresarbeitseinheit fiel um real 29,8% (nach +29,5% 2022). Diese Kennzahl ist im Falle Österreichs, wo die meisten landwirtschaftlichen Betriebe Familienbetriebe sind, von besonderer Bedeutung.

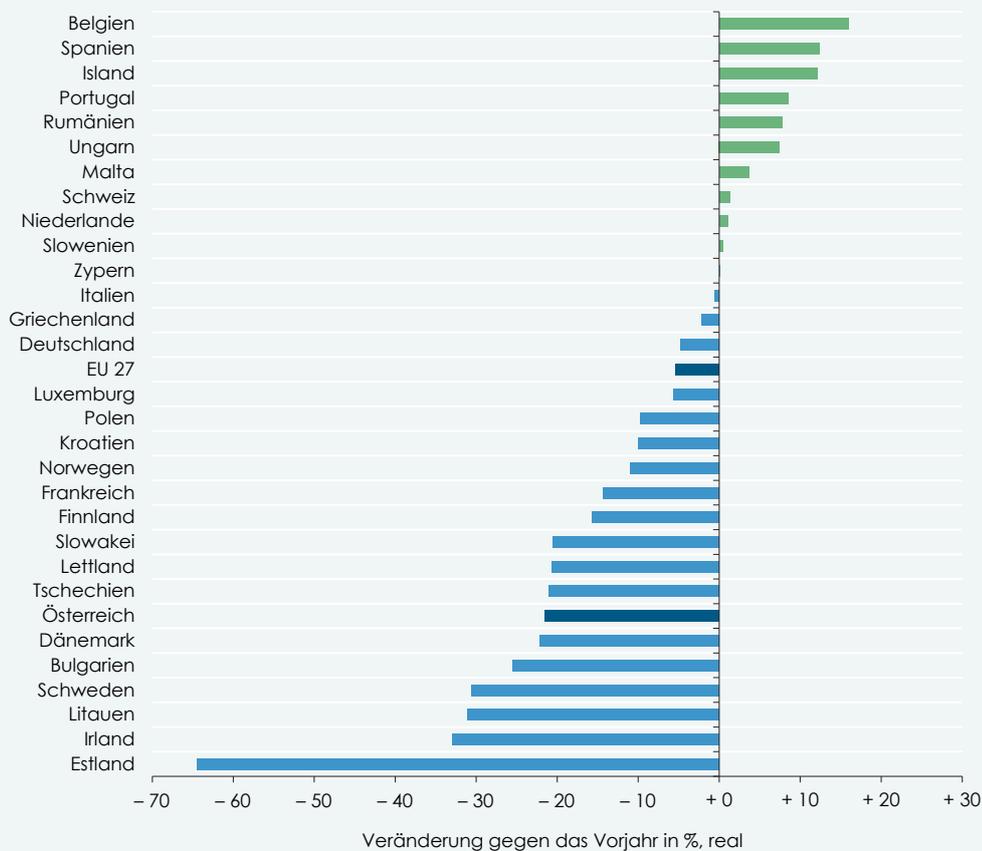
Auf Sektorebene weist Statistik Austria (2024b) nur nominelle Werte aus. Nominell schrumpfte das Faktoreinkommen in der Landwirtschaft um 16,3%, der Nettounternehmensgewinn um 25,7% gegenüber dem Vorjahr. Die Beschäftigung im österreichischen Agrarsektor ging 2023 neuerlich leicht zurück. 1995 waren dort knapp 12.000 entlohnte Arbeitskräfte beschäftigt (in Jahresarbeitseinheiten, JAE). Ihre Zahl vergrößerte sich bis 2021 stetig auf rund 21.500, schrumpfte 2022 leicht auf etwa 20.400 und blieb 2023 auf diesem Niveau. Die Zahl der nichtentlohten Arbeitskräfte sank 2019 erstmals knapp unter 100.000 JAE, stagnierte bis 2022 auf ähnlichem Niveau und nahm 2023 um knapp 2.000 ab. Die Gesamtbeschäftigung in der Landwirtschaft hatte 2019 mit 120.300 JAE ihren bisherigen Tiefststand erreicht und war 2022 nahezu unverändert. 2023 verringerte sie sich auf 118.500 JAE.

Abbildung 1: **Faktoreinkommen in der Landwirtschaft und Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen**



Q: Statistik Austria (2024b), WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> JAE: landwirtschaftlicher Arbeitseinsatz (entlohnt und nichtentlohnt) gemessen in Jahresarbeitseinheiten bzw. Vollzeitäquivalenten (Zahl der auf Normalarbeitszeit umgerechneten Beschäftigungsverhältnisse). – <sup>2)</sup> Gemessen in Vollzeitäquivalenten (VZÄ).

Abbildung 2: **Indikator A: Index des realen Faktoreinkommens in der Landwirtschaft je JAE 2023**



Q: Eurostat, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung – Einkommen des Landwirtschaftssektors (Indikatoren A, B, C; Online Datencode: AACT\_EAA06). Datenstand Mai 2024; WIFO-Berechnungen. JAE: landwirtschaftlicher Arbeitseinsatz (entlohnt und nichtentlohnt) gemessen in Jahresarbeitseinheiten bzw. Vollzeitäquivalenten.

Nicht nur in Österreich, auch in fast allen anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union schrumpften 2023 die landwirtschaftlichen Einkommen – gemessen am Indikator A, dem Index des realen Faktoreinkommens je Jahresarbeitseinheit – deutlich<sup>1)</sup>. Im Durchschnitt der EU 27 nahm das Einkommen um 5,4% ab (Abbildung 2). Zuwächse über 10% verzeichneten Belgien und Spanien. In Deutschland entsprach der Einkommensrückgang in etwa dem EU-Durch-

schnitt. Noch stärkere Einbrüche als in Österreich wurden in Dänemark, Bulgarien, Schweden, Litauen, Irland und Estland beobachtet. Solch heterogene Entwicklungen innerhalb der EU sind fast jedes Jahr zu beobachten. Die nationalen Agrarsektoren unterscheiden sich beträchtlich in ihrer Struktur und werden von gleichen Trends auf global vernetzten Märkten unterschiedlich beeinflusst.

## 2. Landwirtschaftliche Produktion 2023 etwas niedriger als in den Vorjahren

**Der Produktionswert der heimischen Landwirtschaft war 2023 um 2,9% niedriger als im Vorjahr (nominell). Die Erzeugerpreise sanken um 0,5%, das Produktionsvolumen um 2,4%.**

Der Produktionswert der österreichischen Landwirtschaft überstieg im Jahr 2023 mit 10,2 Mrd. € neuerlich die 10-Mrd.-€-Marke, war aber um 2,9% geringer als im Vorjahr (nominell). Mit 46% stellte die Tierhaltung den höchsten Anteil am Produktionswert insgesamt (2022: 42%), vor dem Pflanzenbau mit 43% (2022: 48%). Die restlichen 11% entfielen auf die Produktion landwirtschaftlicher Dienstleistungen und landwirtschaftliche Nebentätigkeiten (Übersicht 1).

Während das Produktionsvolumen um 2,4% abnahm, betrug der Rückgang der Erzeugerpreise 0,5%. Im Pflanzenbau blieb das Produktionsvolumen 2023 deutlich unter dem Vorjahresniveau (-2,4%). Da die Preise noch stärker sanken (-9,9%), verringerte sich der Produktionswert um fast 12,0% auf 4,5 Mrd. €, was vor allem auf die Rückgänge bei Getreide (Produktionswert -37,6%), Ölsaaten und Ölrüchten (-31,7%) sowie Eiweißpflanzen (-24,6%) zurückzuführen ist. Die produzierte Menge an Zuckerrüben war 2023 etwas niedriger als im Vorjahr (-1,2%). Da aber die Preise für Zuckerrüben um 6,3% stiegen, ergab sich neuerlich ein Wertzuwachs von 5,4% gegenüber 2022. Die Produktionsmenge an Kartoffeln nahm 2023 neuerlich ab (-15,6%), nachdem sie bereits 2022 geschrumpft war. Wie im Zuckerrübenanbau hatte der Schädlingsdruck hohe Verluste zur Folge. Da die Kartoffel-

preise jedoch kräftig um 44,9% zulegten, stieg der Produktionswert um 22,4% gegenüber 2022. Im Gemüsebau blieb die Erntemenge nahezu unverändert (-0,8%), während die Preise um 15,3% stiegen und der Produktionswert auf 507 Mio. € wuchs (+14,4%). Im Obst- und Weinbau schwanken Erträge und Preise seit einigen Jahren beträchtlich. Dies ist vor allem auf die wechselnde Wetterlage zurückzuführen. 2023 stiegen die Preise für Wein um 11,3%, jene für Obst um 9,4%. Da das Produktionsvolumen im Obstbau um ein Fünftel sank, verringerte sich der Produktionswert um 11,8% auf 366 Mio. €. Der Weinbau konnte seinen Produktionswert dagegen um 5,3% auf 717 Mio. € steigern.

In der Tierhaltung entwickelte sich der Produktionswert deutlich günstiger als im Pflanzenbau. 2022 hatten die hohen Futterkosten fast durchwegs eine Verringerung der Produktionsmenge zur Folge gehabt. Während 2023 noch etwas weniger Rindfleisch erzeugt wurde als im Vorjahr (-1,5%), nahm die erzeugte Milchmenge leicht zu (+1%). Da die Produktionsmenge an Schweinen zurückging (-4,5%) verringerte sich das Produktionsvolumen der tierischen Erzeugung insgesamt um 1,1%. Aufgrund der deutlichen Verteuerung tierischer Produkte (+6,9%) ergab sich 2023 dennoch ein um 5,7% höherer Produktionswert von 4,7 Mrd. €.

## 3. Leichter Rückgang der Bruttowertschöpfung, aber deutliche Abnahme von Faktoreinkommen und Unternehmensgewinn

Der Produktionswert des heimischen Agrarsektors sank 2023 wie erwähnt um etwas mehr als 300 Mio. € auf 10,2 Mrd. € (-2,9%). Von den 5,9 Mrd. € an Ausgaben für Vorleistungen, die gegenüber dem Vorjahr um 3,1% abnahmen, entfielen 38% auf Futtermittel. Ein Großteil davon wird von den landwirtschaftlichen Betrieben selbst erzeugt und zu Produktionskosten bewertet. Für Futtermittel wurde 2023 um 11% weniger ausgegeben als im Vorjahr. Die Energiekosten machten

9% der Ausgaben für Vorleistungen aus und waren um 6,8% niedriger als 2022. Alle anderen Ausgaben wuchsen spürbar, jene für Saatgut um 9,1%, jene für Düngemittel um 5,9%. Auch die Aufwendungen für tierärztliche Leistungen und Medikamente stiegen deutlich (+9,4%). Der Aufwand für Pflanzenschutz vergrößerte sich ebenfalls, aber schwächer (+3,4%). Für landwirtschaftliche Dienstleistungen wurde praktisch gleich viel ausgegeben wie 2022, der Aufwand für die

<sup>1)</sup> Zur Methode der Einkommensermittlung in der Landwirtschaft siehe Verordnung (EG) Nr. 138/2004 zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung in der EU

(<https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/summary/economic-accounts-for-agriculture.html>, abgerufen am 2. 9. 2024).

Instandhaltung von Maschinen (+10%) und Gebäuden (+4,6%) nahm jedoch zu.

Da sich die Ausgaben für Vorleistungen (-3,1%) nahezu im gleichen Ausmaß verringerten wie der Produktionswert (-2,9%), schrumpfte auch die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft in ähnlicher Größenordnung (-2,5% gegenüber 2022). Da die Abschreibungen neuerlich zunahmen (+9,6% auf 2,6 Mrd. €), verringerte sich die Nettowertschöpfung überproportional (-16%) auf 1,8 Mrd. €.

Das Jahr 2023 fiel in die Periode des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens 2023 bis 2027. Während sich das Subventionsvolumen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Übersicht 2) innerhalb einer Planungsperiode meist nur wenig ändert, impliziert der Übergang in eine neue Periode Anpassungen in der Struktur. Das Jahr 2023 unterschied sich auch insofern von den Vorjahren, als Ad-hoc-Transfers abgebaut wurden, die zur Abfederung der COVID-19-Krise bzw. des Energiepreisanstiegs infolge des Ukraine-Krieges gewährt worden waren.

Die an die heimische Landwirtschaft ausbezahlten Förderungen verringerten sich 2023 um 11,5% auf 1,5 Mrd. €. Die Position "sonstige Subventionen" enthält u. a. die Zah-

lungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik. 2023 wurden die Direktzahlungen gegenüber dem Vorjahr eingeschränkt und die Zahlungen im Rahmen des Agrarumweltprogrammes ausgeweitet. Damit wird dem verstärkten Bestreben Rechnung getragen, Förderungen an Umweltschutzmaßnahmen zu knüpfen. Der Saldo aus sonstigen Produktionsabgaben und Subventionen betrug 2023 1,25 Mrd. € (Übersicht 1) und war somit deutlich niedriger als die Nettowertschöpfung von 1,8 Mrd. €.

Dies trug ebenfalls dazu bei, dass 2023 das Faktoreinkommen (auch Nettowertschöpfung zu Faktorkosten genannt) mit 3,0 Mrd. € um ein Sechstel niedriger ausfiel als im Vorjahr (vgl. Kapitel 1). Der Rückgang des nominalen Faktoreinkommens je Jahresarbeits-einheit war aufgrund der leichten Abnahme des Beschäftigungsvolumens etwas schwächer (-14,9%).

Zusammenfassend war das Jahr 2023 für Österreichs Landwirtschaft ein außergewöhnlich schlechtes. Es reiht sich in jene Jahre ein, in denen es nach Phasen des Aufschwungs zu einer empfindlichen Korrektur kam. Die langfristige Konsequenz daraus ist ein anhaltender Strukturwandel in der Landwirtschaft (dazu näher Kapitel 6).

**Der Agrarsektor konnte seinen 2022 erzielten Produktionswert nicht halten. Die Ausgaben für Vorleistungen sanken um 3,1%. Auch die Bruttowertschöpfung nahm ab (-2,5%). Da die Abschreibungen um fast 10% stiegen, verringerte sich die Nettowertschöpfung um 16%. Um fast 14% niedrigere Subventionen trugen dazu bei, dass das Faktoreinkommen ebenfalls um 16% sank.**

#### Übersicht 1: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen in der österreichischen Landwirtschaft

	Wert			2023 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Volumen 2023 2021 = 100	Preise 2023
	2021	2022 Mio. €	2023			
<b>Zu Erzeugerpreisen</b>						
Pflanzliche Produktion <sup>1)</sup>	4.039	5.066	4.458	- 12,0	97,6	90,1
+ Tierische Produktion	3.722	4.478	4.733	+ 5,7	98,9	106,9
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	7.761	9.544	9.191	- 3,7	98,2	98,0
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	348	415	417	+ 0,5	83,3	120,6
= Landwirtschaftliche Erzeugung	8.109	9.960	9.608	- 3,5	97,6	98,8
+ Nicht trennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	498	580	628	+ 8,2	98,0	110,4
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	8.607	10.540	10.236	- 2,9	97,6	99,5
<b>Zu Herstellungspreisen</b>						
Pflanzliche Produktion	4.032	5.058	4.451	- 12,0	97,6	90,1
+ Tierische Produktion	3.727	4.484	4.739	+ 5,7	98,9	106,9
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	7.759	9.542	9.190	- 3,7	98,2	98,0
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	348	415	417	+ 0,5	83,3	120,6
= Landwirtschaftliche Erzeugung	8.107	9.957	9.607	- 3,5	97,6	98,8
+ Nicht trennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	498	580	628	+ 8,2	98,0	110,4
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	8.606	10.538	10.235	- 2,9	97,6	99,5
- Vorleistungen insgesamt <sup>1)</sup>	4.938	6.057	5.868	- 3,1	101,3	95,7
<b>= Bruttowertschöpfung</b>	<b>3.668</b>	<b>4.481</b>	<b>4.367</b>	<b>- 2,5</b>	<b>92,7</b>	<b>105,1</b>
- Abschreibungen	2.075	2.354	2.580	+ 9,6	101,7	107,8
<b>= Nettowertschöpfung</b>	<b>1.592</b>	<b>2.127</b>	<b>1.787</b>	<b>- 16,0</b>	<b>82,8</b>	<b>101,5</b>
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.200	1.500	1.250	- 16,7		
<b>= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten</b>	<b>2.793</b>	<b>3.627</b>	<b>3.037</b>	<b>- 16,3</b>		
<b>Nominales Faktoreinkommen je JAE<sup>2)</sup></b>	<b>1.000 €</b>	<b>22,84</b>	<b>30,11</b>	<b>25,62</b>	<b>- 14,9</b>	

Q: Statistik Austria (2024b), WIFO-Berechnungen. - <sup>1)</sup> Einschließlich innerbetrieblich erzeugter und verbrauchter Futtermittel. - <sup>2)</sup> JAE: landwirtschaftlicher Arbeitseinsatz (entlohnt und nichtentlohnt) gemessen in Jahresarbeits-einheiten bzw. Vollzeitäquivalenten (Zahl der auf Normalarbeitszeit umgerechneten Beschäftigungsverhältnisse).

## Übersicht 2: Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft

	2021	2022	2023	
	Mio. €		Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderungen insgesamt	1.514	1.744	1.544	- 11,5
Gütersubventionen	7	7	8	+ 18,0
Sonstige Subventionen	1.507	1.718	1.483	- 13,7
Direktzahlungen	667	671	563	- 16,1
Agrarumweltmaßnahmen (ÖPUL) <sup>1)</sup>	436	477	527	+ 10,3
Ausgleichszulage für naturbedingte Nachteile	255	252	264	+ 4,6
COVID-19-Beihilfen	72	17	-	- 100,0
Entlastungsmaßnahmen <sup>2)</sup>	-	208	18	- 91,4
Sonstiges	76	93	111	+ 20,5
Minderung Vorleistungen <sup>3)</sup>	-	19	53	+ 178,9
Vermögenstransfers <sup>4)</sup>	300	380	382	+ 0,5
Steuern und Abgaben	315	227	242	+ 6,6
Gütersteuern	8	9	9	+ 4,3
Sonstige Produktionsabgaben	307	219	233	+ 6,7

Q: Statistik Austria (2024b, <https://www.statistik.at/statistiken/land-und-forstwirtschaft/land-und-forstwirtschaftliche-oekonomie-und-preise/landwirtschaftliche-gesamtrechnung/landwirtschaftliche-gesamtrechnung-auf-nationaler-ebene>); Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, Grüner Bericht 2024, Tabellen 5.1.2 bis 5.1.4; WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Gemäß Österreichischem Programm für umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL), ab 2023 einschließlich Öko-Regelung. – <sup>2)</sup> Teuerungsausgleich, Stromkostenzuschuss (Bundesmittel) und Zahlungen für den geschützten Anbau (EU-Mittel) zur Abfederung der hohen Betriebsmittelpreise (insbesondere für Energie). – <sup>3)</sup> Temporäre Agrardieselmrückvergütung, Rückvergütung CO<sub>2</sub>-Bepreisung. – <sup>4)</sup> In der Einkommensrechnung unberücksichtigte Zahlungen (z. B. Junglandwirteförderung).

## 4. Außenhandelsbilanz bei Agrargütern und Lebensmitteln ungünstiger als in den Vorjahren

Wie in den Vorjahren stieg 2023 sowohl der Export- als auch der Importwert von Agrargütern. In der Außenhandelsbilanz überwogen die Einfuhren jedoch deutlich die Ausfuhren.

Der österreichische Agraraußenhandel legte 2023 neuerlich zu (Einfuhren +7,1%, Ausfuhren +3,1%; nominell). Die wertmäßige Ausweitung fiel jedoch schwächer aus als im Vorjahr und spiegelt vor allem die Verteuerung von Agrargütern wider. Dazu zählen neben agrarischen Rohstoffen gemäß der Kombinierten Nomenklatur (KNO) auch hochverarbeitete Lebensmittel wie Getränke und Zubereitungen von Früchten. In 16 der 24 Positionen wurden 2023 mehr Güter importiert als exportiert (Übersicht 3). Nennenswerte Exportüberschüsse ergaben sich erneut in den Bereichen Fleisch und Fleischwaren, Milch und Milcherzeugnisse, Mollereierzeugnisse und vor allem im Bereich Getränke. Im Jahr 2020 wurde erstmals eine beinahe ausgeglichene Außenhandelsbilanz

erzielt. 2023 übertraf der Wert der Importe dagegen deutlich jenen der Exporte (um rund 710 Mio. €; 2022: 57 Mio. €).

Wie die langfristige Entwicklung des Agrarhandelsaldos zeigt (Abbildung 3), erzeugte die Integration in den Gemeinsamen Markt eine lebhaftere Dynamik, von der sowohl Exporteure als auch Importeure profitierten. Im Jahr 2006 war der Exportwert noch nahezu gleich hoch gewesen wie der Importwert. Seither stiegen die Importe meist etwas rascher als die Exporte. In den Jahren 2015 bis 2021 näherte sich der Wert der Ausfuhren wieder jenem der Importe an. Seit 2022 öffnet sich die Schere zwischen Importen und Exporten allerdings wieder.

## 5. Relativ günstiges Marktumfeld für die Forstwirtschaft

2023 setzte sich der durch hohe Energiepreise ausgelöste Höhenflug der heimischen Forstwirtschaft nicht weiter fort.

Die Forstwirtschaft ist in Österreich jener Sektor mit dem größten Ausmaß an Flächennutzung. Nur wenige Flächen sind unberührt und sich selbst überlassen. Die meisten Waldflächen werden in mehrfacher Hinsicht intensiv genutzt: für die Holzgewinnung, für die Jagd, als Erholungsraum und für die Bereitstellung von Ökosystemdienstleistungen, z. B. zur Kohlenstoffspeicherung. All diese

Nutzungsmöglichkeiten werden durch den Klimawandel beeinflusst und zunehmend geschmälert. Zu den für den Wald abträglichen Faktoren zählen der hohe Druck durch Schädlinge, die Trockenheit in bestimmten Lagen und die damit verbundene Waldbrandgefahr, sowie das häufigere Auftreten von heftigen Stürmen und Eisbrüchen.

### Übersicht 3: Österreichs Außenhandel mit Agrargütern und Lebensmitteln 2023

Kombinierte Nomenklatur – KNO

	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt	EU 27
	Anteile in %		Mio. €	
<b>I Lebende Tiere; Waren tierischen Ursprungs</b>	<b>21,4</b>	<b>19,1</b>	<b>+ 249,4</b>	<b>+ 144,4</b>
01 Lebende Tiere	1,0	1,6	- 120,9	- 156,6
02 Fleisch und Fleischwaren	8,8	7,2	+ 213,5	+ 70,6
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,5	2,5	- 359,7	- 150,7
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	10,7	7,1	+ 543,9	+ 368,8
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,4	0,6	- 27,3	+ 12,4
<b>II Waren pflanzlichen Ursprungs</b>	<b>14,3</b>	<b>28,7</b>	<b>- 2.603,9</b>	<b>- 1.656,5</b>
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,3	2,7	- 409,6	- 393,0
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,4	4,6	- 567,5	- 449,4
08 Früchte	1,9	8,1	- 1.099,9	- 492,7
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	1,4	3,5	- 377,2	- 250,9
10 Getreide	3,8	4,3	- 122,3	- 57,5
11 Müllereierzeugnisse	2,7	1,2	+ 229,4	+ 184,4
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	2,7	3,7	- 193,8	- 160,9
13 Schellack, Gummen, Harze und andere Pflanzensäfte	0,1	0,4	- 61,4	- 36,5
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,0	0,0	- 1,6	- 0,0
<b>III Tierische und pflanzliche Fette und Öle sowie deren Spaltprodukte; zubereitete Speisefette; Wachse tierischen und pflanzlichen Ursprungs</b>	<b>2,4</b>	<b>4,6</b>	<b>- 389,4</b>	<b>- 358,6</b>
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	2,4	4,6	- 389,4	- 358,6
<b>IV Waren der Lebensmittelindustrie; Getränke, alkoholhaltige Flüssigkeiten und Essig; Tabak</b>	<b>62,0</b>	<b>47,7</b>	<b>+ 2.033,9</b>	<b>+ 503,4</b>
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	4,4	3,4	+ 151,1	+ 170,9
17 Zucker und Zuckerwaren	2,7	3,2	- 102,1	- 188,2
18 Kakao, Kakaozubereitungen	3,8	4,2	- 90,7	- 111,1
19 Zubereitungen aus Getreide und anderen Backwaren	9,6	9,2	- 3,2	- 114,0
20 Zubereitungen von Gemüse und Früchten u. Ä.	6,0	6,7	- 170,2	- 55,5
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	7,6	6,5	+ 136,6	- 83,4
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	20,8	6,6	+ 2.315,1	+ 1.199,3
Energydrinks	2,2	0,4	+ 296,9	+ 263,4
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	7,0	5,7	+ 179,0	+ 29,8
24 Tabak und Tabakwaren	0,1	2,3	- 381,7	- 344,4
			Mio. €	
<b>Agrarhandel insgesamt laut KNO</b>	<b>16.657,62</b>	<b>17.367,50</b>	<b>- 709,9</b>	<b>- 1.367,3</b>
Agrarhandel insgesamt laut SITC <sup>1)</sup>	16.310,03	17.283,16	- 973,1	- 1.614,5
			Veränderung gegen das Vorjahr in %	
<b>Agrarhandel insgesamt laut KNO</b>	<b>+ 3,1</b>	<b>+ 7,1</b>	<b>- 1.144,2</b>	<b>- 10,1</b>
Agrarhandel insgesamt laut SITC <sup>1)</sup>	+ 3,4	+ 6,7	- 135,1	- 2,9

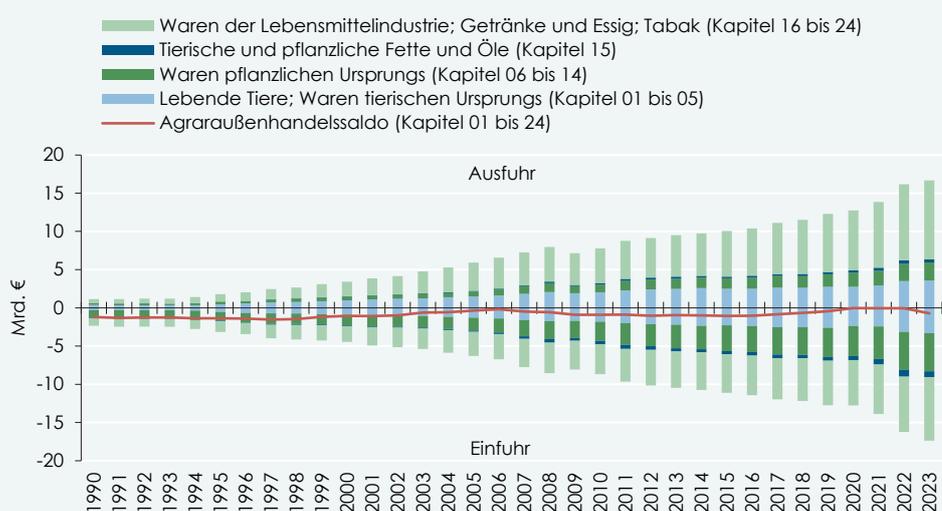
Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, 2023: endgültige Werte. Ein positives Vorzeichen von Saldenveränderungen ist als Rückgang des Importüberschusses zu interpretieren. SITC . . . Standard International Trade Classification, Rev. 4. – 1) Die Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des jeweiligen Aggregationsverfahrens (SITC 0, 1, 21, 22, 29, 4) und der zunehmenden Zahl von Positionen, die in der KNO-Außenhandelsdatenbank der Geheimhaltung unterliegen, voneinander ab.

Eine Folge der seit Jahrzehnten anhaltenden Ausweitung der Forstflächen und der fortschreitenden Automatisierung der Holzerte ist die Zunahme der Produktion von Rohholz. Die tatsächliche Erntemenge hängt neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vom jährlich schwankenden Holzanfall aufgrund von Wetter- und Schadereignissen ab.

Seit einem Jahrzehnt sind nicht wirtschaftliche Überlegungen die wichtigsten Gründe für Ernteentscheidungen, sondern Schadereignisse, welche häufig eine vorzeitige Ernte erzwingen und dadurch das Holzaufkommen erhöhen (Übersicht 5 und Abbildung 4).

Dies erklärt, warum die Erntemenge ausgeweitet wurde, obwohl die Preise von 2013 bis 2020 sanken (Abbildung 5). Sehr niedrige Holzpreise deckten vielfach nicht die Kosten der ungeplanten Ernte und stellten Betriebe vor große wirtschaftliche Herausforderungen. Wegen der langen Produktionszyklen ist eine rasche Anpassung an die veränderten Klimabedingungen nur begrenzt möglich. Zugleich wird die Erreichung von Klimazielen immer schwieriger, wenn die Fähigkeit der Wälder, der Atmosphäre Kohlendioxid zu entziehen, aufgrund von Schadereignissen abnimmt.

Abbildung 3: Österreichs Außenhandel mit Agrargütern und Lebensmitteln nach Warenabschnitten des Harmonisierten Systems (KNO)



Q: WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Übersicht 4: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen in der österreichischen Forstwirtschaft

	1995	2000	2005	2010	2015	2020	2021	2022	2023	2023
	Mio. € zu Herstellungspreisen									Veränderung gegen das Vorjahr in %
Zu Herstellungspreisen										
Erzeugung forstwirtschaftlicher Güter	1.339,09	1.332,18	1.439,33	1.746,25	1.851,23	1.394,30	2.032,23	2.559,55	2.533,70	- 1,0
Waldbäume und Forstbaumpflanzen	536,53	558,34	528,61	617,59	633,91	451,31	700,64	877,55	861,62	- 1,8
Waldbäume <sup>1)</sup>	521,30	544,67	518,82	605,22	622,19	441,83	689,23	865,84	849,01	- 1,9
Forstbaumpflanzen	15,23	13,66	9,78	12,37	11,72	9,47	11,40	11,71	12,61	+ 7,7
Rohholz	802,57	773,84	910,72	1.128,66	1.217,31	942,99	1.331,59	1.682,00	1.672,08	- 0,6
Rohholz für die stoffliche Nutzung	650,82	621,78	705,61	873,82	924,77	643,92	1.055,48	1.261,19	1.118,00	-11,4
Sägerundholz	562,96	552,13	623,68	766,59	803,88	545,78	955,21	1.116,22	946,77	-15,2
Industrierundholz	87,86	69,66	81,93	107,23	120,89	98,15	100,28	144,97	171,24	+18,1
Rohholz für die energetische Nutzung <sup>2)</sup>	151,74	152,06	205,11	254,84	292,54	299,07	276,11	420,81	554,08	+31,7
+ Erzeugung forstwirtschaftlicher Dienstleistungen	112,62	124,51	168,73	230,08	237,41	252,69	273,62	326,59	328,58	+ 0,6
+ Nicht trennbare nichtforstwirtschaftliche Nebentätigkeiten	20,95	28,36	26,40	61,72	60,06	58,76	59,01	73,32	72,86	- 0,6
+ Andere Produkte <sup>3)</sup>	19,27	18,07	15,54	17,23	15,68	10,16	13,08	12,14	11,05	- 9,0
= Erzeugung des forstwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	1.491,93	1.503,12	1.650,00	2.055,29	2.164,38	1.715,91	2.377,94	2.971,61	2.946,18	- 0,9
- Vorleistungen	712,90	721,00	854,45	1.082,46	1.200,37	980,71	1.390,51	1.657,61	1.596,59	- 3,7
<b>= Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen</b>	<b>779,04</b>	<b>782,11</b>	<b>795,55</b>	<b>972,83</b>	<b>964,01</b>	<b>735,20</b>	<b>987,43</b>	<b>1.313,99</b>	<b>1.349,59</b>	<b>+ 2,7</b>
- Abschreibungen	78,90	100,70	130,74	174,35	192,66	193,87	198,90	217,19	229,90	+ 5,9
<b>= Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen</b>	<b>700,14</b>	<b>681,41</b>	<b>664,81</b>	<b>798,47</b>	<b>771,34</b>	<b>541,33</b>	<b>788,53</b>	<b>1.096,80</b>	<b>1.119,69</b>	<b>+ 2,1</b>
± Saldo sonstige Produktionsabgaben bzw. Subventionen	- 4,76	- 4,84	- 7,11	+ 9,91	- 7,26	+ 4,39	+ 38,30	+ 38,25	+ 28,25	-26,1
<b>= Faktoreinkommen</b>	<b>695,38</b>	<b>676,57</b>	<b>657,70</b>	<b>808,39</b>	<b>764,08</b>	<b>545,72</b>	<b>826,83</b>	<b>1.135,05</b>	<b>1.147,94</b>	<b>+ 1,1</b>

Q: Statistik Austria (2024c). - <sup>1)</sup> Nettozuwachs von Holz im wirtschaftlich genutzten Ertragswald. - <sup>2)</sup> Brennholz und Waldhackgut. - <sup>3)</sup> Nebennutzungen, sonstige forstwirtschaftliche Erzeugnisse.

Der langjährige tendenzielle Rückgang der Holzpreise endete 2021, als die gute Baukonjunktur in den USA zu einer regen Nachfrage auf den internationalen Holzmärkten führte. In der Folge stiegen die Preise für Schnittholz kräftig. Dagegen war Schleifholz im Jahr

2021 sogar noch billiger als im Vorjahr. Erst Anfang 2022 zogen auch die Schleifholzpreise an. Im Jahr 2023 sanken die Preise für Sägerundholz um 10% gegenüber 2022, während jene für Nadelschleifholz im selben Ausmaß stiegen.

## Übersicht 5: Holzeinschlag

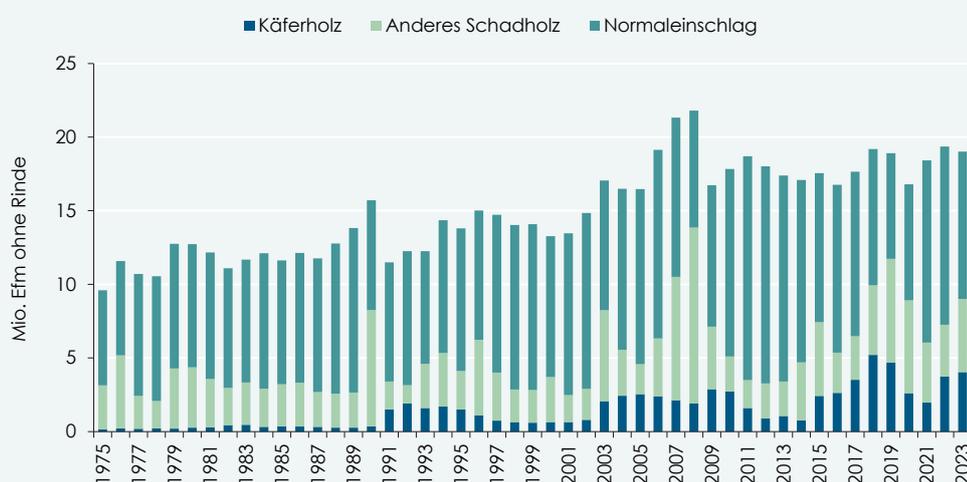
	2021	2022	2023	2021	2022	2023
	1.000 Efm ohne Rinde			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nutzholz (Rohholz, stoffliche Nutzung)	13.521	13.934	13.347	+ 18,0	+ 3,1	- 4,2
Sägeholz (Sägerundholz)	10.420	10.711	10.037	+ 22,5	+ 2,8	- 6,3
Industrieholz (Industrierundholz)	3.101	3.223	3.310	+ 4,8	+ 3,9	+ 2,7
Brennholz (Rohholz für energetische Nutzung)	4.900	5.424	5.671	- 8,0	+ 10,7	+ 4,6
<b>Gesamteinschlag</b>	<b>18.420</b>	<b>19.358</b>	<b>19.018</b>	<b>+ 9,7</b>	<b>+ 5,1</b>	<b>- 1,8</b>

	Anteile in %		
Schadholz	32,8	37,5	47,4

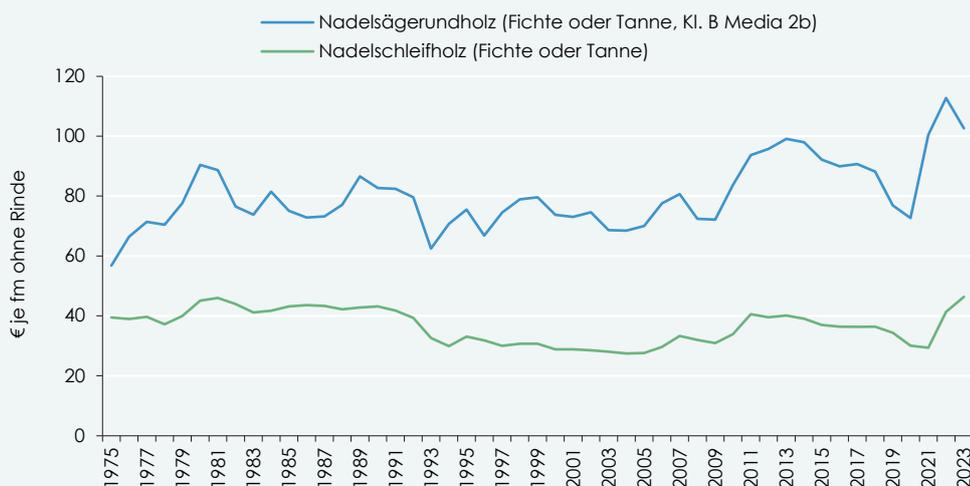
Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen (<https://info.bml.gv.at/themen/wald/wald-in-oesterreich/wald-und-zahlen/Holzeinschlag.html>).

Abbildung 4: Holzeinschlag in Österreich



Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen (<https://info.bml.gv.at/themen/wald/wald-in-oesterreich/wald-und-zahlen/Holzeinschlag.html>); Bundesforschungszentrum für Wald, Dokumentation der Waldschädigungsfaktoren (<https://www.bfw.gv.at/dokumentation-waldschaedigungsfaktoren/>).

Abbildung 5: Entwicklung der nominellen Holzpreise in Österreich



Q: Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Erzeugerpreise (<https://www.statistik.at/statistiken/land-und-forstwirtschaft/land-und-forstwirtschaftliche-oekonomie-und-preise/erzeugerpreise>).

Der 2022 beobachtete ausgeprägte Anstieg des Produktionswertes in der Forstwirtschaft (+25% gegenüber dem Vorjahr) setzte sich 2023 nicht fort. Der Produktionswert verharrte praktisch unverändert bei 2,9 Mrd. €. Das

Faktoreinkommen stieg leicht um 1,1% auf 1,15 Mrd. €. Der Nettounternehmensgewinn der Forstwirtschaft belief sich 2023 auf 795 Mio. € und war damit um 3,9% niedriger als im Vorjahr (Statistik Austria, 2024c).

## 6. Elemente des langfristigen Strukturwandels in der österreichischen Landwirtschaft

**Im heimischen Agrarsektor wächst die reale Wertschöpfung seit Jahrzehnten schwächer als in der Gesamtwirtschaft. Eine Folge davon ist ein struktureller Wandel, ablesbar etwa an der Entwicklung der Zahl der Betriebe und der Landnutzung.**

Im heimischen Agrarsektor wächst die Wertschöpfung seit Jahrzehnten schwächer als in der Gesamtwirtschaft. Wäre die Bruttowertschöpfung der österreichischen Landwirtschaft seit 1995 im gleichen Ausmaß gestiegen wie jene der Volkswirtschaft insgesamt, so hätte sie 2023 nominell 7,6 Mrd. € betragen. Tatsächlich betrug sie nur 4,4 Mrd. €. Die Abkoppelung der Landwirtschaft von der Entwicklung der Gesamtwirtschaft ließ sich bereits davor über lange Zeiträume beobachten. Über die Jahrzehnte zeigt sich eine strukturelle Anpassung des Agrarsektors, die sich in einer Verringerung der Zahl der Betriebe, in einer veränderten Landnutzung und in einem Beschäftigungsrückgang äußert. Dieses Kapitel beleuchtet die ersten

beiden Dimensionen des langfristigen Strukturwandels.

Die Auswertungen zur Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe stützen sich auf die Agrarstrukturerhebungen der Statistik Austria bzw. die land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes. Übersicht 6 zeigt, wie sich die Zahl der Betriebe in den Bundesländern und in Österreich insgesamt zwischen 1930 und 2020 entwickelte. Dabei wurden die jeweiligen Erhebungsschwellen nicht angepasst, also die veröffentlichten Zahlen unmittelbar wiedergegeben. Daraus Veränderungsdaten abzuleiten, wäre unzulässig, da die Erhebungsschwellen über die Zeit stark angepasst wurden.

Übersicht 6: Land- und forstwirtschaftliche Betriebe in Österreich

	Vollerhebungen auf Basis der jeweils gültigen Erhebungsschwellen <sup>1)</sup>								
	1930	1951	1960	1970	1980	1990	1999	2010	2020
	Anzahl der Betriebe								
Wien	1.172	3.228	2.605	2.083	1.309	1.281	898	558	707
Niederösterreich	145.744	138.494	120.905	101.262	79.865	70.011	54.551	41.570	37.453
Burgenland	43.477	44.263	41.478	38.306	30.613	26.421	16.081	9.793	7.973
Steiermark	77.393	79.207	75.406	72.708	64.487	59.363	48.582	39.388	33.605
Kärnten	30.663	33.462	31.292	30.449	26.134	24.658	21.202	18.174	18.228
Oberösterreich	80.215	78.360	75.246	71.459	59.848	53.558	41.804	33.341	29.173
Salzburg	13.999	14.602	13.797	13.208	12.056	11.628	10.751	9.785	9.320
Tirol	26.472	27.903	25.365	23.600	20.912	19.738	18.238	16.215	14.215
Vorarlberg	14.225	13.329	10.436	9.141	7.355	6.552	5.401	4.493	4.279
<b>Österreich</b>	<b>433.360</b>	<b>432.848</b>	<b>396.530</b>	<b>362.216</b>	<b>302.579</b>	<b>273.210</b>	<b>217.508</b>	<b>173.317</b>	<b>154.953</b>

Q: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (2024); Statistik Austria (2001, 2013, 2024a); Statistik Austria; Österreichisches Statistisches Zentralamt (1964, 1973/74, 1983, 1992). – <sup>1)</sup> Die Ergebnisse sind aufgrund unterschiedlicher Erfassungsgrenzen und Definitionen langfristig nur bedingt vergleichbar.

Im Jahr 2020 wurden ausschließlich Betriebe gezählt, die – neben anderen Kriterien – zumindest über 3 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche oder 1,5 ha Ackerland oder 0,5 ha Kartoffeläcker oder 3 ha Waldfläche verfügten (Statistik Austria, 2022). In früheren Erhebungen galten dagegen niedrigere Flächengrenzwerte, wodurch auch kleinere Betriebe erfasst wurden. In den meisten Fällen reichte eine Gesamtfläche von mindestens 1 ha, die ganz oder teilweise land- und forstwirtschaftlich genutzt wurde, für die Erfassung aus. Weitere Kriterien waren die Anzahl bestimmter Nutztiere und ein Erwerbsobst-, Erwerbswein-, oder Erwerbsgartenbau in unterschiedlichem Umfang. Im Laufe der Zeit fielen kleinere Betriebe jedoch aus der Er-

hebung. Somit ist ein langfristiger Vergleich der Zahl der Betriebe auf Basis der veröffentlichten Tabellen (Übersicht 6) nur eingeschränkt aussagekräftig.

Unter bestimmten Annahmen ist es jedoch möglich, eine Vergleichbarkeit zwischen den Erhebungen herzustellen. Für die Periode 1930 bis 1990 kann man Betriebe mit weniger als 2 ha selbstbewirtschaftete Gesamtfläche von der Gesamtzahl der Betriebe abziehen. Eine ähnliche Korrektur ist für die Jahre ab 1990 möglich, indem man die Erhebungsschwellen von 2020 heranzieht und die publizierten Werte entsprechend bereinigt. Die Ergebnisse dieser Vorgehensweise zeigt Übersicht 7. Da es nicht möglich

ist, zur Korrektur der Daten jeweils alle Kriterien anzuwenden, wurden die Ergebnisse auf ganze Hundert gerundet ausgewiesen, um anzudeuten, dass es sich um Schätzwerte handelt.

Vergleicht man die korrigierten mit den beobachteten Werten, so fällt vor allem auf, dass zwischen 1930 und 1951 die Zahl der Betriebe um 0,2% p. a. zugenommen hat, wenn man als Kriterium eine Fläche von mindestens 2 ha heranzieht. Danach verringert sich ihre Zahl von Erhebung zu Erhebung, zwischen 1951 und 1960 um 0,5% p. a., zwischen 1960 und 1970 um 0,8% p. a., zwischen 1970 und 1980 um 1,2% p. a. und

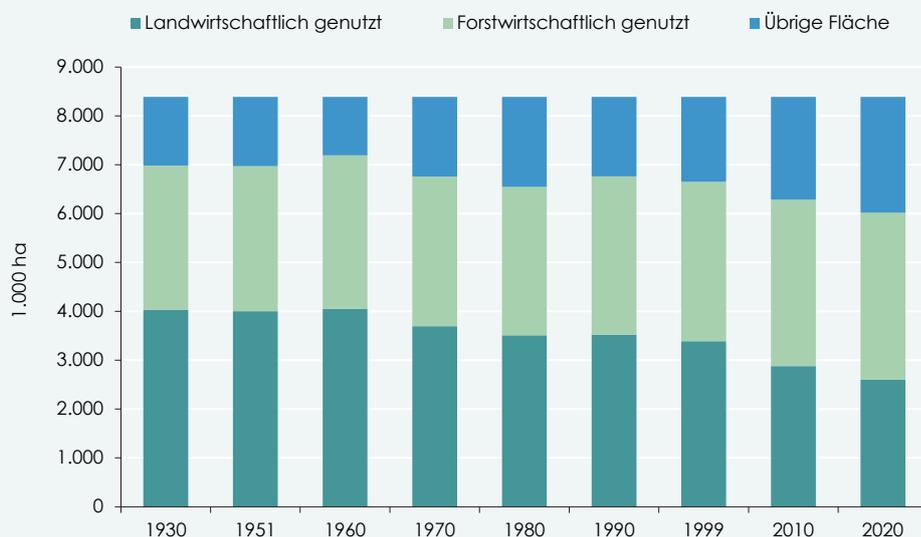
zwischen 1980 und 1990 um 0,9% p. a. Wendet man die Erhebungsschwellen der Agrarstrukturhebung von 2020 auf die Zählungen ab 1990 an, so ergeben sich Veränderungsrate von -1,8% p. a. für die Periode 1990 bis 1999, -2,0% p. a. für 1999/2010 und -0,5% p. a. für 2010/2020. Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist folglich jenes, in dem die Zahl der Betriebe am stärksten abgenommen hat. Da die zugrundeliegenden Daten aus Erhebungen stammen, in denen unterschiedliche Kriterien angewendet wurden, sind die ausgewiesenen Veränderungsrate trotz der Korrektur nicht uneingeschränkt vergleichbar.

#### Übersicht 7: Land- und forstwirtschaftliche Betriebe ohne Kleinbetriebe und unter Anpassung der Erhebungsschwellen

	Auf Basis der jeweils gültigen Erhebungsschwellen aber ohne Betriebe unter 2 ha selbstbewirtschafteter Gesamtfläche						Auf Basis der Erhebungsschwellen laut Agrarstrukturhebung 2020			
	1930	1951	1960	1970	1980	1990	1990	1999	2010	2020
	Anzahl der Betriebe						Anzahl der Betriebe			
Wien	–	1.000	700	600	500	600	700	900	500	700
Niederösterreich	–	98.200	89.900	77.600	65.700	57.900	63.800	52.700	40.400	37.500
Burgenland	–	30.400	29.000	26.600	22.300	18.800	21.700	15.100	9.300	8.000
Steiermark	–	64.900	62.900	60.300	56.700	52.800	49.100	43.100	35.300	33.600
Kärnten	–	26.800	25.700	25.100	23.100	22.200	21.500	19.800	17.300	18.200
Oberösterreich	–	60.200	59.600	57.200	52.200	47.600	46.100	38.900	31.100	29.200
Salzburg	–	12.800	12.700	12.200	11.300	11.000	11.400	10.400	9.500	9.300
Tirol	–	23.200	23.500	21.900	18.800	18.000	19.800	17.200	15.400	14.200
Vorarlberg	–	10.100	8.600	7.700	6.200	6.000	5.700	5.100	4.200	4.300
<b>Österreich</b>	<b>314.600</b>	<b>327.600</b>	<b>312.600</b>	<b>289.200</b>	<b>256.800</b>	<b>234.900</b>	<b>239.800</b>	<b>203.000</b>	<b>162.900</b>	<b>155.000</b>

Q: WIFO-Berechnungen auf Basis von Statistik Austria (2001, 2013, 2024a), Österreichisches Statistisches Zentralamt (1964, 1973/74, 1983, 1992).

Abbildung 6: Landnutzung in Österreich



Q: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (2024), Statistik Austria (2001, 2013, 2024a), Österreichisches Statistisches Zentralamt (1964, 1973/74, 1983, 1992). Die Ergebnisse sind aufgrund unterschiedlicher Erfassungsuntergrenzen und Definitionen langfristig nur bedingt vergleichbar.

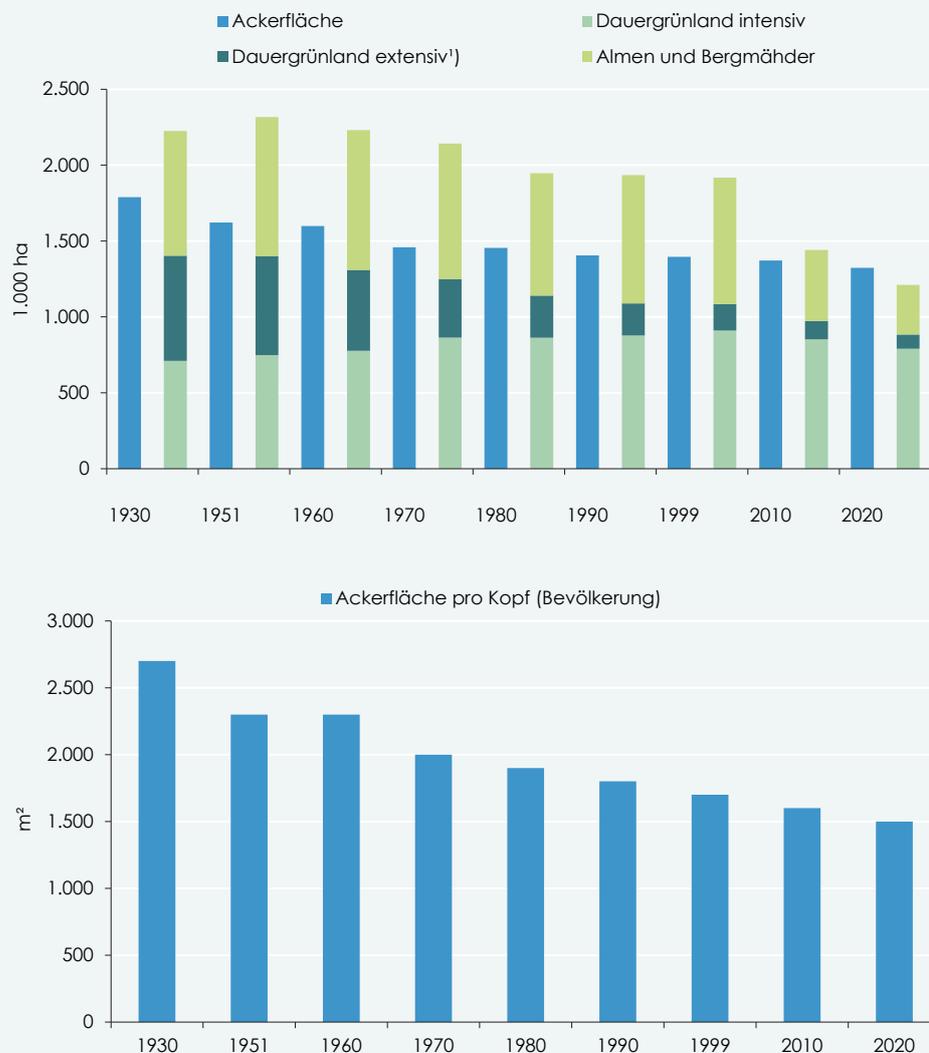
Langfristig hat in Österreich nicht nur die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

deutlich abgenommen, sondern auch die landwirtschaftlich genutzte Fläche. Zieht

man die Agrarstrukturhebungen bzw. die Betriebszählungen heran, um Veränderungen in der Flächennutzung zu veranschaulichen, ist man ebenso mit dem Problem unterschiedlicher Erhebungsschwellen konfrontiert. Es fällt in diesem Fall aber viel weniger ins Gewicht, da kleine Betriebe trotz ihrer hohen Zahl insgesamt nur wenig Fläche bewirtschaften. Der direkte Vergleich der publizierten Werte liefert daher ein aufschlussreiches Bild.

Innerhalb eines knappen Jahrhunderts (1930/2020) verkleinerte sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Österreich von 4 Mio. ha auf 2,6 Mio. ha (-0,48% p. a.; Abbildung 6), während sich die forstwirtschaftlich genutzte Fläche von 2,9 Mio. ha auf 3,4 Mio. ha vergrößerte (+0,16% p. a.). Die sonstige, weder land- noch forstwirtschaftlich genutzte Fläche nahm von 1,4 auf 2,4 Mio. ha zu (+0,58% p. a.).

Abbildung 7: Entwicklung der Acker- und Grünlandfläche sowie der Ackerfläche pro Kopf



Q: Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (2024), Statistik Austria (2001, 2013, 2024a), Österreichisches Statistisches Zentralamt (1964, 1973/74, 1983, 1992). Die Ergebnisse sind aufgrund unterschiedlicher Erfassungsuntergrenzen und Definitionen langfristig nur bedingt vergleichbar. – <sup>1)</sup> Ohne Almen und Bergmähder.

Innerhalb der landwirtschaftlich genutzten Fläche kam es zu einer Verschiebung zwischen den Nutzungsarten (Abbildung 7). Ackerland, extensiv genutztes Grünland sowie Almen und Bergmähder büßten von Erhebung zu Erhebung an Bedeutung ein. Die intensiv genutzte Grünlandfläche (zwei und mehr Schnitte pro Jahr) wuchs bis 1999

kontinuierlich, schrumpft jedoch seither ebenfalls. Die Ackerfläche hat sich seit 1930 von 1,79 Mio. ha auf 1,32 Mio. ha (2020) verkleinert, Almen und Bergmähder von 0,82 Mio. ha auf 0,33 Mio. ha, die extensiv genutzte Grünlandfläche von 0,69 Mio. ha auf 0,09 Mio. ha. Lediglich die intensiv genutzte Grünlandfläche war 2020 mit

0,79 Mio. ha noch etwas größer als 1930 (0,71 Mio. ha).

Die Veränderung der Landnutzung zu Lasten der Landwirtschaft lässt sich mit den Unterschieden in der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung erklären. Da die Wertschöpfung der Landwirtschaft über die Jahrzehnte hinter jene anderer Sektoren zurückfiel, wurde der wichtigste Produktionsfaktor Boden eben für andere Wirtschaftsbereiche erschlossen. Die Forstwirtschaft profitiert

davon, indem die Waldfläche zunimmt. Während die nominelle Wertschöpfung der heimischen Forstwirtschaft zwischen 1995 und 2023 um 73% zulegte, wuchs sie in der Landwirtschaft lediglich um 56%. Zumal auch die Produktivität in der Landwirtschaft seit etwa einem Jahrzehnt nicht mehr nennenswert steigt, ist diese Entwicklung aus dem Blickwinkel der Ernährungssicherheit angesichts einer wachsenden Bevölkerung nicht unproblematisch (Arnold et al., 2024).

## 7. Literaturhinweise

Arnold, E., Falkner, K., Schratzenstaller, M., & Sinabell, F. (2023). *Auswirkungen des Flächenverbrauchs für die Versorgungssicherheit und steuerliche Instrumente zu dessen Eindämmung*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/38138259>.

Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft – BML (2024). *Grüner Bericht 2024. Die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2023*, Tabelle 3.1.1.

Österreichisches Statistisches Zentralamt – ÖSTAT (1964). Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung vom 1. Juni 1960, Gesamtergebnisse für Österreich.

Österreichisches Statistisches Zentralamt – ÖSTAT (1973/1974). Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung vom 1. Juni 1970, Gesamtergebnisse für Österreich und Länderhefte.

Österreichisches Statistisches Zentralamt – ÖSTAT (1983). Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung vom 1. Juni 1980, Gesamtergebnisse für Österreich und Länderhefte.

Österreichisches Statistisches Zentralamt – ÖSTAT (1992). Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung vom 1. Juni 1990, Gesamtergebnisse für Österreich und Länderhefte.

Statistik Austria (2001). *Agrarstrukturerhebung 1999*, Gesamtergebnisse.

Statistik Austria (2013). *Agrarstrukturerhebung 2010*, Gesamtergebnisse für Österreich.

Statistik Austria (2024a). *Agrarstrukturerhebung 2020*, Überblick.

Statistik Austria (2024b). *Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, Kalenderjahr 2023*. Vorläufige Ergebnisse. Revisionsstand Juli 2024. *Statistik im Fokus*, (01.36).

Statistik Austria (2024c). *Forstwirtschaftliche Gesamtrechnung, Kalenderjahr 2023*. Vorläufige Ergebnisse. Revisionsstand Juli 2024. *Statistik im Fokus*, (1.38).

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

**14/2024     A Rapid Assessment of the Economic Impact of the Central European Flood 2024 on Austria**

Klaus Friesenbichler, Leonardo Ialongo, Peter Klimek, Anna Renhart, Franz Sinabell

Between 14 and 21 September, Storm Boris brought heavy rain and flooding to Central Europe. Such extreme weather events will become more frequent and, above all, more intense as a result of climate change. It is therefore important to develop methods to rapidly assess the economic impact in order to tailor measures to mitigate losses. This Research Brief estimates the economic losses to be around 1.3 billion €. This includes private households, damaged inventories and capital stocks, and interruptions of firms' operations. Infrastructure is not included, however. Austria appeared to be relatively well prepared. Despite the magnitude of the flood, more severe economic damage was prevented. Nevertheless, the current compensation model can be improved.

Oktober 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54462430>

**Frühere Ausgaben**

**13/2024     Großforschungsinfrastruktur für Innovation nutzen**

Jürgen Janger

September 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53814635>

**12/2024     Frühzeitiges Monitoring der Ziele für eine nachhaltige und inklusive Entwicklung in Österreich – Aktualisierung 2024. Bewertung der Entwicklung von SDG 8 auf Basis der WIFO-Konjunkturprognose und Nowcasts**

Sandra Bilek-Steindl, Thomas Url

August 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53466016>

**11/2024     Inflationsprognose 2024/2028 vom Juni 2024**

Josef Baumgartner

Juli 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52943235>

**10/2024     Bedeutung gebührenfreier digitaler Plattformen für Österreichs Unternehmen**

Sandra Bilek-Steindl, Susanne Bärenthaler-Sieber, Julia Bock-Schappelwein, Michael Peneder

Juni 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52728954>

**9/2024     Tourismusanalyse: Starke Nachfrage im bisherigen Winter, jedoch kaum Dynamik bei realen Umsätzen**

Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Oliver Fritz

Mai 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51714596>

**8/2024     Mind the Gaps. Zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Österreich**

Christine Mayrhuber (WIFO), Andrea Leitner (IHS), Trude Hausegger (prospect Unternehmensberatung), Nadja Bergmann (L&R Sozialforschung GmbH)

April 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51549994>

**7/2024     Das "Anti-Coercion"-Instrument. Ein neues Sanktionsinstrument der EU zur Abwehr wirtschaftlichen Zwangs durch Drittländer**

Yvonne Wolfmayr

April 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/51358020>

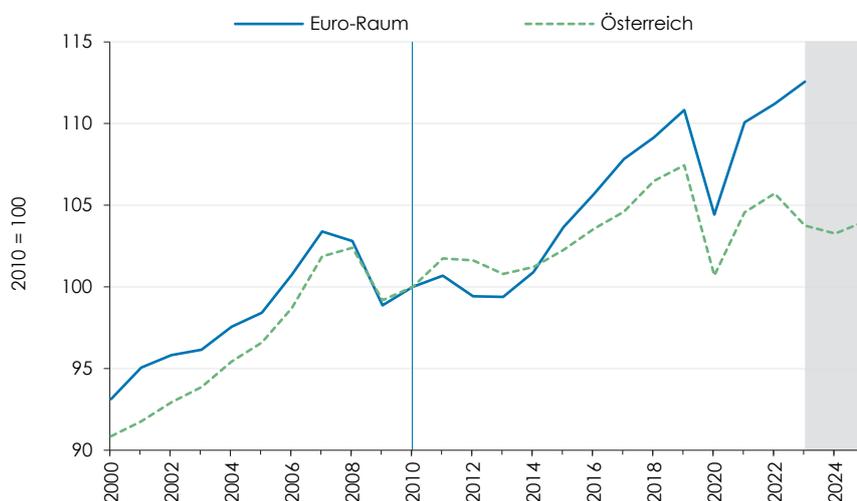
Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-research-briefs/>

# Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität

Gabriel Felbermayr

- Österreich gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Allerdings verliert die österreichische Volkswirtschaft seit 2010 und besonders seit 2019 im internationalen Vergleich an Boden.
- Waren 2016 nur 7% der 166 Länder mit einem gleichen oder höheren kaufkraftbereinigten BIP pro Kopf ausgestattet als Österreich, so waren es 2023 bereits 10%. Bis 2029 werden laut Prognose des IWF weitere Länder vorbeiziehen. Österreich rutscht also langsam, aber stetig ab.
- Der Realwert des BIP pro Kopf ist in Österreich seit 2010 schwächer gewachsen als im Durchschnitt der Euro-Länder.
- Seit 2010 verzeichnet Österreich persistent höhere Inflationsraten als der Euro-Raum, was die Wettbewerbsfähigkeit belastet. Die Globalisierungsdividende und die demografische Dividende, die lange zum Wachstum beigetragen hatten, sind mittlerweile entfallen.
- Österreich muss daher dringend strukturelle Reformen angehen. So gilt es u. a., die Integration von Migrant:innen, die Erwerbsbeteiligung und das Bildungssystem zu verbessern.

## Realwert des BIP pro Kopf seit 2000



**"Österreich fällt beim Realwert des BIP bereits seit 2014 hinter den Durchschnitt des Euro-Raumes zurück, besonders deutlich seit 2019."**

Der Realwert des BIP ist das nominelle BIP pro Kopf (Bevölkerung), deflationiert mit dem Preisindex der inländischen Verwendung. Hier gerät Österreich schon seit 2014 in Rückstand. Graue Schattierung: Prognose (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen).

# Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität

Gabriel Felbermayr

## Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität

Trotz Rezession gehört Österreich immer noch zu den reichsten Ländern der Welt. Allerdings verliert es hinsichtlich des realen Pro-Kopf-Einkommens seit 2010 im Ländervergleich an Boden. Österreich verzeichnet seit fast 15 Jahren persistent höhere Inflationsraten als der Euro-Raum insgesamt und der Realwert des BIP pro Kopf wächst deutlich langsamer. Die lange wirksame Globalisierungsdividende fließt nicht mehr; demografische Faktoren werden immer wichtiger, Wettbewerbsfähigkeit geht verloren. Österreich muss daher dringend strukturelle Reformen angehen. So gilt es u. a., die Integration von Migrant:innen, die Erwerbsbeteiligung und das Bildungssystem zu verbessern.

## Economic Activity and Growth in Austria: A Rendezvous with Reality

Despite the current recession, Austria is still one of the richest countries in the world. However, since 2010, the country has gradually lost ground compared to other countries in terms of real per capita income. For almost 15 years, Austria has had a persistently higher inflation rate than the euro area as a whole and the real value of GDP per capita is growing at a substantially slower rate. The long-effective globalisation dividend is no longer flowing; demographic factors are becoming increasingly important, and competitiveness is being lost. Therefore, Austria urgently needs to tackle structural reforms aimed, among other things, at a better integration of immigrants, a higher labour force participation and an improved education system.

**JEL-Codes:** E20, E23, E24 • **Keywords:** Makroökonomie, Wirtschaftsentwicklung

**Begutachtung:** Michael Peneder • **Wissenschaftliche Assistenz:** Fabian Gabelberger ([fabian.gabelberger@wifo.ac.at](mailto:fabian.gabelberger@wifo.ac.at)), Martha Steiner ([martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 8. 10. 2024

**Kontakt:** Gabriel Felbermayr ([gabriel.felbermayr@wifo.ac.at](mailto:gabriel.felbermayr@wifo.ac.at))

**Österreich gehört zu den reichsten Ländern der Welt, büßt seine Position jedoch zunehmend ein. Dies hat neben konjunkturellen auch strukturelle Ursachen.**

## 1. Einleitung

Österreich gehört zu den reichsten Ländern der Welt; das ist nach wie vor unstrittig. Aber die österreichische Wirtschaft ist in den letzten Jahren absolut und im Vergleich zu anderen Ländern zurückgefallen. Dazu haben multiple Krisen – namentlich die COVID-19-Krise, Lieferkettenverwerfungen und der Energiepreisschock im Gefolge des Ukraine-Krieges – beigetragen<sup>1)</sup>. Die Probleme der österreichischen Volkswirtschaft sind jedoch bereits seit 2010 sichtbar. Der Blick auf einen längeren Zeitraum ist wichtig, um strukturelle von konjunkturellen Themen zu trennen. Ohne ein angemessenes Verständnis der Probleme ist eine Entwicklung der richtigen wirtschaftspolitischen Reformen kaum möglich.

Dass Österreich schon vor Beginn der multiphen Krisen im Jahr 2019 im Ländervergleich in Rückstand geriet, wird besonders deutlich, wenn man Pro-Kopf-Größen betrachtet und die volkswirtschaftlichen Indikatoren mit Preisindizes der inländischen Verwendung bereinigt. Aktuelle Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und des WIFO

deuten an, dass Österreichs Wirtschaft auch in den nächsten Jahren zurückfallen wird; der Realwert des BIP pro Kopf dürfte erst 2029 das Niveau von 2019 überschreiten.

Welche Gründe sind für diese Schwäche verantwortlich? Zunächst weist die Betrachtung von Pro-Kopf-Größen auf die Bevölkerungsentwicklung hin. Daher untersucht der vorliegende Beitrag den Einfluss der Einwanderung. Langfristig von größerer Bedeutung ist die Entwicklung der Produktivität, die wiederum vielfältige Determinanten hat. Dieser Beitrag geht auf die Globalisierung und die Demografie als Faktoren eines verlangsamteten Produktivitätswachstums ein und widmet sich zudem der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Analyse macht deutlich, dass die derzeitigen Probleme Österreichs struktureller Natur sind. Für ein erneutes Durchstarten sind daher Strukturreformen notwendig. Die nächste Bundesregierung wird sich um eine ambitionierte und glaubwürdige Reformagenda kümmern müssen. Das WIFO hat in der Ver-

<sup>1)</sup> Siehe dazu Felbermayr (2024).

gangenheit immer wieder Reformvorschläge gemacht und ist selbstverständlich

bereit, seine Analysen zu aktualisieren und weiterzuentwickeln.

## 2. Österreich war auch im Rezessionsjahr 2023 eines der reichsten Länder der Welt

Anfang Juli 2024 veröffentlichte das britische Wochenmagazin The Economist eine Grafik, die die Wirtschaftskraft von mehr als 160 Ländern verglich<sup>2)</sup>. Internationale Vergleiche des Pro-Kopf-Einkommens sind mit verschiedenen Schwierigkeiten konfrontiert. Sie erfordern eine einheitliche Recheneinheit, z. B. den Dollar. Damit hängt die Bewertung aber vom Wechselkurs der jeweiligen Landeswährung mit dem Dollar ab. Wertet die Landeswährung auf, steigt der Dollar-Wert des Pro-Kopf-Einkommens, wertet sie ab, geschieht das Gegenteil. Das wäre dann kein Problem, wenn die sogenannte Kaufkraftparität Gültigkeit hätte; diese besagt, dass – in identischer Währung gerechnet – die Preise der konsumierten Güter identisch und auch die Warenkörbe gleich sind. Beide Annahmen sind unrealistisch, weil es Handelskosten gibt und die repräsentativen Konsument:innen in den unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Warenkörbe aufweisen. Daher werden diese Effekte statistisch bereinigt, so z. B. in den vom IWF bereitgestellten Vergleichsdaten, aber auch in den sogenannten Penn-World-Tables.

Wie die Analyse des Economist zeigt, spielte Österreich im Jahr 2023, trotz der Rezession, in den drei untersuchten Indikatoren ganz vorne mit. Gemessen am BIP pro Kopf in laufenden Dollars erzielte Österreich unter mehr als 160 Ländern den 12. Rang. In Kaufkraftparitäten gemessen lag es marginal dahinter auf Rang 13, weil in Österreich ein identischer und in Dollar bewerteter Warenkorb teurer war als im Durchschnitt der betrachteten Länder. Diese Kaufkraftbereinigung ist entscheidend für internationale Wohlstandsvergleiche. Schließlich zeigte der Economist noch eine dritte Variable, das BIP in Kauf-

krafteinheiten je geleistete Arbeitsstunde. Hier erreichte Österreich im globalen Vergleich sogar den achten Rang. Das hat mit der Tatsache zu tun, dass die hohe reale Pro-Kopf-Wertschöpfung in Österreich mit vergleichsweise wenig Arbeitsstunden pro Kopf erwirtschaftet wird. Im Klassement vor Österreich liegen kleine Länder mit riesigen Rohstoffvorkommen, wie Norwegen oder Katar, globale Finanzplätze wie Luxemburg oder die Schweiz, und mit Belgien, Dänemark und Island drei andere europäische Kleinststaaten. Ohne die Stundenbereinigung schneiden auch Länder wie Singapur oder die USA, als einzige große Volkswirtschaft, besser ab. Österreich ist demnach – unabhängig davon, wie genau man die Daten betrachtet, und trotz der rezenten Schwierigkeiten – ein reiches Land.

Die Analyse des Economist bietet allerdings weder eine historische Perspektive, noch wagt sie den Blick in die Zukunft. Andere Untersuchungen, die auf das reale BIP pro Kopf abstellen und keine Kaufkraftbereinigung vornehmen, messen die inländische Wertschöpfung in Einheiten der produzierten Güter und Dienstleistungen. Relevanter für das wirtschaftliche Wohlergehen der Bevölkerung ist allerdings der Realwert des BIP, der auf den Inlandsverbrauch abstellt<sup>3)</sup>. In offenen Volkswirtschaften können das reale BIP und der Realwert des BIP ziemlich auseinanderklaffen, weil beträchtliche Anteile der produzierten Güter und Dienstleistungen für den Verbrauch im Ausland bestimmt sind und exportiert werden, während umgekehrt hohe Anteile des inländischen Verbrauchs importiert werden müssen, sodass die Preise der Importgüter nicht im Preisindex der inländischen Produktion enthalten sind.

**Österreich schnitt auch im Rezessionsjahr 2023 bei Wohlstandsindikatoren gut ab.**

## 3. Österreich geriet schon vor 2019 ins Hintertreffen

Abbildung 1 zeigt die zweite vom Economist berücksichtigte Maßzahl, das kaufkraftbereinigte BIP pro Kopf, im Zeitablauf für eine Reihe von Ländern. Ausgewiesen werden sogenannte Prozenstränge. Diese geben an, wie viel Prozent der 166 betrachteten Volkswirtschaften einen gleichen oder niedrigeren Wert aufweisen als die Vergleichsländer.

Die zugrundeliegenden Daten stammen vom IWF<sup>4)</sup>.

Wieder zeigt sich, dass Österreich ein reiches Land ist. Im Jahr 2016 lag sein Prozenstrang bei 93, womit nur 7% oder 11 Länder ein gleiches oder höheres BIP pro Kopf aufwiesen als Österreich. Allerdings geht diese Position

<sup>2)</sup> <https://www.economist.com/graphic-detail/2024/07/04/the-worlds-richest-countries-in-2024>.

<sup>3)</sup> Ein alternatives Maß wäre der reale Wert der Haushaltseinkommen. Der Realwert des BIP berücksichtigt allerdings auch den staatlichen Konsum sowie Investitionen. Da er von den schwankenden Preisen importierter Güter, z. B. Energie, abhängt, ist eine längerfristige Betrachtung sinnvoll.

<sup>4)</sup> Der Economist stützte sich auf anderen Datenquellen. Zahlen aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder unterliegen laufenden Revisionen. Außerdem ist die Grundgesamtheit der betrachteten Länder nicht identisch. Daher ist die vorliegende Analyse nicht deckungsgleich mit jener des Economist. Für die Betrachtung auf Stundenbasis fehlen geeignete Vergleichs- sowie Prognosedaten.

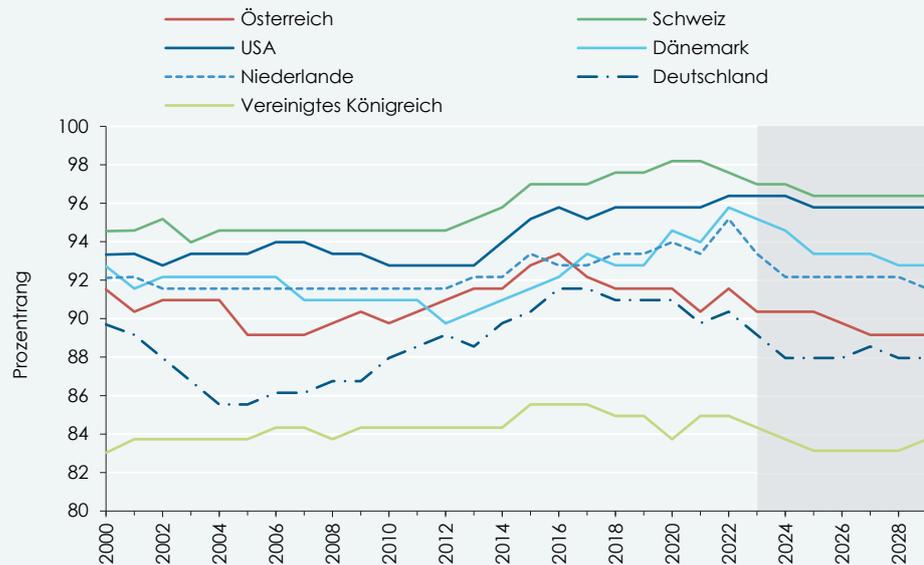
**Der Positionsverlust Österreichs setzte schon vor Beginn der multiplen Krisen im Jahr 2019 ein.**

seit 2016 Stück für Stück verloren. Im Jahr 2023 erreichte Österreich nur mehr einen Prozentrang von 90, hat also in den vergangenen 7 Jahren deutlich an Boden eingebüßt, und der Positionsverlust dürfte bis 2029 anhalten.

Die Schwierigkeiten haben demnach schon vor Beginn der multiplen Krisen gegen Ende 2019 begonnen. Andere vom IWF bereitge-

stellte Indikatoren, die hier aus methodischen Gründen nicht näher betrachtet werden, zeigen sogar, dass der Abstieg Österreichs in den Pro-Kopf-Variablen schon um das Jahr 2010 einsetzte<sup>5)</sup>, während in Abbildung 1 zwischen 2010 und 2016 noch eine deutliche Aufwärtsbewegung ablesbar ist. Auch laut den Penn-World-Tables ist, je nach Indikator, ein Trendbruch zwischen 2010 und 2016 zu beobachten<sup>6)</sup>.

Abbildung 1: Kaufkraftbereinigtes BIP pro Kopf im Ländervergleich



Q: World Economic Outlook des Internationalen Währungsfonds, Reihe PPPPC. 2023 bis 2029: Prognose. Der Prozentrang gibt den Anteil der Länder mit gleichen oder ungünstigeren Werten an der Grundgesamtheit der 166 Vergleichsländer an.

#### 4. Beim Realwert des BIP pro Kopf fällt Österreich seit 2011 hinter den Euro-Raum zurück

**Den Wohlstand im Inland spiegelt der Realwert des BIP zutreffender wider als das reale BIP.**

Abbildung 2 zeigt einen volkswirtschaftlichen Indikator, der sich gut als Maß für die wirtschaftliche Prosperität eignet: den Realwert des BIP pro Kopf. Anders als in der gewöhnlichen Berechnung des realen BIP wird die nominelle Wertschöpfung zur Ermittlung des Realwertes nicht mit dem Preisindex der inländischen Produktion (dem sogenannten BIP-Deflator) bereinigt, sondern mit dem Preisindex des inländischen Verbrauchs (dem sogenannten Preisindex der inländischen Verwendung). Die Unterschiede wurden in Kapitel 2 bereits umrissen. Das reale BIP misst nicht die Kaufkraft der heimischen Einkommen, sondern den realen Wert der

Produktion. Die Unterscheidung ist in kleinen offenen Volkswirtschaften wie Österreich wichtig, zumal sich dort die produzierten Güter und Dienstleistungen nicht mit jenen decken, die im Inland durch (privaten und staatlichen) Konsum und Investitionstätigkeit verbraucht werden. Sinken etwa die Preise für Exportgüter, so erhöht dies bei gegebener Wertschöpfung das reale BIP, nicht jedoch seinen Realwert<sup>7)</sup>. Werden hingegen die Importe teurer, so schmälert dies nicht das reale BIP, wohl aber den Realwert. Das heißt nicht, dass das reale BIP keine aussagekräftige Größe wäre; es ist aber ein weniger tauglicher Maßstab für den Wohlstand

<sup>5)</sup> Dies zeigt sich bei Betrachtung der Reihe NGDPRPPPC. Diese Variable wird etwas anders preisbereinigt, indem über die Vergleichsländer die Preise in den Warenkörben auf die Werte von 2017 festgeschrieben werden. Diese Betrachtungsweise ist vor allem relevant, wenn man einzelne Länder im Zeitablauf untersucht; für den Querschnittvergleich ist sie weniger sinnvoll.

<sup>6)</sup> Die Penn-World-Tables Version 10 enthalten Daten bis zum Jahr 2019. Die Definition der Variablen weicht

von den international üblichen Usancen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ab; daher stützt sich dieser Beitrag auf Daten des IWF.

<sup>7)</sup> Die Unterstellung einer gegebenen nominellen Wertschöpfung ist problematisch, denn Veränderungen in den Preisen gehandelter Güter verändern auch den Wert der Importe und der Exporte, mithin des Außenbeitrages, was einen Einfluss auf das nominelle BIP hat.

im Land als der Realwert des BIP. Daher weisen die WIFO-Konjunkturprognosen seit 2023 auch den Realwert des BIP pro Kopf aus.

Der Realwert des BIP ist vom realen Wert der Haushaltseinkommen zu unterscheiden. Ersterer ist ein Maß aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, während die Berechnung des letzteren Informationen aus dem Mikrozensus erfordert. Der Realwert des BIP ist ein wertschöpfungsbasierter Indikator und um-

fasst damit alle Einkommen, egal ob sie von privaten Haushalten, Unternehmen oder dem Staatssektor erwirtschaftet werden. Will man eine volkswirtschaftliche Gesamtschau anstrengen, so kann man Unternehmen und Staat nicht ausklammern. Die beiden Maße sind aber insofern verwandt, als sie im Unterschied zum realen BIP nicht mit dem BIP-Deflator preisbereinigt werden, sondern mit einem Preisindex der inländischen Verwendung<sup>8)</sup>.

Abbildung 2: Realwert des BIP pro Kopf seit 2000

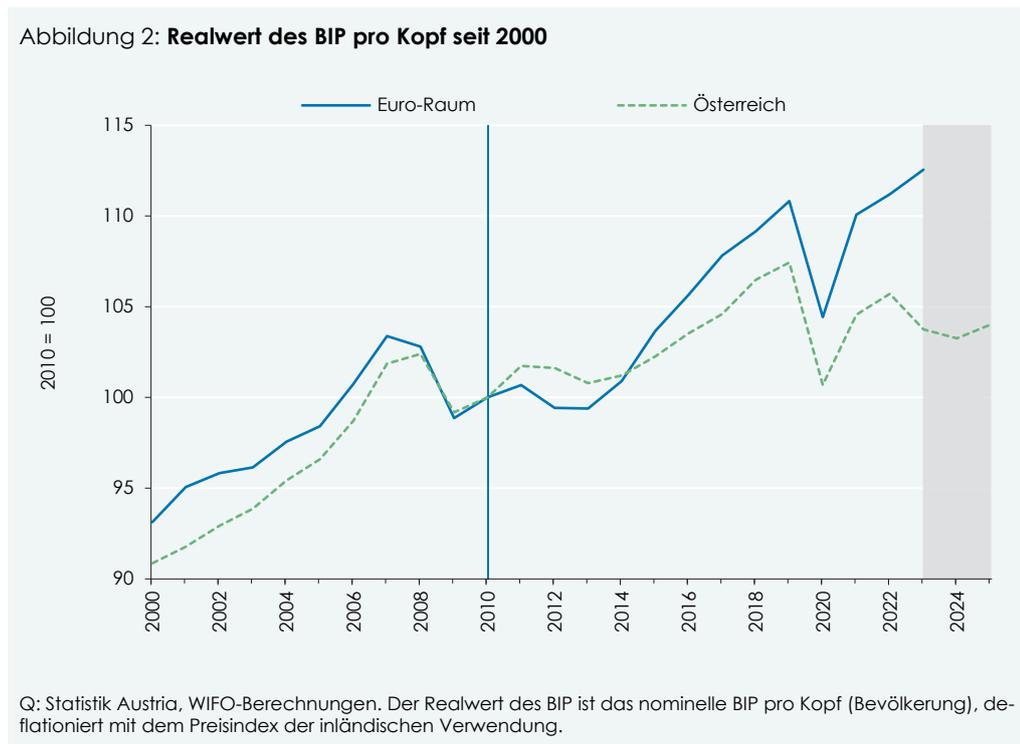


Abbildung 2 vergleicht die Entwicklung des Realwertes des BIP pro Kopf in Österreich und im Euro-Raum seit dem Jahr 2000. Bis 2010 wuchs dieser Indikator hierzulande etwas rascher als im Durchschnitt der Währungsunion, nämlich um durchschnittlich knapp 1% pro Jahr. Danach wuchs er in Österreich hingegen nur um durchschnittlich knapp 0,3% pro Jahr, während er im Euro-Raum um jährlich knapp 1% expandierte. Die Divergenz wurde im Zeitablauf immer deutlicher; besonders nach 2014 und noch stärker im Kontext der jüngsten Teuerungskrise fiel Österreich zurück (siehe dazu auch Felbermayr, 2024). Hinter dieser Entwicklung stehen ein verhaltener Produktivitätszuwachs, ein demografisch bedingt stetig abnehmendes Wachstum des Arbeitskräftepotenzials – bei gleichzeitigem höheren Bevölkerungswachstum als im Euro-Raum, das seit 2010 fast ausschließlich von Zuwanderung

getrieben wird –, und eine langsame Verschlechterung der Austauschverhältnisse im Außenhandel (Terms of Trade), vor allem seit 2020.

Die aktuelle Konjunkturprognose des WIFO (Schiman-Vukan & Ederer, 2024) geht davon aus, dass der Realwert des BIP im Jahr 2024 noch weiter auf 96,1% des Wertes von 2019 sinkt. Für 2025 wird ein leichter Anstieg auf 96,8% des Vorkrisenniveaus erwartet. Die mittelfristige Prognose des WIFO (erscheint im Heft 10 der WIFO-Monatsberichte) enthält keine Aussagen zum Realwert des BIP, erwartet allerdings von 2025 bis 2029 einen Anstieg des realen BIP um durchschnittlich 1,4% pro Jahr. Die Bevölkerung wird laut Statistik Austria 2025/2029 von 9,20 auf 9,33 Mio.<sup>9)</sup>, d. h., um durchschnittlich 0,4% pro Jahr wachsen. Damit wird das reale BIP pro Kopf mittelfristig um etwa 1% p. a. zulegen. Nimmt

<sup>8)</sup> Die Haushaltseinkommen werden mit dem Verbraucherpreisindex oder dem Deflator des heimischen Konsums bereinigt, der Realwert des BIP mit dem Preisindex der inländischen Verwendung, der neben dem privaten auch den staatlichen Konsum und die private wie staatliche Investitionstätigkeit abdeckt.

<sup>9)</sup> <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/demographische-prognosen/bevoelkerungsprognosen-fuer-oesterreich-und-die-bundeslaender>.

**Mit Blick auf den Realwert des BIP pro Kopf dürften die 2020er-Jahre für Österreich ein verlorenes Jahrzehnt werden.**

man an, die realen Austauschverhältnisse im Außenhandel bleiben zwischen 2025 und 2029 ungefähr konstant, dann erreicht der Realwert des BIP pro Kopf im Jahr 2029 101,0% des Ausgangswertes von 2019. In anderen Worten: Wenn die Prognosen nicht völlig falsch liegen, sind die 2020er-Jahre für Österreich im Hinblick auf den Realwert des BIP ein verlorenes Jahrzehnt.

Ein zentrales makroökonomisches Problem Österreichs ist derzeit der Umstand, dass

zwar der Realwert des BIP pro Kopf deutlich hinter dem Niveau von 2019 zurückbleibt, die realen Haushaltseinkommen pro Kopf 2024 aber um etwa 2% über dem Vorkrisenwert liegen<sup>10)</sup>. Das ist nur möglich, wenn die im Haushaltseinkommen nicht berücksichtigten Sektoren, also die Unternehmen und/oder der Staat, den Rückgang des Realwertes auffangen, erstens durch hohe und wachsende Budgetdefizite und zweitens durch eine drastische Verringerung der operativen Gewinne der Unternehmen.

## 5. Die Wirkung von Einwanderung auf das BIP pro Kopf

Wächst die Bevölkerung, so steigen zwar typischerweise auch die Beschäftigung und damit das reale BIP, und zwar unabhängig davon, wie genau die Preisbereinigung vorgenommen wird<sup>11)</sup> – denn das BIP wird nach dem Inlandsprinzip berechnet und berücksichtigt daher auch die Einkommen von Ausländer:innen. Dass aber auch das reale BIP pro Kopf steigt, wenn die Bevölkerung auch die im Inland ansässigen Immigrant:innen umfasst, ist damit nicht gesagt. Im Gegenteil, Einwanderung drückt typischerweise das BIP pro Kopf. Dafür gibt es verschiedene Gründe, die im Folgenden umrissen werden. Zum Zweck der Analyse werden Einwanderer von den "Einheimischen", also jenem Teil der Bevölkerung unterschieden, der zu einem gewissen Zeitpunkt bereits im Land aufhältig war. Dazu zählen auch bereits im Inland ansässige, aber im Ausland geborene Personen oder Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft.

Erstens verfügen Einwanderer, auch hochqualifizierte, typischerweise über eine niedrigere Kapitalausstattung als die einheimische Bevölkerung. Selbst wenn sie über die Dauer ihrer Anwesenheit einen Kapitalstock aufbauen, geht der im Inland verfügbare Kapitalstock pro Kopf durch Einwanderung in der Regel zurück, was einen direkten negativen Einfluss auf das BIP pro Kopf hat (Benhabib, 1996). Zweitens hängt der Effekt maßgeblich davon ab, wie gut ausgebildet die Einwanderer sind. Grob gesagt: wenn das durchschnittliche Humankapital der Immigrant:innen höher ist als jenes der Einheimischen, dann erhöht Einwanderung das BIP pro Kopf; wenn das Gegenteil der Fall ist, dämpft sie es. Drittens hängt der Effekt davon ab, wie sich die Erwerbsbeteiligung von Einwanderern und Einheimischen unterscheidet: Sind die Einwanderer mit höherer Wahrscheinlichkeit aktiv beschäftigt, und bzw. oder bringen pro Kopf ein höheres Arbeitsangebot ein (in Stunden gemessen), dann

erhöht sich damit ceteris paribus das BIP pro Kopf.

Entscheidend ist demnach die Zusammensetzung der Einwanderer im Vergleich zur bereits ansässigen Bevölkerung. Der Effekt von Einwanderung auf das BIP pro Kopf ist daher a priori unklar. Außerdem verändern sich die soziodemografischen Eigenschaften der beiden Gruppen über die Zeit; so geht etwa die Erwerbsbeteiligung der Einheimischen aufgrund der demografischen Alterung zurück, während sich die Humankapitalausstattung der Zuwanderer dank Bildungsmaßnahmen verbessert. Zahlreiche Merkmale sind über die Gruppe der Einwanderer bimodal verteilt; d. h., es gibt darunter gleichzeitig viele sehr schlecht ausgebildete Personen (oft Flüchtlinge aus sehr armen Ländern) und viele formal Hochqualifizierte (oft Personen aus der EU). Dennoch ist empirisch relativ klar, dass die immigrierte Bevölkerung in Österreich eher unterdurchschnittlich ausgebildet ist, eine niedrigere Erwerbsbeteiligung aufweist und deutlich häufiger arbeitslos ist (Battisti et al., 2018)<sup>12)</sup>. Somit dürfte Einwanderung in Österreich zu einer Reduktion des BIP pro Kopf führen, eine genauere empirische Analyse wäre jedoch sehr zu begrüßen. Allerdings tragen verschiedene soziodemografische Trends in der österreichischen Bevölkerung ebenfalls zu einem Rückgang des BIP pro Kopf bei, etwa die langfristige Abnahme des Arbeitsvolumens, die ohne Einwanderung sehr viel stärker ausgefallen wäre.

Wenn das BIP pro Kopf durch Zuwanderung sinkt, heißt dies nicht, dass die Realeinkommen der einheimischen Bevölkerung zurückgehen. Im Gegenteil, die klassische Literatur erwartet einen Vorteil, den sogenannten "immigration surplus" (Borjas, 1995). In seiner einfachsten Form entsteht er wie folgt: Unter den Annahmen, dass es nur einen Typ von Arbeit gibt, die Einwanderer ohne Kapitalausstattung zuwandern und die Märkte einem vollkommenen Wettbewerb folgen,

**Wie Einwanderung das BIP pro Kopf beeinflusst, ist a priori nicht eindeutig. Es hängt u. a. von der Qualifikation und der Erwerbsbeteiligung der Migrant:innen ab.**

**Einwanderung kann positive Auswirkungen auf das Durchschnittseinkommen der Einheimischen haben, auch wenn das BIP pro Kopf sinkt.**

<sup>10)</sup> Gemäß der kurzfristigen WIFO-Prognose von Oktober 2024.

<sup>11)</sup> Wenn in der Folge vom realen BIP gesprochen wird, ist daher beides gemeint: der Realwert des BIP und das eigentliche, in gewohnter Weise preisbe-

reinjigte BIP. Wenn es um den Realwert des BIP geht, wird dies explizit kenntlich gemacht.

<sup>12)</sup> Die in der Studie verwendeten Daten beziehen sich auf das Jahr 2014, d. h., sie inkludieren die großen Fluchtbewegungen von 2015/2017 nicht.

wird Arbeit mit dem Grenzprodukt, der erwirtschafteten Wertschöpfung des letzten ("marginalen") Arbeitnehmers, entlohnt. Weil das Grenzprodukt in der Beschäftigung sinkt, drückt Einwanderung das Lohnniveau. Weil nun pro Kapitaleinheit mehr Arbeitskräfte tätig sind, steigt hingegen die Rendite des Kapitals. Einwanderung schadet in diesem Modell dem Faktor Arbeit und nützt dem Faktor Kapital. Der Vorteil für die Kapitaleigner ist allerdings größer als der Schaden für die einheimischen Arbeitnehmer:innen. Mithin ist der gesamtwirtschaftliche Effekt der Zuwanderung für die Einheimischen positiv: die neuen Arbeitskräfte "kosten" der Volkswirtschaft das Grenzprodukt, tragen aber im Ausmaß des Durchschnittsproduktes zur Gesamtproduktion bei. Weil letzteres bei sinkender Grenzproduktivität höher als ersteres sein muss, entsteht ein Überschuss ("surplus").

Im Gegensatz zu den Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung durch Außenhandel ("gains from trade") lassen sich die Immigrationsvorteile nicht ohne Diskriminierung so umverteilen, dass alle Einheimischen bessergestellt werden. Felbermayr und Kohler (2009) haben dazu im oben beschriebenen Standardmodell ein Unmöglichkeitstheorem bewiesen. Um die Gewinne der Kapitaleigentümer so umverteilen zu können, dass auch der Faktor Arbeit profitiert, müssten die Einwanderer vom Umverteilungssystem ausgeschlossen werden. Das hat fundamental mit der Tatsache zu tun, dass Einwanderung das Pro-Kopf-Einkommen dämpft: Sollen die Reallohne der Arbeitnehmer:innen wenigstens konstant gehalten werden, reicht der "immigration surplus" nicht aus, es sei denn, die Zugewanderten werden diskriminiert. Einwanderung kann daher zu unerwünschter Umverteilung führen.

Zudem blendet das Standardmodell von Borjas (1995) völlig aus, dass Länder wie Österreich über einen ausgeprägten Sozialstaat verfügen, der öffentliche Güter und Sozialleistungen steuerfinanziert zur Verfügung stellt. Wenn Einwanderer im Durchschnitt niedrigere Markteinkommen erzielen als Einheimische, gehören sie zu den Nettonutznießern eines solchen Systems, es sei denn, sie sind systematisch seltener krank oder arbeitslos oder benutzen öffentliche Güter seltener als Einheimische.

Battisti et al. (2018) berechneten den Nettotonutzen der Einwanderung für verschiedene einheimische Gruppen unter diversen Szenarien für 20 OECD-Länder, darunter Österreich. Ihr Modell berücksichtigt unterschiedliche Ausbildungsniveaus, die Existenz eines Sozialstaates und Arbeitsmarktperfektionen (Arbeitslosigkeit, Lohnverhandlungen, Diskriminierung). Für Österreich zeigt sich, dass der im Jahr 2014 beobachtete Bestand an Immigrant:innen das Nettoeinkommen der Einheimischen im Vergleich zu einem kontrafaktischen Autarkieszenario um knapp 2% erhöhte, wobei sich sowohl bei hoch- als auch niedrigqualifizierten Arbeitnehmer:innen positive Effekte ergeben. Auch die Einwanderung der Jahre 2011 bis 2014 hatte laut Battisti et al. (2018) insgesamt positive Auswirkungen auf die Nettoeinkommen der Einheimischen. Ausgehend vom Niveau 2014 hätte eine weitere Erhöhung der Migrant:innenzahl (bei konstanten soziodemografischen Merkmalen) allerdings zu einer leichten Verringerung der Nettoeinkommen der Einheimischen geführt. Dabei ist Österreich kein Ausreißer; in vielen anderen OECD-Ländern ist ähnliches zu beobachten. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Berechnungen für den Bestand an Immigrant:innen im Jahr 2024 aktualisiert würden.

## 6. Seit 2010 ist die Stabilitätsdividende verloren gegangen

Österreich und andere sogenannte Nord-Länder im Euro-Raum haben den Ruf, eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik zu verfolgen. Damit ist gemeint, dass das Ziel einer niedrigen Inflationsrate ein hohes Gewicht in der wirtschaftspolitischen Praxis hat. Zwar liegt die Verantwortung für die Geldpolitik seit 1999 einzig bei der Europäischen Zentralbank; die ausgeprägte Divergenz der Inflationsraten innerhalb des Euro-Raumes zeigt aber, dass auch nationale Faktoren, allen voran die jeweilige Fiskalpolitik, eine wichtige Rolle spielen. Seit 2010 ist in Österreich (und Deutschland) im Vergleich zu den anderen Euro-Ländern der Inflationsvorteil verloren gegangen.

Seit damals verzeichnet Österreich im Mittel um 0,7 Prozentpunkte p. a. höhere Inflationsraten als der Durchschnitt des Euro-Raumes. Dies war besonders im Jahr 2023 sichtbar, wo die monatlichen Raten teilweise um mehr als 2,5 Prozentpunkte höher waren. In den Jahren bis 2010 war das Gegenteil der Fall: die Inflation lag hierzulande stetig unter dem Durchschnitt der Währungsunion – von 2000 bis 2010 um 0,2 Prozentpunkte pro Jahr (Abbildung 3, linke Grafik). In Deutschland oder den Niederlanden zeigt sich ein ähnliches Bild, es ist aber deutlich weniger ausgeprägt<sup>13)</sup>.

**Seit 2010 verzeichnet Österreich höhere Inflationsraten als der Durchschnitt des Euro-Raumes. Dies belastet die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exporteure.**

<sup>13)</sup> In Deutschland lag die jährliche Inflationsrate von 2000 bis 2010 um durchschnittlich 0,5 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der Euro-Länder, 2010/2024

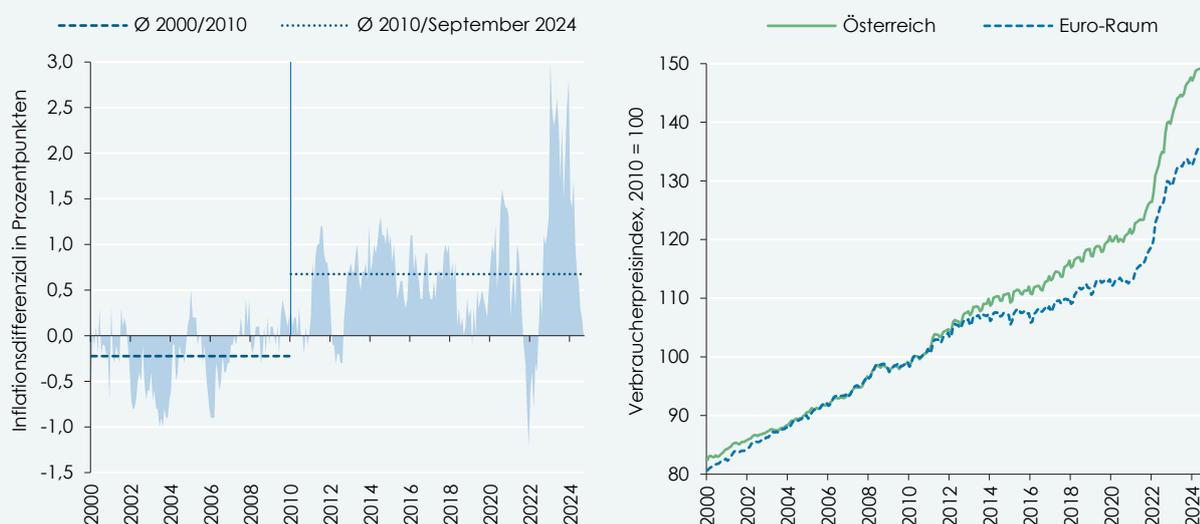
hingegen um 0,2 Prozentpunkte darüber. In den Niederlanden hat sich das schon seit 2000 positive Inflationsdifferenzial um 0,1 Prozentpunkt erhöht.

Somit ist der Verbraucherpreisindex in Österreich stärker gestiegen als im Durchschnitt des Euro-Raumes (Abbildung 3, rechte Grafik): Im August 2024 notierte der auf 2010 normierte Index in Österreich bei 149, im Euro-Raum bei 136. Die Überinflation ist fast zur Gänze auf die Dienstleistungen zurückzuführen, die sich seit September 2010 nur in einem einzigen Monat weniger stark verteuert haben als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Dass der "Preisauflschlag" in Österreich bei Industriegütern oder Energie weniger ausge-

prägt und persistent ist, hat mit der Existenz eines Weltmarktes für diese Güter zu tun.

Nun ist der Verbraucherpreisindex kein direktes Maß für die Kostensituation eines Landes – dafür ist der Produzentenpreisindex besser geeignet. Aber die beiden Maße korrelieren stark. Und gerade in Österreich existiert eine ausgeprägte institutionelle Verschränkung zwischen der Inflationsrate und der Wachstumsrate der Nominallohne (siehe Felbermayr et al., 2024).

Abbildung 3: Inflation in Österreich im Vergleich zum Euro-Raum



Q: Eurostat, Macrobond. Monatswerte. Laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI). Letzte Werte: Schnellschätzung September 2024.

Die Ursachen der Inflationsdivergenz wurden in der makroökonomischen Diskussion innerhalb des Euro-Raumes noch nicht abschließend geklärt. Zwei Momente erscheinen jedoch wichtig: Erstens zwang die Euro-Schuldenkrise (2010/2014) die sogenannten Südländer (mit chronisch negativen Außenhandelsbilanzen und hohen Budgetdefiziten) zu Austeritätsprogrammen, in deren Folge die Löhne und mithin die Kosten weniger stark stiegen als in den Nord-Ländern. Gleichzeitig hat sich in den Nord-Ländern – möglicherweise als Folge von mutigen Strukturreformen vor 2010 – eine Reformfatigue breitgemacht. Die Konsequenz dieser Bewegungen ist Ausdruck von "mean reversion" – der Rückkehr von Zeitreihen zu ihrer Trendentwicklung nach längeren Phasen der Abweichung. Zweitens hat seit 2010 durch den stetig zunehmenden Protektionismus die Globalisierung als "Kostenpeitsche" graduell an

Bedeutung verloren. Das dürfte vor allem im stärker industrialisierten Norden des Euro-Raumes zu Buche geschlagen haben.

Eine höhere Dynamik der Preisentwicklung führt in Österreich aufgrund der Benya-Formel tendenziell dazu, dass die Nominallohne stärker steigen als im Euro-Raum. Nun gilt die Formel, wonach die Nominallohne jährlich an die rollierende Inflationsrate zuzüglich Produktivitätszuschlages angepasst werden, nicht naturgesetzlich. Wenngleich die Abhängigkeit der Lohnentwicklung von der Inflation im Ausland sehr unterschiedlich ausgeprägt ist, dürfte aus einem positiven Inflationsdifferenzial perspektivisch eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit resultieren. Dies ist jedenfalls eine häufig angeführte Ursache für die Probleme der Südländer in den Jahren 2005 bis 2018.

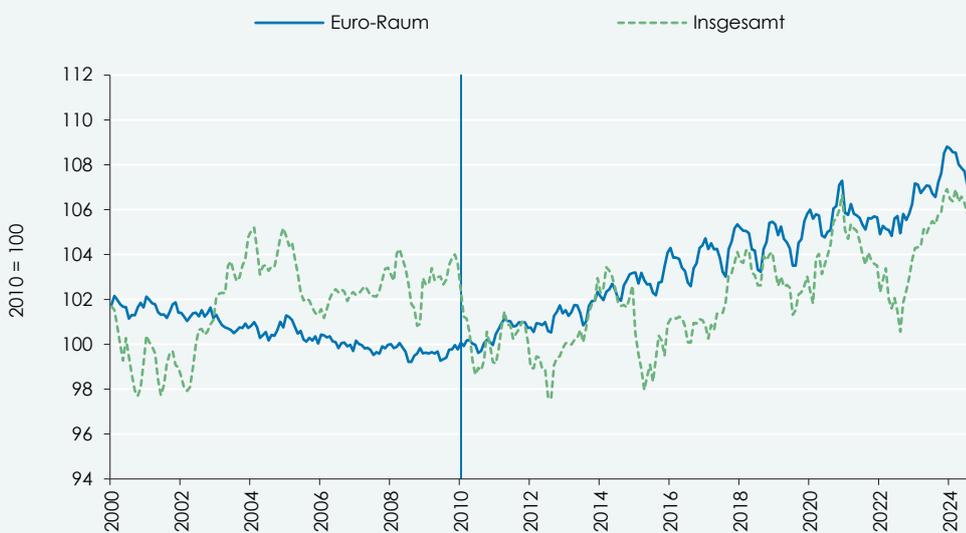
## 7. Seit 2010 verliert Österreich an preislicher Wettbewerbsfähigkeit

Österreich ist als kleine offene Volkswirtschaft auf einen ungehinderten Zugang zu ausländischen Märkten angewiesen. Allerdings können die Exporteure nur dann erfolgreich sein, wenn ihr Angebot wettbewerbsfähig ist. Abbildung 4 zeigt, wie sich die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs seit dem Jahr 2000 verändert hat. Dazu wurden die bilateralen Wechselkurse mit den wichtigsten Handelspartnern zunächst zu einem nominell-effektiven Index zusammengefasst, der die Bedeutung des jeweiligen Partnerlandes im grenzüberschreitenden Handel berücksichtigt. Durch Defla-

tionierung mit relativen Preisindizes zwischen Österreich und jedem einzelnen Partnerland ergibt sich ein real-effektiver Wechselkursindex, der die Veränderung der preislichen Wettbewerbsposition Österreichs zeigt. Gegenüber den Ländern des Euro-Raumes wurde Österreich seit dem Jahr 2010 im Vergleich mit den Handelspartnern beständig um insgesamt etwa 8% teurer. Innerhalb des Euro-Raumes gibt es keine nominellen Wechselkursanpassungen, daher ist die Zeitreihe abgesehen von saisonalen Schwankungen relativ glatt.

**Auch im globalen Vergleich hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs seit 2010 verschlechtert.**

Abbildung 4: Real-effektive Wechselkurse Österreichs



Q: OeNB; WIFO; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Export- und importgewichtete real-effektive Wechselkursindizes nach Regionen, deflationiert mit (harmonisiertem) Verbraucherpreisindex. Gesamtwirtschaft, insgesamt 55 Handelspartner.

Betrachtet man die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs global, so sind größere Veränderungen erkennbar, weil der Euro über die Jahre immer wieder Phasen der Auf- und Abwertung erlebte. Seit 2010 ist der Trend allerdings relativ eindeutig: Auch im globalen Vergleich hat sich die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs verschlechtert, wenn auch nicht so stark wie im Euro-Raum. Dies hat zwei wesentliche Gründe: Erstens verzeichneten die drei wichtigen EU-Handelspartner Österreichs, die den Euro noch nicht eingeführt haben (Ungarn, Polen, Tschechien), ein deutlich stärkeres durchschnittliches Lohnwachstum als Österreich, ohne dass ihre Währungen im selben Ausmaß abgewertet hätten. Zweitens hat der Euro gegenüber dem Dollar kräftig an Wert verloren: Erhielt man im Jahresdurchschnitt 2010 noch etwa 1,33 \$ je Euro, so ist der Wert im Jahr 2023 auf etwa 1,10 \$ je Euro gesunken – eine Abwertung von fast 20% also, die

heimische Exporte im Ausland tendenziell vergünstigt hat.

Vor diesem Hintergrund mag es überraschen, dass in Österreich die Exporte und die Industrieproduktion im Zeitraum 2010 bis 2018 eigentlich sehr gut verliefen. Hierbei sollte nicht vergessen werden, dass die realen-effektiven Wechselkurse nicht ausreichend auf Veränderungen der Qualität von Gütern und Dienstleistungen Rücksicht nehmen. Außerdem gab es aufgrund des relativ lebhaften Wachstums in vielen Schwellenländern eine hohe Nachfrage nach Gütern, bei deren Produktion Österreich einen komparativen Vorteil hat, etwa nach Maschinen. Und natürlich stützte die Euro-Abwertung, wie schon besprochen, die Exportwirtschaft; für die anderen Wirtschaftszweige war sie aber eine Belastung, weil sie Importe verteuerte und damit die Inflation antrieb.

**Der Welthandel bietet industriestarken Volkswirtschaften wie Österreich oder Deutschland nur mehr verhaltene Wachstumsperspektiven.**

## 8. Seit etwa 2010 stottert der Wachstumsmotor Globalisierung

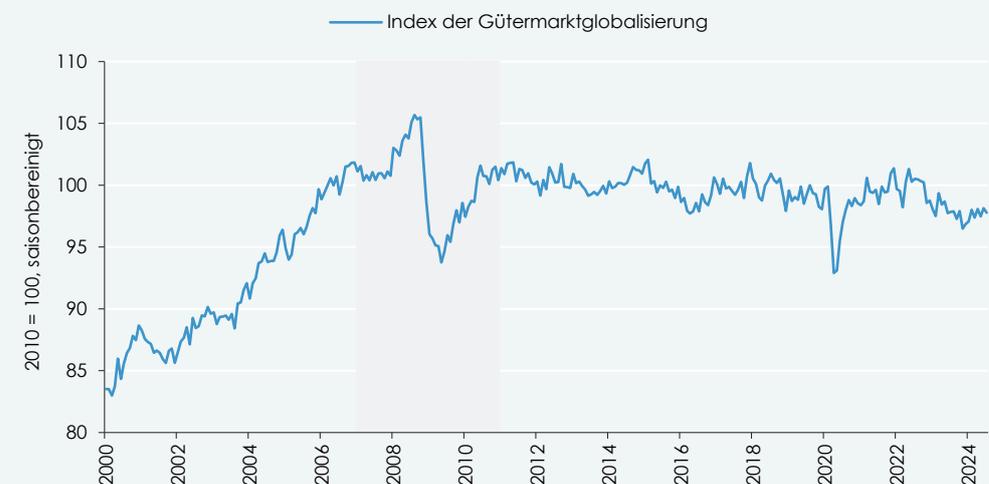
Von den späten 1980er-Jahren bis etwa 2008 wuchs der Welthandel preisbereinigt schneller als die Produktion handelbarer Güter. Seit 2008 gilt das jedoch nicht mehr. Die globale Produktion und der Welthandel wachsen seither ungefähr gleich rasch. Der Index der Gütermarktglobalisierung (Abbildung 5) stieg bis ungefähr 2008 langfristig und kräftig. Dani Rodrik beschrieb diesen Anstieg mit dem Begriff "Hyperglobalization" (Rodrik, 2000), der durchaus mit "Überglobalisierung" übersetzt werden kann. In der Tat war die Phase bis 2008 von Phänomenen bestimmt, die nicht dauerhaft anhalten konnten. Dazu zählen etwa die rapide Öffnung Chinas, der Verfall der Kommunikationskosten und die Effekte der letzten großen Handelsliberalisierung, die 1995 mit der Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO) in die Umsetzung gelangte. Außerdem blieben, stärker als heute, negative externe Effekte des Handels unberücksichtigt.

Seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 steigt der Globalisierungsindex nicht mehr. Im Gegenteil, seit Mitte 2010 geht er im Trend langsam, aber stetig zurück. Lag der Indexwert im Durchschnitt des Jahres 2010 bei 100, so liegt er aktuell bei 98. Dieser Rückgang ist zwar nicht groß genug, um von Deglobalisierung zu sprechen, aber der Welthandel bietet exportorientierten, industriestarken Volkswirtschaften wie Österreich

oder Deutschland keine überproportionalen Wachstumsmöglichkeiten mehr. Eine Verlangsamung war nach den Boomjahren aus verschiedenen Gründen unvermeidlich. Allerdings hat auch der Protektionismus stark zugenommen. Seit der Krise des marktwirtschaftlichen Systems ist Freihandel in Misskredit geraten. Es gab keine weiteren großen Liberalisierungsrunden im Rahmen der WTO mehr. Die EU schloss zwar einige wichtige bilaterale Abkommen, etwa mit Korea, Japan oder Kanada, aber mit großen Volkswirtschaften, die viel Potenzial bieten, wie etwa den USA, Indien, Indonesien oder den Mercosur-Ländern Südamerikas wurden trotz Gesprächen keine Abschlüsse erzielt. Im Jahr 2023 notifizierten die 166 WTO-Mitglieder gerade einmal drei Freihandelsabkommen<sup>14)</sup>.

Österreich und auch Deutschland konnten sich trotz der allgemeinen Verlangsamung der Globalisierung bis 2017 auf den Weltmärkten behaupten. Zum einen half dabei die deutliche Abwertung des Euro, der im Jahresdurchschnitt 2008 1,47 \$ wert war und 2017 nur mehr 1,13 \$. Zum anderen setzte vor allem China im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf ein massives staatliches Investitionsprogramm, das Österreichs Maschinenexporteure eine Sonderkonjunktur bescherte. Diese Effekte sind mittlerweile verschwunden, sodass die Schwäche des Welthandels voll durchschlägt.

Abbildung 5: Index der Gütermarktglobalisierung



Q: Centraal Planbureau (CPB), WIFO-Berechnungen und -Darstellung. Der Index setzt das preisbereinigte Volumen des globalen Güterhandels in Beziehung zur globalen Industrieproduktion.

<sup>14)</sup> Betrachtet man die EU als Einheit, so gibt es weltweit 140 handelspolitisch souveräne Länder. Diese können maximal 9.370 bilaterale Abkommen miteinander

haben. Derzeit liegt der Bestand an separaten Abkommen bei etwa 300, wobei manche Abkommen Gruppen von Ländern umfassen.

## 9. Verlust der demografischen Dividende

Die Zusammensetzung der Bevölkerung ist eine wichtige Triebkraft für die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen<sup>15)</sup>. Der Einfluss der Demografie auf das Pro-Kopf-Einkommen umfasst direkte und indirekte Faktoren. Erstere hängen mit dem Verhältnis der ökonomisch aktiven zur inaktiven Bevölkerung zusammen, das in der Regel als Abhängigenquote bezeichnet wird. Sie misst, wieviele unter 15-Jährige und über 65-Jährige auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) kommen.

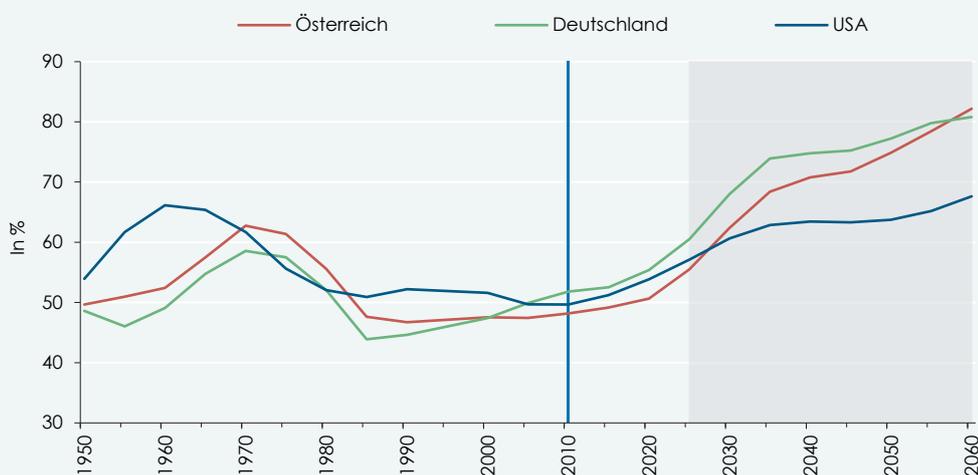
In einer neoklassischen Einsektorökonomie mit konstanten Skalenerträgen und Vollbeschäftigung kann man das Pro-Kopf-Einkommen  $y$  als Produkt der totalen Faktorproduktivität  $A$  mit  $k^\alpha$  und  $(1 + \delta)^{-1}$  herleiten, wobei  $k$  die Kapitalintensität,  $\alpha$  die Outputelastizität von Kapital und  $\delta$  die Abhängigenquote darstellen. In einer kleinen offenen Volkswirtschaft wie Österreich ist die Kapitalintensität eine Funktion von exogenen Parametern, die sich selbständig anpasst. Wenn das demografische Abhängigkeitsverhältnis steigt, sinkt das Pro-Kopf-Einkommen, da ein höherer Anteil der Bevölkerung nicht wirtschaftlich aktiv ist und somit zwar nicht zum Output beiträgt, aber einen Anteil davon beansprucht. Das ist der direkte Effekt. Ein Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen oder ein Anstieg der Arbeitslosigkeit haben übrigens dieselben negativen Effekte auf das Pro-Kopf-Einkommen wie eine Zunahme der Abhängigenquote  $\delta$ .

Der indirekte Effekt wirkt sich über die totale Faktorproduktivität aus. Diese dürfte ebenfalls negativ von  $\delta$  abhängen. Eine Bevölkerung mit hohen Anteilen sehr junger und bzw. oder sehr alter Kohorten ist weniger gut in der Lage, durch aktive Innovation oder durch Lerneffekte Produktivitätsfortschritte zu erzielen und neue innovative Produkte oder Dienstleistungen gewinnbringend einzusetzen.

Wenn die Abhängigenquote sinkt, etwa weil der Anteil der Kinder innerhalb der Bevölkerung kleiner wird, der Anteil der Älteren aber noch nicht gewachsen ist, spricht man von einer demografischen Dividende. Durch die starken Geburtenjahrgänge der 1960er-Jahre strömten in Österreich in den 1980er-Jahren viele junge Personen auf den Arbeitsmarkt, wobei die Zahl der Älteren noch verhältnismäßig gering war und die Geburtenraten wieder deutlich zurückgingen. Dies dämpfte die Abhängigenquote (Abbildung 6). Seit 1990 verschlechtert sich das Abhängigkeitsverhältnis jedoch wieder, seit 2010 mit erhöhter Geschwindigkeit: die Kohorten der Jüngeren sind zwar nach wie vor klein, aber jene der Älteren wachsen überproportional rasch an. 2020 beschleunigte sich der Prozess weiter. In Deutschland ist er bereits weiter fortgeschritten; in den USA ist der Anstieg der Abhängigenquote aufgrund einer anderen Geburtenrate und starker Einwanderung dagegen weniger ausgeprägt.

In den 1980er-Jahren profitierte Österreich von einer niedrigen Abhängigenquote. Mittlerweile dämpfen die demografischen Rahmenbedingungen das Pro-Kopf-Einkommen.

Abbildung 6: Demografische Abhängigenquote



Q: Vereinte Nationen. Die Abhängigenquote gibt an, wieviele 0- bis 14-Jährige und über 65-Jährige auf 100 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren kommen. Die Prognosen (graue Schattierung) beruhen auf dem mittleren Fertilitätsszenario und berücksichtigen eine laufende Immigration (im Fall Österreichs von etwa 30.000 bis 40.000 Personen pro Jahr).

<sup>15)</sup> Siehe etwa Boucekkine et al. (2002) für theoretische Mechanismen und Bloom et al. (2003) für die relevante empirische Evidenz.

Die Konsequenz des Anstieges ist zwangsläufig eine Verringerung der Pro-Kopf-Einkommen. Es muss sinken, wenn der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung zurückgeht. Das kann demografische Grün-

de haben oder einem freiwilligen oder unfreiwilligen Rückzug der erwerbsfähigen Bevölkerung vom Arbeitsmarkt geschuldet sein, etwa aufgrund von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Teilzeit oder Frühpensionierung.

**Die nächste Bundesregierung muss dringend Reformen auf den Weg bringen, etwa in den Bereichen Erwerbsbeteiligung, Produktivität und Bildung.**

## 10. Schlussfolgerungen

Das reale Pro-Kopf-Einkommen steigt in Österreich seit 2010 langsamer als in anderen Ländern; unter dem Einfluss der multiplen Krisen seit 2019 stagniert oder sinkt es sogar. Dahinter verbergen sich neben konjunkturellen Faktoren, die sich wieder zurückbilden dürften, auch strukturelle Determinanten, die nur schwer veränderlich sind. Bremsend wirken der allmähliche Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch eine höhere Preis- und Lohnndynamik als im Ausland, das Versiegen der lange bezogenen Globalisierungsdividende und das Auslaufen der demografischen Dividende. Auch die Einwanderung der letzten Jahrzehnte hätte mehr zum Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen beitragen können, als es die Daten hergeben.

Die Wirtschaftspolitik Österreichs muss sich in den nächsten Jahren also dringend um die Aktivierung der langfristigen, strukturellen Wachstumskräfte der heimischen Wirtschaft kümmern. Weil die Globalisierung kaum in

Österreich gesteuert werden kann, muss sich die nächste Bundesregierung auf jene Faktoren konzentrieren, die sie selbst beeinflussen kann. Dazu gehört eine Verbesserung der Erwerbsbeteiligung, wobei vor allem unter Frauen, Älteren und Migrant:innen große Potenziale bestehen. Investitionen in die Gesundheit sind ebenso zentral, zumal die gesunde Lebenserwartung der Österreicher:innen vergleichsweise gering ist. Durch häufige Krankenstände und Frühpensionen sinkt das Pro-Kopf-Einkommen zwangsläufig. Außerdem muss das Produktivitätswachstum wieder stärker in den Blick genommen werden, etwa durch Verbesserungen im Bildungssystem. Die Notwendigkeit von Reformen in diesen Bereichen erscheint offensichtlich. Bisher fehlt jedoch der Konsens darüber, welche Schritte angezeigt sind. Dazu trägt auch dieser Beitrag nicht bei; allerdings zeigt er auf, dass die Dringlichkeit der Probleme mittlerweile keinen weiteren Aufschub zulässt.

## 11. Literaturhinweise

- Battisti, M., Felbermayr, G., Peri, G., & Poutvaara, P. (2018). Immigration, Search and Redistribution: A Quantitative Assessment of Native Welfare. *Journal of the European Economic Association*, 16(4), 1137-1188.
- Benhabib, J. (1996). On the Political Economy of Immigration. *European Economic Review*, (40), 1737-1744.
- Bloom, D., Canning, D., & Sevilla, J. (2003). *The Demographic Dividend: A New Perspective on the Economic Consequences of Population Change*. RAND Corporation.
- Borjas, G. (1995). The Economic Benefits from Migration. *Journal of Economic Perspectives*, 9(2), 3-22.
- Boucekkine, R., del la Croix, D., & Licandro, O. (2002). Vintage Human Capital, Demographic Trends and Endogenous Growth. *Journal of Economic Theory*, 104(2), 340-375.
- Felbermayr, G. (2024). Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen? Eine makroökonomische Betrachtung. *WIFO-Monatsberichte*, 97(2), 99-113. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50982729>.
- Felbermayr, G., & Kohler, W. (2009). Can International Migration Ever Be Made a Pareto Improvement? In Nowotny, E., Mooslechner, P., & Ritzberger-Grünwald, D. (Hrsg.), *The Integration of European Labour Markets* (1. Auflage, 32-50). Edward Elgar Publishing.
- Felbermayr, G., Bittschi, B., & Baumgartner, J. (2023). Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation. *WIFO-Monatsberichte*, 96(9), 613-632. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/38274458>.
- Rodrik, D. (2020). *Das Globalisierungsparadox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft*. C.H. Beck.
- Schiman-Vukan, S., & Ederer, S. (2024). Rezession in Österreich hält sich hartnäckig. Prognose für 2024 und 2025. *WIFO-Konjunkturprognose*, (3). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54389276>.

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autori:nnen wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 687/2024**    **EU-wide Carbon Pricing – Macroeconomic Effects and Distributional Implications**  
 Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig, Mark Sommer, Gerhard Streicher
- 686/2024**    **Who is Aware of Circularity? Firm-level Survey Evidence from Uganda**  
 Klaus Friesenbichler, Ina Meyer
- 685/2024**    **Consumer Bankruptcy in Austria. An Empirical Analysis**  
 Stefan Angel, Philipp Warum
- 684/2024**    **Towards Rationalizing the Use of Economic Sanctions**  
 Gabriel Felbermayr, Clifton T. Morgan, Constantinos Syropoulos, Yoto V. Yotov
- 683/2024**    **Industry Concentration, Firm-level Markups and Business Dynamics from Austrian Micro-data**  
 Michael Peneder, Fabian Unterlass
- 682/2024**    **Investigating Equity and Efficiency in Carbon Pricing with Revenue Recycling: A Combined Macro- and Micro-modelling Approach**  
 Claudia Kettner, Thomas Leoni, Judith Köberl, Dominik Kortschak, Mark Sommer, Veronika Kulmer
- 681/2024**    **The Global Sanctions Data Base – Release 4: The Heterogeneous Effects of the Sanctions on Russia**  
 Erdal Yalcin, Gabriel Felbermayr, Heider Kariem, Aleksandra Kirilakha, Ohyun Kwon, Constantinos Syropoulos, Yoto V. Yotov
- 680/2024**    **Borders and Population Growth: Evidence from a Century of Border Regime Changes on the Austrian-Czech Border**  
 Lucie Coufalová, Fanny Dellinger, Peter Huber, Stepan Mikula
- 679/2024**    **The Impact of Ageing, Inequality and the Evolution of Morbidity on Future Health Expenditure**  
 Thomas Horvath, Thomas Leoni, Martin Spielauer, Peter Reschenhofer
- 678/2024**    **Trump Digs Votes. The Effect of Trump's Coal Campaign on the Presidential Ballot in 2016**  
 Philipp Steinbrunner, Marina Di Giacomo, Wolfgang Nagl
- 677/2024**    **How Vulnerable are Care Systems to Future Changes in Demand and Supply? Providing a Framework to Compare Austria, Spain, UK and Canada**  
 Ulrike Famira-Mühlberger, Thomas Leoni
- 676/2024**    **Monetary Policy and the Redistribution Channel in the Euro Area**  
 Atanas Pekanov
- 675/2024**    **Bargain or Bust? Prices, Discounts, and Returns in the Market for Real Estate Foreclosures**  
 Alexander Daminger, Simon Wiersma
- 674/2024**    **Life Course Heterogeneity and the Future Labour Force – a Dynamic Microsimulation Analysis for Austria**  
 Thomas Horvath, Martin Spielauer, Philipp Warum
- 673/2024**    **Assessing the Labour Supply Effect of Harmonising Regular Retirement Age in Austria**  
 Benjamin Bittschi, Thomas Horvath, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Martin Spielauer, Philipp Warum
- 672/2024**    **Impact Evaluation of a New Counselling and Support Programme for Unemployed with Multiple Placement Obstacles**  
 René Böheim, Rainer Eppel, Helmut Mahringer
- 671/2024**    **Active Labour Market Policies: What Works for the Long-term Unemployed?**  
 Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Lukas Schmoigl

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-working-papers/>

**11/2023** Österreichs Wirtschaft in Rezession – Inflation geht zurück • Konjunkturabschwung hält an. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2023 • Tourismus trotz anhaltender Teuerung wieder deutlich erstartet • Armut und Sozialhilfe in Österreich • Entwicklungspolitik als geoökonomisches Instrument. Eine Einordnung vor dem Hintergrund globaler Trends

**12/2023** Kaum Anzeichen für Erholung der heimischen Industriekonjunktur • Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld. Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023 • Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich • Wer finanziert den Wohlfahrtsstaat? Erkenntnisse aus der WIFO-Umverteilungsstudie

**1/2024** Editorial • Konjunkturerholung verzögert sich. Prognose für 2023 bis 2025 • Investitionspläne für 2024 weiter gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023 • Finanzausgleich 2024 bis 2028. Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung • Die Produktivitätsentwicklung österreichischer Unternehmen in den Jahren 2013 bis 2020. Eine Auswertung von Mikrodaten

**2/2024** Österreichs Industrie verharrt in Rezession • Konjunkturstimmung zu Jahresbeginn gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024 • Einbruch im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2026 • Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen? Eine makroökonomische Betrachtung

**3/2024** Hohe Zinsen belasten die Konjunktur • Europäische Wirtschaftspolitik 2023. Robuster Arbeitsmarkt trotz schwacher Konjunktur und gestraffter Geldpolitik • Institutionalisiertes Vertrauen als Standortqualität. Zur ökonomischen Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens • Unternehmensausgaben für neue Produkte dürften 2024 nur schwach wachsen • Herausforderungen des alpinen Wintertourismus in Österreich

**4/2024** Gegenwind hält Österreichs Wirtschaft 2024 nahe an der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025 • Österreichische Wirtschaft expandiert mittelfristig nur schwach. Update der mittelfristigen Prognose 2024 bis 2028 • Internationale Konjunkturabschwächung trifft Österreich hart. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2023 • Deutliche Straffung der Geldpolitik trägt zur Inflationsdämpfung im Euro-Raum bei

**5/2024** Rezession im produzierenden Bereich hält an – Vorlaufindikatoren verbessern sich • Konjunkturbeurteilungen beginnen sich zu stabilisieren. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2024 • Arbeitsmarkt 2023 im Sog des Konjunkturabschwungs • Exporte trotzen schwacher Industriekonjunktur. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2023

**6/2024** Konjunktur kommt nur langsam in Schwung • Große regionale Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2023 • Chancen und Herausforderungen der neuen EU-Außenhandelspolitik am Beispiel ausgewählter Instrumente • Dekarbonisierung und Kreislaufwirtschaft. Ökonomische und biophysische Effekte verschiedener Szenarien für Österreich

**7/2024** Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025 • Mittel-, Ost- und Südosteuropa trotzen der Konjunkturflaute im Euro-Raum • Unternehmensinvestitionen 2024 rückläufig. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024 • Auswirkungen hoher Inflation auf die Haushalte der subnationalen Gebietskörperschaften

**8/2024** Überinflation in Österreich eingedämmt • Konjunkturbeurteilungen wieder skeptischer. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2024 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2023 rückläufig • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2024. Sonderthema: Die Bedeutung der Landnutzung für die Ernährungssicherheit

**Präsident**

**Dr. Harald Mahrer**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

**Vizepräsidentin**

**Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

**Vorstand**

**Dr. Hannes Androsch**

**Kommerzialrat Peter Hanke**, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

**Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann**, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

**Abg.z.NR Karlheinz Kopf**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

**Kuratorium**

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

**WIFO-Partner:innen**

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische

**Direktorium**

**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Stellvertretende Direktor:innen:**

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

**Ökonom:innen**

Stefan Angel, Julia Bachtrogler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klén, Angela Köppl, Veronika Kulmer, Agnes Kügler, Simon Loretz, Sergey Lychagin, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

**Wissenschaftliche Assistent:innen**

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

**Vizepräsidentin**

**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

**Dr. Markus Marterbauer**, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

**Anton Mattle**, Landeshauptmann von Tirol

**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

**Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell**

**Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Hagelversicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

**WIFO Associates**

Karl Aiginger, Christoph Badelt, Harald Badinger, Kurt Bayer, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Gunther Tichy, Gertrude Tumpel-Gugerell, Ewald Walterskirchen, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

**Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich**

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Gina Feichtinger, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Lucia Glinsner, Thomas Haas, Claudia Hirschall, Brigitte Hofer, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Peter Janecek, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klotz, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Sarah Ledl, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

